GENERATIONEN-Echtigkeit!

Der Bevölkerungswandel in stärker und weniger stark entwickelten Ländern und die Rolle der internationalen Gemeinschaft

von Dr. Joseph Chamie

Ich möchte zu der These Stellung nehmen, dass die Schrumpfung der Bevölkerungen Deutschlands und anderer Industrieländer zu begrüßen sei, da langfristig die gesamte Weltbevölkerung auf einem niedrigeren Niveau als heute stabilisiert werden müsse.

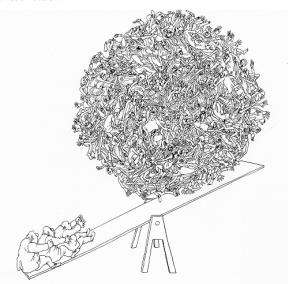
Die obige These besteht aus zwei grundlegenden Teilen. Die erste beschäftigt sich mit dem zukünftigen Rückgang der Bevölkerung in Deutschland und anderer Industrieländer. Die zweite Grundannahme ist, dass die Weltbevölkerung zukünftig auf einem geringeren Niveau als heute stabilisiert werden muss. Zu beiden Fragen ist meine Antwort einfach: "Ich kann es nicht entscheiden."

Wie bei den meisten derartigen Fragen, ist die Antwort: Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Vor allem hängt es davon ab, welcher Aspekt für das Bevölkerungswachstum betrachtet wird, z.B.: Fortpflanzung, Todesfälle/Sterblichkeit oder internationale Bevölkerungswanderungen.

Geburtenpolitik und die internationale Gemeinschaft

Betrachtet man die Fortpflanzung, so wurde die Entscheidung über die Anzahl der Kinder und den Zeitpunkt der Geburt fast immer in der menschlichen Geschichte von den Einzelpersonen und

(weiter auf Seite 3)



Auf nach Arnoldshain!

Erstes Symposium zu Generationengerechtigkeit und Unternehmen am 10.-12.09.2004

vom Vorstand der SRzG

Die SRzG veranstaltet zusammen mit AIESEC Deutschland, Youth for Intergenerational Justice and Sustainability (YOIS) - Hessen und der Evangelischen Akademie Arnoldshain (EAA) vom 10.-12. September 2004 das bundesweit erste Symposium zum Thema Generationengerechtigkeit und Unternehmen. Während Corporate Social Responsibility, Corporate Governance oder Corporate Sustainability bereits in aller Munde sind, ist die Verknüpfung von "Genera-

tionengerechtigkeit' und "Unternehmenspolitik' neu. Sie ist jedoch hochaktuell, denn Trendforscher prognostizieren, dass "Generationengerechtigkeit' in den nächsten Jahren das Schlüsselwort unserer Gesellschaft wird.

Die gängige Definition von Generationengerechtigkeit lautet, dass die Chancen kommender Generationen auf Befriedigung ihrer Bedürfnisse mindestens so groß sein müssen wie die der früheren Generationen. (weiter auf Seite 37)

In dieser Ausgabe

Thema: Generationengerechtigkeit und Bevölkerungspolitik

Der Bevölkerungswandel in stärker	1
und weniger stark entwickelten Ländern	
und die Rolle der internationalen	
Gemeinschaft	
von Dr. Joseph Chamie	

Auf nach Arnoldshain!	
Erstes Symposium zu Generationen-	
gerechtigkeit und Unternehmen am	
1012.09.2004	
vom Voretand dar SRZG	

Editorial, Impressum	2
Bevölkerungsentwicklung in Deutschland	4

Daten und Fakten zur Weltbevölkerung	(

Generationengerechtigkeit -

ein globales Problem?

Kaufmann

von Froi. Dr. Josef Scrimia	
Ohne Nachwuchs keine Zukunft: Nachwuchssicherung als politisches Zie von Prof. Dr. DDr. h.c. Franz-Xaver	el

Schrumpfen oder wachsen?
Schrumpien oder wachsen:
Bevölkerungspolitik in der Demokratie
von Prof. Dr. Herwig Birg

12

Der "ökologische Fußabdruck" der	14
Menschheit	
von Angelika Wagner, Deutsche Stiftung	
Weltbevölkerung	

Bevölkerungspolitik in China von Michael Stoyke	1
"Hilfe wir schrumpfen!" Deutschland und die Welt im	1

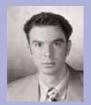
von Jörg Tremmel, SRzG-Vorsitzender	
Die Schrumpfung der Bevölkerung Deutschlands und anderer Industrielän-	

Die Gernampiang der Beverkerung
Deutschlands und anderer Industrielän-
der ist zu begrüßen
Standpunkte von: Prof. Dr. h.c. Franz-
Xaver Kaufmann, Prof. Dr. Herwig Birg
und Jörg Tremmel

Das Projekt Global zukunftsfähiger Ent-	25
wicklung - Perspektiven für Deutschland	
von Dr. Volker Brandl	

Kontrazeption heute und morgen von <i>Burkhard Otte</i>	26
Bücher	27
Berichte	32
Interna	3
Termine	42

Editorial





Eine im Rahmen der Theorien über Generationengerechtigkeit wichtige Frage ist, ob sich das Konzept der Generationengerechtigkeit auf die zukünftigen bzw. nachrückenden Generationen als Entitäten bezieht oder auf die Angehörige zukünftiger bzw. nachrückender Generationen. Von der SRzG bisher sträflich vernachlässigt, sind die Implikationen dieser Frage weitreichend. Von jeder natürlichen Ressource müsste eine heutige Generation deutlich mehr sparen, wenn ihre Nachfolgergeneration zahlenmäßig größer ist und alle Individuen gleichgestellt werden sollten. Im Bereich der sozialen Sicherungssysteme wiederum macht es eine sinkende Bevölkerung schwieriger, die ethischen Maximen der Gleich- oder Besserstellung nachrückender Generationen zu erfüllen.

Jede Definition von Generationengerechtigkeit kann, wenn sie sinnvoll sein soll, in jedem Fall nur auf die Angehörigen zukünftiger Generationen, auf die ,zukünftigen Individuen' abstellen. Generationengerechtigkeit ist ein Konzept, das mit seiner Bedürfnisorientierung auf das Individuum abzielt. Wenn ein Vertreter einer zukünftigen Generation ohne eigenes Verschulden deutlich schlechter gestellt ist als Angehörige der heutigen Generation, so kann dies nicht als generationengerecht bezeichnet werden. Dieser Aspekt wurde in den frühen USamerikanischen Arbeiten zu Generationengerechtigkeit stets mitbehandelt, ist aber im deutschen Sprachraum sträflich vernachlässigt worden - wohl weil Bevölkerungspolitik historisch als Konzept, ja sogar als Begriff vorbelastet ist. Es ist aber überhaupt nicht möglich, das Konzept der Generationengerechtigkeit richtig zu erfassen bzw. zu sinnvollen Schlussfolgerungen zu gelangen, wenn man diesen Aspekt nicht mitberücksichtigt.

Die Fragen von Ökologie, Generationengerechtigkeit und Bevölkerungs- bzw. Geburtenpolitik sind sachlich untrennbar miteinander verknüpft, resümierte schon Ernest Partridge, dessen Sammelband 1980 die moderne Debatte über Generationengerechtigkeit einleitete.

Was aber folgt daraus? Der Bevölke-

rungszuwachs in den Entwicklungsländern wird weltweit mit Sorge zur Kenntnis genommen, die Stagnation (und prognostizierte Schrumpfung) der Bevölkerungen in den Industrieländern ruft zumindest in diesen Ländern selbst Besorgnis, ja teilweise Panik hervor. Jede gegenwärtige Politikstrategie hat einen signifikanten Einfluss auf die Größe der zukünftigen Bevölkerung, wie Herwig Birg in diesem Heft schreibt. Es ist also nicht möglich, *nicht* Bevölkerungspolitik zu betreiben.

Die SRzG versucht mit dieser Ausgabe der Zeitschrift "Generationengerechtigkeit!" erstmals im deutschen Sprachraum, die Bevölkerungsveränderungen in Entwicklungs- und Industrieländern gemeinsam zu betrachten und auf ihre Auswirkungen im Hinblick auf Generationengerechtigkeit hin zu überprüfen. Der Einleitungsartikel von Joseph Chamie, dem Direktor der Bevölkerungsabteilung der UN, stellt den Verhandlungsstand der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf Geburtenpolitik, Gesundheitspolitik und Migrationspolitik dar. Der Demograph Josef Schmid aus Bamberg stellt die Bevölkerungstrends von Entwicklungs- und Industrieländern in einen gemeinsamen Kontext. Franz-Xaver Kaufmann fordert Nachwuchssicherung als politisches Ziel in Deutschland, da es ohne Nachwuchs keine Zukunft gibt. Auch Herwig Birg fordert die Überwindung unserer historisch bedingten Abwehr gegen eine staatliche Förderung geburteninduzierender Maßnahmen und spricht sich für eine proaktive und pronatalistische Bevölkerungspolitik in Deutschland aus. Angelika Wagner hebt im Namen der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung die enge Verbindung zwischen Bevölkerungsgröße und Umweltbelastung hervor und fragt, wie viele Menschen die Erde zu tragen vermag. Michael Stoyke beleuchtet die chinesische Bevölkerungspolitik, die zwar sehr erfolgreich, wegen ihrer Rigidität aber umstritten ist.

Jörg Tremmel schließlich fordert dazu auf, tief sitzende Vorbehalte gegen Schrumpfungsprozesse zu überwinden und emotionsloser an das Thema heran zu gehen. Außerhalb des Schwerpunktthemas stellt Volker Brandl das Verbundprojekt "Global zukunftsfähige Entwicklung" dar und Laura Memmert fordert eine Abkehr vom Wachstumsindikator BIP.

Viel Freude mit dem Heft wünschen Jörg Tremmel, Laura Memmert Sie sprechen mit Ihrer
Anzeige 8000 Meinungsbildner
in Deutschland an!
Besser können Sie nicht für
sich werben!

Nebenbei fördern Sie unsere gemeinnützigen Ziele.

Fordern Sie unsere Mediadaten an:

Tel. 06171-982367 Fax 06171-952566 E-mail: info@srzg.de

Impressum

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG),

Adresse siehe Redaktionsanschrift

Chefredaktion: Jörg Tremmel, Laura Memmert Redaktion: Florian Böttcher, Beatrice Gaczensky, Die-

derik van Iwaarden, Sebastian Karg, Tobias Kemnitzer, Martin Kuge, Oliver Lange, Adrian Schell, Tomohiko Takizawa, Thomas Wiechers

Layout: Kerstin Hose

Konzept und Umsetzung: Jörg Tremmel

Druck: Druck&Medien Späthling,

Ruppertsgrün 6, 95163 Weißenstadt

Verlag: Eigenverlag, Oberursel, Adresse siehe Redaktionsanschrift

Redaktionsanschrift: SRzG, Postfach 5115,

61422 Oberursel, Tel. 06171-982367,

Fax 06171-952566,

E-mail: info@srzg.de, www.srzg.de

Die GG! wird ausschließlich ehrenamtlich erstellt und erscheint i.d.R. vierteljährlich. Sie möchte das Bewusstsein unserer Verantwortung für kommende Generationen fördern und gleichzeitig themenbezogen über aktuelle Entwicklungen rund um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit informieren. Außerdem berichtet sie über die Arbeit der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) und über generationengerechte Projekte anderer Organisationen, v.a. Jugendorganisationen. Pro Jahr gibt es drei deutschsprachige und eine englischsprachige Ausgabe.

Das Jahresabo kostet 25 Euro und ist im voraus für ein Jahr zu bezahlen. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate zum Jahresende. Wir wären Ihnen dankbar für eine Einzugsermächtigung (siehe letzte Seite). Dies erspart Ihnen den Gang zur Bank und uns teure Mahnbriefe.

Die veröffentlichen Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der Mitglieder der Organe der SRzG wieder. Bei korrekter Zitierweise und Übersendung eines Belegexemplars ist der Abdruck von Artikeln erlaubt. Alle anderen Rechte vorbehalten. Keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität.

ISSN 1617-1799

("Bevölkerungswandel..." Fortsetzung von Seite 1)

Paaren getroffen. Erst seit kurzer Zeit wird dieser Grundsatz von der Internationalen Gemeinschaft explizit erkannt: Grundsatz 8: "Alle Paare und Einzelpersonen haben das Grundrecht auf die freie Entscheidung und Verantwortung über die Anzahl und die Abstände der Geburt ihrer Kinder, und auf die für die Ausübung dieses Grundrechtes notwendige Information, Bildung und sonstige Mittel." (Programme of Action, United Nations International Conference on Population and Development, 1994).

Endgültige Entscheidung bei den Paaren

Dementsprechend können beispielsweise einige Männer und Frauen - sei es aufgrund ihrer eigenen Entscheidung oder aufgrund von physischen Beschränkungen - keine Kinder bekommen. Andere entscheiden sich für nur ein Kind und wieder andere wünschen sich zwei oder mehr Kinder. Sicherlich wird der Staat Interesse und Anliegen bezüglich der Höhe der Fortpflanzung und der Bevölkerungswachstumsrate haben. Wie auch immer, die endgültige Entscheidung bezüglich der Geburt eines Kindes liegt bei den Einzelpersonen und Paaren.

Gesundheitspolitik und die internationale Gemeinschaft

Betrachten wir jetzt die Todesfälle/Sterblichkeit. Hier gibt es eine breite Einigkeit darüber, dass eine gute Gesundheit zu einem langen Leben führt. Einzelpersonen, Familien, Gemeinschaften und Nationen verfolgen alle dieses Ziel, und sie tragen die Verantwortung für eine niedrige Rate von Säuglings-, Kinder-, Mütter- und Erwachsenensterblichkeit. Diese Ziele gehören unter anderem auch zu den Millenium Development Goals der Vereinten Nationen, aufgestellt im September 2000 von den Regierungen der Welt. Vor allem die folgenden, mit der Sterblichkeit verbundenen Ziele, sollen bis 2015 erreicht werden:

- · Reduzierung der Sterblichkeit Unterfünfjähriger um zwei Drittel
- · Reduzierung der Müttersterblichkeit um drei Viertel
- ·Rückgang der Ausbreitung von Krankheiten, vor allem von HIV/AIDS und Malaria

Im Kontrast zu den beiden eben behandelten Themen Fortpflanzung und Sterblichkeit, bei denen es viel Übereinstimmung gibt, ist im dritten Bereich des Bevölkerungswachstums - der interna-

tionalen Bevölkerungswanderung - weniger Konsens zu finden.

Migrationspolitik und die internationale Gemeinschaft

Das Recht auf Bewegungsfreiheit wurde international durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vor einem halben Jahrhundert anerkannt. Dabei gilt jedoch: Jeder hat das Recht, sein Land zu verlassen, aber nicht jeder hat das Recht, in ein anderes Land einzureisen. Dieser offensichtliche Widerspruch führt zu dem Dilemma, mit dem sich eine steigende Zahl von Ländern und Regionen in der Welt heute konfrontiert sieht. Kurz gesagt, die Zahl der Auswanderungswilligen, die ohne Beschränkung ihr Heimatland verlassen dürfen, übersteigt die Zahl, die von den einzelnen Länder als Einwanderungsquote festgelegt wird. Welche Politiken und Programme die Staaten für internationale Migration festlegen sollten, kann ich nicht entscheiden.

Determinanten des Bevölkerungstrends

Trotz alledem, als Demograph in einer internationalen Organisation ist es meine Aufgabe etwas über die Determinanten und Konsequenzen der Bevölkerungstrends zu sagen. Im Folgenden nur ein paar Beispiele dafür, was ich zu sagen habe. Meiner Ansicht nach gibt es folgende bemerkenswerte Merkmale des 20. Jahrhunderts, Merkmale die den Lauf allen Lebens auf diesem Planeten ändern werden

· Zunächst ist dies ein so noch nie da gewesenes Wachstum der Weltbevölkerung. Die Weltbevölkerung hat sich während des letzten Jahrhunderts nahezu quadriert, von 1,6 Milliarden auf 6,1 Milliarden Menschen. Der meiste Anstieg davon - ca. 80 % - lag in der zweiten Hälfe des 20. Jahrhunderts. (vgl. Abb. 1)

Die globale Wachstumsrate hatte ihren Höhepunkt von ca. 2 % in den späten 60er Jahren und liegt heute bei ca. der Hälfte, bei 1,2 %. (s. Abb. 2 n. S.)

- Das 20. Jahrhundert hat uns in einen revolutionären Wandel in den Bereichen der Lebenserwartung, der Mutter- und Kindersterblichkeit, der Alterung und Bevölkerungswanderung hineingeführt, sowohl zwischen dem Land und der Stadt, ebenso wie zwischen Ländern und Regionen.
- · Nach vielen Jahrhunderten des Wachstums schrumpft die Bevölkerung in Europa. Am Ende des 20. Jahrhunderts lag die Bevölkerungszahl in Europa bei 728 Millionen Menschen und nimmt jetzt jährlich um 750.000 Menschen ab. In der nächsten Dekade wird sich dieser Bevölkerungsrückgang auf mehr als 2 Millionen Menschen pro Jahr beschleunigen. Als Ergebnis wird Mitte dieses Jahrhunderts die Bevölkerung in Europa ca. 100 Millionen Menschen weniger betragen als heute.
- Für nahezu das gesamte Weltbevölkerungswachstum sind die Entwicklungsländer verantwortlich. Sechs Länder vereinigen ungefähr die Hälfe des Welt-Bevölkerungswachstums von jährlich 77 Millionen Menschen auf sich (Indien 17 %; China 11 %, Pakistan, Nigeria, Bangladesch, Indonesien).
- ·Die HIV/AIDS-Epidemie verursacht ein enormes Elend und menschliches Leiden. Einige Länder in Afrika erwar-

(weiter auf Seite 4)

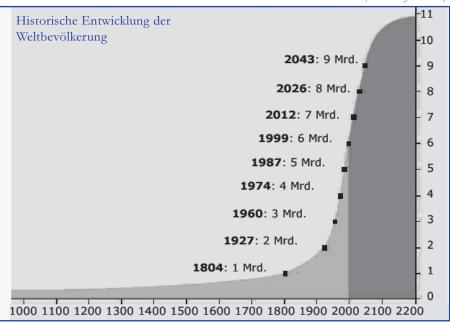


Abb. 1: Quelle: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

("Bevölkerungswandel..." Fortsetzung von Seite 3) ten sogar einen deutlichen Rückgang der Bevölkerung wegen der hohen HIV/AIDS-Raten.

Zum Abschluss möchte ich noch ein paar Kommentare zu zukünftigen Bevölkerungstrends machen. Klar ist, dass das gegenwärtige hohe Level der Geburten nicht unbegrenzt so gehalten werden kann, da es sonst zu einer sehr großen und nicht zu erhaltenden Bevölkerung führt. Glücklicherweise breitet sich der in Europa vor Jahren begonnenen Geburtenrückgang mittlerweile auch auf die Entwicklungsländer aus, was vor allem durch Familienplanungspolitik und -pro-

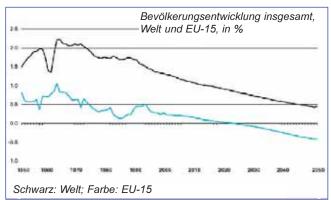


Abb. 2: Fertilität; Quelle: Eurostat

gramme für die Entwicklungsländer möglich wird. Trotz alledem ist in den Entwicklungsländern mit einer um 2 bis 3 Milliarden höheren Bevölkerung als heute in der Zukunft zu rechnen.

In Bezug auf die stärker entwickelten Ländern sind einige, vor allem Umweltschützer, der Ansicht, dass der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung, besonders in Europa, eine willkommene Entwicklung ist. Wie auch immer, viele Regierungen sind zunehmend alarmiert wegen der ökonomischen, sozialen, kulturellen wie auch geopolitschen Konsequenzen ihrer sinkenden und alternden Bevölkerung. Wirtschaftliches Wachstum, Verteidigung, Rente und Gesundheit sind

> alles Themenbereiche mit großer Bedeutung. Beim Versuch die Geburtenraten zu steigern, wollen Regierungen die eigentlichen Ursachen für niedrige Fruchtbarkeit angehen und entwickeln Programme, die Paare ermuntern sollen, mehr Babys zu bekommen. Es ist wahrscheinlich, dass die

europäischen Geburten ein wenig über die sehr geringen Raten von heute ansteigen werden. Dagegen erscheint es allerdings unwahrscheinlich, dass die europäischen Regierungen es kurzfristig schaffen, die Geburtenrate auf das Reproduktionslevel anzuheben. Das Ergebnis wird aller Wahrscheinlichkeit nach ein Europa von morgen, dass viel kleiner und älter ist als das von heute.

Letztendlich ist ein umfangreiches Bevölkerungswachstum für die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts zu erwarten, vielleicht 2 bis 3 Milliarden zusätzliche Menschen. Zusätzlich zeigt es sich in der Langzeitbetrachtung der Weltbevölkerung, dass deren Höhepunkt bei ca. 10 Milliarden Menschen liegen wird.

Dr. Joseph Chamie ist Direktor der Population Division, der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen





(übersetzt von Sebastian Karg)

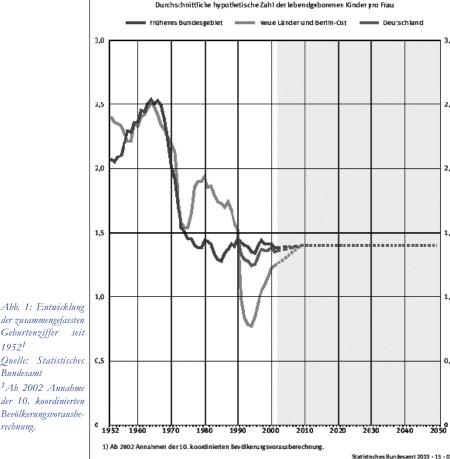
Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer seit 1952¹⁾

Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

Die zentrale Fragestellung aus deutscher Sicht ist die Alterung der Bevölkerung. Das Altern der Bevölkerung in den Industrie- und Schwellenländern ist das Resultat aus der seit ca. 30 Jahren sehr niedrigen Geburtenhäufigkeit, der wachsenden Kinderlosigkeit und dem kontinuierlichen Anstieg der Lebenserwartung. Dieser beruht heute darauf, dass sich die Lebenszeit der vor allem über Sechzigjährigen verlängert.

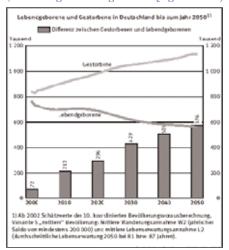
Das Altern der Bevölkerung ist ein irreversibler Vorgang. Der Eintritt ist sicher, da er im Altersaufbau der heutigen Bevölkerung bereits angelegt ist. Deutschland hat mit 1,4 Kindern pro Frau (Abb. 1) eine Geburtenrate im unteren Mittelfeld Europas (Ø 1,8) und die sechstniedrigste weltweit. Geht man von den Annahmen der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung aus, dann wird sich die Schere zwischen der Zahl der Sterbefälle und der Zahl der Geburten weiter öffnen (Abb. 2). Das statistische Bundesamt bezeichnet dies aber nicht als eine Prognose, da es nur die bisherigen Trends fortschreiben kann.

In der Bundesrepublik lebten Anfang 2002 rund 83 Millionen Menschen, davon (weiter auf Seite 5)



der zusammengefassten Geburtenziffer seit 19521 Quelle: Statistisches Bundesamt ¹Ab 2002 Annahme der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausbe-

(Bevölkerungsentwicklung... Fortsetzung von Seite 4)



69 Millionen im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin) und 14 Millionen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin). 1990 betrug die Bevölkerungszahl nur 79,75 Mio. Menschen.

In den Jahren seit der deutschen Einheit hat die Bevölkerungszahl mit Ausnahme des Jahres 1998 ständig zugenommen. Grund dafür waren die hohen Zahlen der Zuwanderer, die jedoch seit 1995 zurückgehen.

1998 war das Ausnahmejahr, in dem der gleichfalls hohe Überschuss der Gestorbenen über die Lebendgeborenen die nach wie vor positive Wanderungsbilanz überstiegen hat (Abb. 3).

Langfristig ist ein deutlicher Rückgang der Zahl der Bevölkerung bei einem gleichzeitigen Altern zu erwarten. Vorzum Jahr 2050 auf 67 Millionen (niedrige Variante) bzw. 81 Millionen (hohe Variante) verringern könnte (s. Abb. 4).

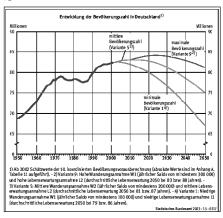
terung der Bevölkerung, das heißt der Anteil der jüngeren und mittleren Jahr-

◆ Abb.2: Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland bis zum Jahr 2050 Ouelle: Statistisches Bundesamt

► Abb.3: Saldo der Wanderungen über die Grenzen Deutschlands Quelle: Statistisches Bundesamt

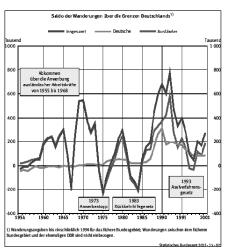
▼ Abb 4: Saldo der Wanderungen über die Grenzen Deutschlands

Quelle: Statistisches Bundesamt



gänge geht zurück, die älteren Jahrgänge nehmen dagegen zu.

Schon lange ist die so genannte Bevölkerungspyramide keine Pyramide mehr letztmalig war 1910 jede nachfolgende Generation größer als die vorangegangene. Durch die Einschnitte der beiden Weltkriege nahm die Pyramide die Form einer "zerzausten Tanne" ein. Die heutige Altersstruktur ist durch die geburtenstarken mittleren Jahrgänge und einen Sockel der Unter25jährigen geprägt. Bis in die Zukunft wirkt der Geburtenrückgang der 60ger Jahre (Pillenknick) fort. Schon heute fehlt es für künftige Geburten an Eltern, so dass jede Elterngeneration nur zu 65 % durch Nachkommen ersetzt werden kann. In 50 Jahren wird die Altersstruktur die Form einer "Urne"



bzw. dünner werdenden Säule annehmen. Ein Vergleich der Alterspyramiden zeigt diesen Übergang. (s. Abb. 5, 6, 7) Von den Frauen des Jahrgangs 1940 waren 10,6 Prozent zeitlebens kinderlos, beim Jahrgang 1955 waren es 21,9 Prozent und beim Jahrgang 1965 bereits 32,1 Prozent.

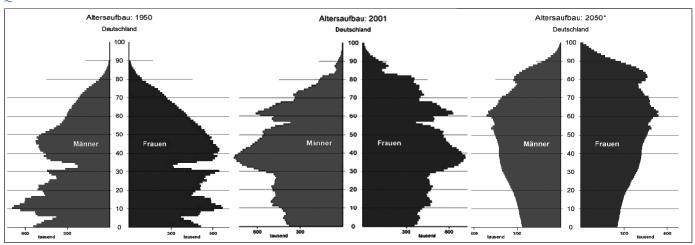
Die SRzG ist ein Think-Tank. Was heißt das?

Think Tanks - Denkfabriken - sind im Grunde unabhängige politische Organisationen, die sich als Forschungsund Analysezentren für wichtige Themen verstehen. Zugleich Bindeglied zwischen Wissenschaft und Politik und auch einer politisch interessierten Öffentlichkeit, sammeln sie in einem Fachgebiet Wissen an, entwickeln systematisch Ideen zu Problemstellungen, arbeiten diese aus und tragen sie gezielt nach außen, um zu beraten und zu lenken.

ausschätzungen, wie die der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung zeigen, dass sich die Bevölkerungszahl bis

Damit einher geht eine zunehmende Al-

→ Abb.5, 6, 7: Alterspyramiden Deutschland 1950, 2001, 2050 Ouelle: Statistisches Bundesamt



5

Daten und Fakten zur Weltbevölkerung

Bevölkerungsdynamik global und regional

Im Neolithikum zählte die Weltbevölkerung nur ca. fünf bis zehn Millionen Menschen. Um 300 v. Chr. wird die Weltbevölkerung auf 100 Millionen Menschen geschätzt. Um 1650 war die Erde mit einer halben Milliarde Menschen bevölkert. Bis 1900 stieg die Weltbevölkerung auf 1,65 Milliarden Menschen. Im 20. Jahrhundert stieg sie von 1,6 auf 6,1 Milliarden, d.h. sie vervierfachte sich dann fast. Anders ausgedrückt: Die Bevölkerung ist seit 1960 so stark gestiegen wie in den vier Millionen Jahren zuvor, seit dem ersten aufrechten Gang unserer Urahnen. Heute leben genau so viele Menschen wie in allen früheren Zeitaltern zusammen. Die Bevölkerungsabteilung der UNO prognostizierte 2003 erstmals, dass in den meisten Entwicklungsländern die Gesamtfruchtbarkeitsrate, die bereits zwischen 1950 und 2000 von 6 auf 3 gesunken war, in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts (2030-2035) unter das Bestandhaltungsniveau von 2,1 Kindern pro Frau sinken wird. Die mittlere Schätzung in der 2002 Revision, der Auswertung aller Bevölkerungsstatistiken 2002, geht von 400 Millionen weniger Erdenbürgern im Jahr 2050 aus als die 2000 Revision. Etwa die Hälfte davon sei auf eine Zunahme der prognostizierten Todesfälle, in erster Linie wegen HIV/AIDS, zurückzuführen, die andere Hälfte sei bedingt durch weniger Geburten. Würde die Fruchtbarkeit dagegen entgegen den Annahmen unverändert bleiben, so würde sich die Weltbevölkerung bis 2050 mehr als verdoppeln und 12,8 Milliarden erreichen. Wenn Frauen im Durchschnitt nur 0,5 Kinder mehr hätten als in der mittleren Variante unterstellt, so würde die Weltbevölkerung bis 2050 auf 10,6 Milliarden steigen (hohe Variante), hätten sie 0,5 Kinder weniger, so ergäbe sich eine Weltbevölkerung von 7,4 Milliarden (niedrige Variante). (s. Abb. 1)

Nie zuvor gab es so viele zusätzliche Menschen pro Jahr wie Mitte der 1980er Jahre: 87 Millionen. Die Zahl ist heute auf 77 Millionen gesunken. Sie wird aber selbst 2050 immer noch bei zusätzlichen 29 Millionen pro Jahr liegen.

Die Lebenserwartung wird nach den Prognosen der Population Division von 65 Jahren (2003) auf 74 Jahre (2045-2050) zunehmen, wobei aber große regionale Unterschiede bestehen bleiben. Während sie in den entwickelten Ländern von 76 auf 82 Jahre steigen wird, wird jemand in den Entwicklungsländern Mitte dieses Jahrhunderts im Durchschnitt 73 Jahre alt werden (2003: 63 Jahre). Durch die Abnahme der Fertilität und die Zunahme der Lebenserwartung kommt es zu einer erheblichen Alterung der Welt. Die Zahl der Übersechzigjährigen wird sich nahezu verdreifachen und 2050 fast 2 Milliarden Menschen betragen. In den weiter entwickelten Ländern wird dann rund ein Drittel der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein (2003: 19 %). Diese Entwicklung schlägt sich auch im Medianalter nieder. Es stieg global zwischen 1950 und 2000 gerade mal um drei Jahre, von 23,6 auf 26,4 Jahre. Der Grund ist das Übergewicht der jungen Gesellschaften der

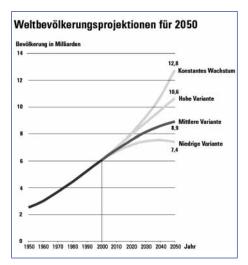


Abb. 1: Weltbevölkerungsprojektionen für 2050 Quelle: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

Entwicklungsländer. Während in jungen Gesellschaften wie z.B. Jordanien 2003 das Medianalter bei 18 Jahren liegt, ist es in Schweden bei 38 Jahren. Bis 2050 wird dagegen das Medianalter weltweit auf 37 Jahre steigen.

Bevölkerungsstruktur in Nord und Süd

Das rasante Bevölkerungswachstum ist ungleich verteilt. Die Bevölkerung der MDC (Industrieländer) wächst laut der 2002 Revision mit einer Wachstumsrate von 0,25 % pro Jahr, das Wachstum der Entwicklungsländer beträgt 1,46 %, wobei die am wenigsten entwickelten Länder sogar noch schneller wachsen (2,4 % pro Jahr).

1960 lebten noch rund 30 % der Weltbevölkerung in den "Stärker Entwickelten Ländern". Im Jahr 1990 sank ihr Anteil auf 20,5 %, während der Anteil der Entwicklungsländer sich von 70 auf 79,5 % steigerte (s. Abb. 2).

Quellen: Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat (2003): World Population Prospects. The 2002 Revision. Executive Summary. New York.

Als ich fünf war, war meine Mutter 25 und ich fand sie sehr alt.
Als ich 25 war und sie 45 fand ich sie alt.
Als ich 45 Jahre als war, war sie 65, und ich fand sie junggeblieben.
Als ich 56 war, starb meine Mutter und ich fand, sie sei sehr jung gestorben.

Max von der Grün

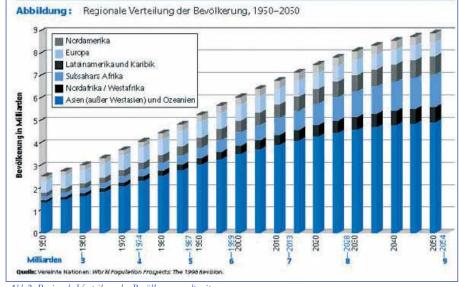


Abb.2: Regionale Verteilung der Bevölkerung weltweit Quelle: UN Population Division

Generationengerechtigkeit - ein globales Problem?

von Prof. Dr. Josef Schmid

Der Blick auf den notleidenden Generationenvertrag zeigt eine Gewichtsverlagerung von weniger Nachwuchs zu steigenden Anteilen älterer Menschen. Auf die modernen Gesellschaften kommen ebenfalls steigende soziale Kosten zu. Auf den Entwicklungskontinenten registrieren wir zwar viel Nachwuchs, der dort auf schwache, unzulängliche Einrichtungen der Bildung, Gesundheit und des Arbeitsmarktes trifft. Es ist bis heute nicht klar, wie bis zur Mitte des Jahrhunderts diese gegensätzliche Weltproblematik, bier wie dort, gelöst werden soll.

Wir leben in einer zweigeteilten Welt und sind uns dessen bewusst. Wirtschaftlicher Entwicklungsstand, der technische Reifegrad in Produktion, Verteilung und Infrastruktur, der Bildungsgrad der Bevölkerung sind die bekannten Kriterien, die heute die moderne Welt gegenüber Entwicklungskontinenten abgrenzen. Die Grenzen sind gewiss in Bewegung, besonders für Asien erwarten wir ein langsames Aufrücken zur modernen Welt von Kleinstaaten ebenso wie der Giganten China und Indien, die sich noch in diesem Jahrhundert zu Großmächten emporstufen werden.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Bevölkerungsstruktur als Kriterium des Entwicklungsstandes einer Region in den Vordergrund geschoben. Denn sie gestattet, die Modernisierungsdifferenzen zwischen Räumen präziser anzugeben als dies rohe Wirtschaftsdaten könnten. Sie weist außerdem auf die Annäherungsgeschwindigkeit hin, mit der sich unterschiedliche Räume ausgleichend aufeinander zubewegen. Ein Entwicklungsgefälle zwischen Staaten und Regionen lässt sich anhand eines demographischen Strukturvergleichs am besten aufzeigen.

Die demographische Zweiteilung der Welt

Die "Eine Welt" besteht also - in demographischer Typisierung - aus zwei Teilen,



Generationenvertrag

wie sie gegensätzlicher nicht sein können: das moderne Europa mit stagnierenden und abnehmenden Bevölkerungen, weil die Geburtenniveaus in der Summe unter der Stärke der Elterngeneration liegen. Daraus folgt ein anteilmäßiges Anwachsen der Altenjahrgänge. Dass außerdem die Lebenserwartung gerade der höheren Altersklassen steigt, verstärkt den Vorgang demographischen Alterns. Er wird das Durchschnittsalter der europäischen Bevölkerung - das liegt bei jenem Alter, das eine Bevölkerung in gleich große Gruppen von Jüngeren und Älteren teilt - zwischen 40 und 50 klettern lassen.

Wie anders sind dagegen die Verhältnisse in Asien, Afrika und Lateinamerika. Dort liegt das Durchschnittsalter zwischen 20 und 25 Jahren, weil die Alterspyramiden ihren Schwerpunkt am breiten Jugendsockel haben. Zur Zeit unserer Urgroßeltern sah die deutsche Alterspyramide wie ein sauberes, nach oben spitz zulaufendes Dreieck aus. Heute präsentiert sie sich als Koloss auf tönernen Füßen. Die Europäer blicken bange auf den "Altenquotienten", das Verhältnis von aktivem Bevölkerungsteil zwischen 20 und 60, zu demjenigen ab 60 aufwärts, der unwillkürlich steigt, weil immer mehr ältere Menschen ins Rentenalter kommen, als Arbeitskräfte nachwachsen. Die Sorge der Entwicklungsländer ist ihr "Jugendquotient": denn dort sind jugendstarke Jahrgänge am Leben zu erhalten, was bei einer 10-fach größeren Kindersterblichkeit wie in Europa nicht einfach ist. Sie sind zu erziehen und beruflich zu bilden, allerdings für eine Weltwirtschaft, in der "wissenschaftliche Produkte" wie Steuerungsprozesse und Kommunikationsnetze dominieren. Afrika ist von den weltwirtschaftlichen Güter- und Geldströmen praktisch abgehängt!

Bei einer solchen Gegenüberstellung darf nicht nur auf Menschenzahlen gesehen werden, nicht nur auf das Verhältnis von Aktiven zu Alten, sondern auf die qualitative Aufgabe der Altersgruppen: hier müssen "verdiente Jahrgänge" für eine Lebensleistung belohnt und entschädigt werden, dort müssen Kinder und Jugendliche zu Trägern des Morgen herangezogen werden. Dieses "Morgen" umfasst mehr als die Versorgung der alten Eltern. Die jungen Menschen müssen in neue Einrichtungen einrücken, die den Anschluss ihres Landes an eine weit fortgeschrittene Weltökonomie suchen, zu-

mindest den Abstand zu ihr verringern, und müssen gleichzeitig für stabile politische Verhältnisse sorgen, weil sonst Investitionen und Auslandshilfen fern bleiben. Die Entwicklungsländer haben für ihre "Modernisierung" nicht über hundert Jahre Zeit wie die Europäer. Sie müssen den Sprung von der vorindustriellen Gesellschaft in die postindustrielle, von agrarischer Subsistenzwirtschaft in die wissenschaftliche Zivilisation schaffen.

Der Weg in die Moderne

Dass dieser Vorgang unumgänglich ist, kann nicht bezweifelt werden. Wie er in seiner Größe vor sich gehen soll, ist die Entwicklungsfrage dieses Jahrhunderts. Das geht nicht ohne traditionelle Klugheit und Vorsicht alter Völker, die sie alle sind: China fürchtet eine gleichzeitige Liberalisierung von Wirtschaft und Politik; Indien operiert von hochmodernen Sektoren und Inseln aus. Für die bis zum Jahre 2050 herangewachsenen sechs Milliarden Menschen in außereuropäischen Ländern, die keine spektakulären Entwicklungstaten erwarten lassen, eher von inneren Religions- und Machtkämpfen zerrissen werden, gibt es keine Patentrezepte. Die Idee einer großangelegten Verwestlichung, einer baldigen Einführung dieser Völker in Freie Marktwirtschaft, Demokratie und Wohlstand beruht auf transatlantischer Naivität und löst im "alten Europa" Zurückhaltung aus.

Eine Demokratisierung der Dritten Welt kann nur Fuß fassen, wenn ein wirtschaftlich selbstständiger Mittelstand entsteht, breit genug, um Freiheitsrechte, wie sie die Europäer genießen, einzufordern und zu verteidigen. Zu einer solchen Wirtschaftsentwicklung, die endlich Planungssicherheit und Perspektiven für die großen Familien verheißt, gehören auch demographische Strukturen: starker Rückgang der Kindersterblichkeit, ein generatives Verhalten, das sich weniger Kinder, dafür aber ausgebildete, zum Ziel setzt, und ein gedeihliches Verhältnis der Generationen innerhalb von Großfamilie und Verwandtschaft; denn an Systeme sozialer Sicherung nach westeuropäischer Vorstellung ist für Milliarden Menschen nicht zu denken.

Niedrigere Geburtenraten in den Entwicklungsländern

Seit über zwanzig Jahren registrierten die (weiter auf Seite 8)

(Generationengerechtigkeit... Fortsetzung von Seite 7) Entwicklungskontinente einen, je nach

Kulturkreis unterschiedlich verlaufenden Geburtenrückgang. Allen voran Ostasien, wovon China mit seiner strikten Ein-Kind-Politik der Vorreiter ist. Aber auch in seinen kleineren Nachbarstaaten greifen Prozesse, die auch von Europa her bekannt sind: weniger Kinder in den Familien, mehr Arbeitstätigkeit der Frau und der erwachsenen Töchter, Rückgang der Landwirtschaft als einziger Existenzgrundlage - und Alterung der Bevölkerung, wenn auch nicht vom europäischen Ausmaß, aber inzwischen als stetiger Vorgang.

Was bedeutet das nun für die Weltentwicklung? Im Rückblick auf zweihundert Jahre Industrialisierungsgeschichte hat Europa seine Krisen gemeistert, weil es sich dazu Zeit nehmen konnte. Die Sterblichkeit sank langsam ab Mitte des 18. Jahrhunderts, die Geburten wurden auf die Zahl gewollter überlebender Kinder beschränkt. Die vorhandenen starken Jugendjahrgänge fanden ein Unterkommen in erweiterten industriellen Arbeitsmärkten: Bevölkerungswachstum, steigende Beschäftigung und Einkommen haben sich abwechselnd hochgetragen und Alternativen zum herkömmlichen Familiendasein geschaffen: Konsum und Lebensart führen zu immer größerem Aufwand für gerade noch zwei Kinder und haben den Familiensinn allmählich mit individuellen Lebensentwürfen durchlöchert und ihn in ein Konkurrenzverhältnis zur Fülle wachsender Optionen einer Wohlstandsgesellschaft gezwungen. Die steigende Scheidungszahl zeigt, dass Familiensinn und das, was von außen auf den Einzelnen einstürmt, immer schwerer zur Deckung zu bringen sind. Diese vielen Veränderungen bringen nun einen neuen Gesellschaftstypus hervor, einen postmodernen Liberalismus, der die Summe der Ego-Trips, die er freisetzt, mit den Worten Wertewandel und Individualismus bemäntelt.

Deutschland im demographischen Dilemma

Zu Beginn der 70er Jahre war es soweit: Deutschland schlitterte in ein demographisches Dilemma, als das individuelle Wohlstandskalkül zur Handlungsmaxime geworden war und den Familiengründungsgeist der Babyboomphase abgelöst hatte. Einhundert Jahre zuvor hatte Bismarck und nochmals 1957 der westdeutsche Staat mit anonymen Großbürokratien der sozialen Sicherung die Familie als alleinige materielle Existenzspenderin entthront und auf ihre emotionalen Grundfunktionen reduziert. Wenn dies obendrein in einer Nation passiert, die ihre Identität weitestgehend mit Lebensstandard füllt oder gar ersetzt, dann muss dies zu einem Geburtenniveau unter 2,2 Kindern pro Frau führen, also unterhalb des Niveaus, das zum Ersatz der Elterngeneration nötig wäre. Der für diese Generation gleichzeitig steigende Altenquotient raubt dem Generationenvertrag, einem sozialpolitischen Verhältnis anonymer Kollektive, jede Nachhaltigkeit. Doch Deutschland steht in einem globalen Innovationswettbewerb und ist zum Erfolg verdammt, weil es soziale Kosten eines nicht mehr abzubremsenden Alterungsprozesses aufbringen und die Kreativität schwindender Jugendjahrgänge fördern muss.

In so einer Lage sind die Wunschmär-

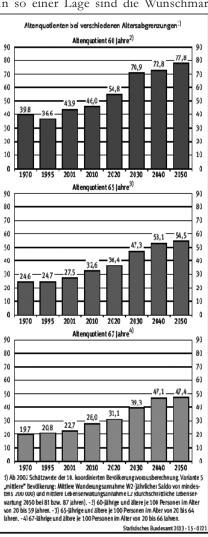


Abb. 1: Altenquotienten bei verschiedenen Altersabgrenzungen

chen einer von Demographie unabhängigen sozialen Sicherung und vom grossen Verschiebebahnhof für beliebig hohe Transfers ausgeträumt. Die junge Familie, angesiedelt mitten in der Zeitachse der Generationenfolge, wird zum Lastesel des Systems. Generationengerechtigkeit ist keine Frage der Verteilung fiktiver Güter, sondern die Möglichkeit, dass drei Generationen das Ihrige zur Generationenablöse beitragen, ohne sich selbst und die Nachkommenden zu schä-

Wenn wir abschließend zur Weltentwicklung zurückkehren, dann müssen wir Folgendes festhalten: Was sich im europäischen Entwicklungsprozess langfristig ereignen konnte, kommt auf die Dritte Welt auf einmal zu: Familienplanung, damit Jugendkosten verkraftet werden können, die Schaffung moderner Produktionssektoren, die Weltniveau erreichen, und die Kosten einer allmählichen Alte-

Es bleibt zu hoffen, dass die Entwicklungsräume die Auflösung der Familie in Ich-AG's nach westlichem Vorbild als Trojanisches Pferd durchschauen und einen eigenkulturellen Weg gehen werden, der Wirtschaftsdynamik und familienbezogenen Generationenersatz verbindet.

Literatur:

Josef Schmid/Andreas Heigl/Ralf Mai (2000): Sozialprognose - Die Belastung der nachwachsenden Generation. München (Olzog Verlag).

Ralf Mai (2003): Die Alten der Zukunft. Eine bevölkerungsstatistische Datenanalyse. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 32., Opladen (Leske + Budrich).

Scott W. Menard/Elizabeth W. Moen (1987) (eds.): Perspectives on Population. An Introduction to Concepts and Issues. New York/Oxford (Oxford University Press).

Prof. Dr. Josef Schmid lehrt Bevölkerungswissenschaft an der Universität Bamberg Adresse:





(Bildnis in Öl)

Fehlschläge mechanischer Konstruktion verschrotten wir. Sollen wir dasselbe mit den Fehlschlägen biologischer Rekonstruktion tun? Unser ganzes Verhältnis zu menschlichem Unglück und den davon Geschlagenen würde sich im antihumanen Sinne verändern.

Hans Jonas

Ohne Nachwuchs keine Zukunft: Nachwuchssicherung als politisches Ziel

von Prof. Dr. DDr. h.c. Franz-Xaver Kaufmann

In der Bundesrepublik fehlt es an einer akzeptablen Sprache, um die Probleme demografischer Nachhaltigkeit politisch zu artikulieren. Die herkömmlichen Begriffe wie Bevölkerungs- oder Familienpolitik beinhalten tiefliegende Ambivalenzen.

Die Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland schlittert in eine von Jahr zu Jahr sich stärker verfestigende demografische Schieflage, die von der Öffentlichkeit im wesentlichen in der Perspektive des demografischen Alterns und seiner Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme erörtert wird. Gleichzeitig wird der weit problematischere Aspekt der demografischen Entwicklung, nämlich der absehbare Bevölkerungsrückgang, aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt, insbesondere der Rückgang der für die Erwerbstätigkeit und die Produktivität der Volkswirtschaft entscheidenden mittleren Altersgruppen.

Diese Wahrnehmung führt zu einem demografischen Fatalismus. Die demografische Entwicklung wird wie ein ereignis aufgefaßt, das man nicht ändern, dem man sich politisch nur anpassen kann. Das trifft für die Zunahme der Altenpopulation tatsächlich zu: Die Alten der kommenden Jahrzehnte leben alle bereits unter uns, und sie werden noch länger leben als unsere heutigen Alten: Die mittlere Lebenserwartung steigt derzeit von Geburtsjahrgang zu Geburtsjahrgang um etwa drei Monate (vgl. Abb. 1)! Und weil das Recht auf Leben zu unseren fundamentalen Kulturgütern gehört, akzeptieren wir dies mit gutem Grund als selbstverständlich.

Der Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung, des sogenannten Humankapitals, ist aber kein unbeeinflußbares Naturereignis, sondern die Konsequenz vielfältiger individueller Entscheidungen unter politisch und ökonomisch gesetzten Bedingungen, die sich durchaus politisch beeinflussen lassen. Er ist vor allem die Konsequenz der Kinderlosigkeit eines in den letzten drei Jahrzehnten zunehmenden Teiles der Bevölkerung: Von den vor 1940 geborenen Frauen blieb etwa jede zehnte kinderlos; von den nach 1970 geborenen Frauen wird es - soweit absehbar - etwa jede Dritte bleiben. Offensichtlich wirkt ein Leben ohne Kinder per Saldo auf wachsende Bevölkerungsgruppen attraktiver als ein Leben mit Kindern.

Die Wucht der demografischen **Implosion**

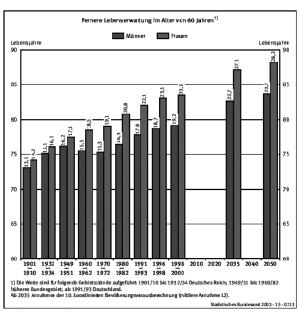
Die Reduzierung der demografischen Problematik auf das Altern der Bevölkerung führt aber auch zu einer Verharmlosung unserer wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven. Alle bisherigen Vorausberechnungen erwartbarer Beitragssätze zu den Sozialversicherungen gehen von optimistischen Schätzungen der Produktivitätsentwicklung und des Wirtschaftswachstums aus, die sich an Werten der Vergangenheit orientieren, als es dank der Bildungsexpansion der siebziger Jahre nicht an qualifizierten Arbeitskräften mangelte. Vor allem gut ausgebildete Frauen, die ihren Kindern viel mitgeben könnten, verzichten heute auf Kinder. Die PISA-Ergebnisse ausländischer Kinder deuten

auf deren besondere Schwierigkeiten hin, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Wir werden in Zukunft nicht nur deutlich weniger beruflichen Nachwuchs haben, sondern es ist auch damit zu rechnen, dass der Anteil derjenigen, die mit vergleichsweise ungünstigen Voraussetzungen ins Erwerbsleben treten, im Vergleich zur Generation ihrer Eltern zunimmt. Der Erfolg der Unternehmen und die Produktivität der deutschen Volkswirtschaft im europäischen und globalen Wettbewerb ist aber von fortgesetzten Innovationen abhängig, als deren Träger vor allem die nachwachsenden Generationen in Frage kommen.

Schließlich wird die zunehmende Wucht der "demografischen Implosion" unterschätzt: Bei den seit drei Jahrzehnten andauernden, die Reproduktion nur noch zu zwei Dritteln gewährleistenden Fertilitätsverhältnissen in der Bundesrepublik haben 1000 Frauen nur noch 667 Töchter, 444 Enkelinnen und 296 Urenkelinnen (vgl. Abb. 2).

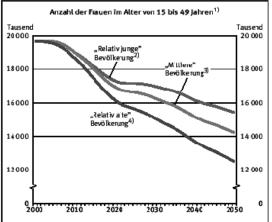
Der Bevölkerungsrückgang beginnt derzeit unmerklich, aber je mehr er an Fahrt gewinnt, desto schwieriger wird er zu bremsen oder gar anzuhalten sein. Auch fortgesetzte Zuwanderung kann in praktikablen Größenordnungen diesen Trend nur in bescheidenem Umfange abmildern. Unter den gegenwärtigen Fertilitätsverhältnissen wird ab 2050 die Zahl der über 80-jährigen etwa gleich groß sein wie die Zahl der unter 20-jährigen!

(weiter auf Seite 10)



◆ Abb.1: Fernere Lebenserwartung im Alter von 60

▶ Abb. 2: Anzahl der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren



1) Ab 2002 Schätzwerte der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. 2) Variante 3: Hohe Wanderungsannahme WI (jährlicher Saldc von mindestens 300 000) und niedige Leberserwartungsannahme LI (durchschnittliche Lebenserwartung 2050 be 79 bzw. 86 Jahren). - 3) Varlante 5: Mittlere Wanderungsannahme W2 (jährlicher Saldo von mindestens 200000) und mitlere Lebenserwat tungsannahme L2 (durchschnittliche Lebenserwartung 2050 bei 81 bzw. 87 Jah-ren). - 4) Varlante 7: Niedrige Wanderungsannahme W1 (jährlicher Saldo von mit destens 100 000) und hohe Leben serwartungsannahme L1 (durchschnittliche ing 2050 bei 83 bzw. 88 Jahren).

,Nachwuchssicherung' statt ,Bevölkerungspolitik'

Dass die Möglichkeit einer säkularen Stagnation kollektiv verdrängt wird, welche angesichts dieser Perspektiven im Vergleich zu den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts heute weit plausibler erscheint, hat auch mit dem Umstand zu tun, dass die deutsche Öffentlichkeit bisher keine Begriffe gefunden hat, um die Problematik, d.h. das Problem und seine Lösungsperspektiven in für 'Links' und 'Rechts' bzw. für 'Frau' und 'Mann' akzeptabler Weise zu formulieren.

Das ist offenkundig für den naheliegenden Begriff der Bevölkerungspolitik. Er ist - im Gegensatz zum Ausland - durch die Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit dauerhaft kontaminiert. Er trifft aber auch das Problem nicht genau genug. Es kommt ja für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Nachhaltigkeit nicht primär auf die Zahl und das Alter der in Deutschland Lebenden an, sondern auf den Umfang und die Art der vorhandenen Fähigkeiten, sowie die Motive und Bedingungen ihrer Nutzung. Nicht demografische Quantitäten, sondern soziale Qualitäten - als Bürger, Kulturträger, Produzenten, Konsumenten und, last but not least, Eltern - sind das Entscheidende für die Zukunft einer Gesellschaft.

Die Sachverständigenkommission für den Fünften Familienbericht der Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang den Begriff des Humanvermögens eingeführt.1 Er ist dem verwandten Begriff 'Humankapital' vorzuziehen, weil damit ein ökonomischer Reduktionismus vermieden wird, als ob Menschen nur als 'Humankapital' in der Wirtschaft von Bedeutung wären. Dennoch ist die Humankapitaltheorie zentral auch für diese Argumentation, und man kann nur wünschen, dass die Ökonomen endlich erkennen, dass Kinder volkswirtschaftlich nicht als Konsum, sondern als Investition zu behandeln sind. Der Wert des Humanvermögens übertrifft nach bescheidenen Schätzungen der Familienberichtskommission denjenigen des volkswirtschaftlichen Sachvermögens um mehr als das Doppelte.

Der Begriff Familienpolitik kommt unserer Problematik bereits näher. Offensichtlich geschieht in der Gemeinschaft von Eltern und Kindern Entscheidendes für die Entfaltung der Anlagen von Kindern, wie wir aufgrund neuerer Erkenntnisse der Hirnforschung nun auch in na-

turwissenschaftlich belegter Weise wissen. Intelligenz entfaltet sich nicht ohne persönliche Zuwendung; Leistungsbereitschaft entsteht nicht ohne emotionale Anerkennung. Zudem gibt es kein anderes soziales Arrangement, in dem Fortpflanzung und Sozialisation in so selbstverständlicher Weise miteinander zu koppeln sind wie die Familie. Und vor allem: Jedermann glaubt an den Wert von Familie, wie auch immer er sie im einzelnen verstehen mag. Die unzureichende Häufigkeit von Familiengründungen ist der offensichtlichste Engpaß der Humanvermögensbildung in der Bundesrepublik. Und es gibt eine breite statistische Evidenz, dass die Zahl der Kinder pro Haushalt heute eine der wesentlichen Determinanten von Unterschieden des Lebensstandards und ein häufiger Grund für Sozialhilfebedürftigkeit ist.

Obwohl somit vor allem die einkommensschwachen Familienhaushalte dringend einer besseren Unterstützung bedürfen, ist es nicht zielführend, Familienpolitik auf den Familienlastenausgleich zu fokussieren, wie dies die immer härter werdenden sozialpolitischen Verteilungskämpfe nahelegen.² Die dominante Kinderlosigkeit gerade der qualifizierten Frauen deutet vielmehr darauf hin, dass es an der notwendigen gesellschaftlichen, auch betrieblichen Anerkennung der Übernahme von Elternverantwortung fehlt, und dass der Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbstätigkeit erhebliche Hindernisse im Wege stehen. International vergleichende Studien zeigen, dass die Kinderarmut heute in paternalistischen Gesellschaften höher ist als in solchen mit relativ egalitären Geschlechterverhältnissen.3 Das Fehlen von Kinderkrippen, Ganztagskindergärten und Schulformen, in denen nicht nur Wissen vermittelt, sondern Lebensräume geschaffen werden, ist der charakteristischste Ausdruck des deutschen Paternalismus, für den die Ganztagsmutter im Haus immer noch die beste ist. Anstatt aber den Eltern die Möglichkeit zu geben, selbst darüber zu entscheiden, was in ihrem konkreten Falle als wünschenswerte Lösung erscheint, bringt es die föderalistische Kompetenzverteilung in der Bundesrepublik mit sich, dass eine integrale Familienpolitik, die Geldleistungen und Dienstleistungen sinnvoll aufeinander abstimmt, praktisch kaum möglich ist: Beispielsweise der Gutschein für einen Krippenplatz, der alternativ bei eigener Kinderbetreuung Anspruch auf eine monatliche Zahlung gibt.

Nicht zuletzt wegen des verbreiteten Pa-

ternalismus (bei Gewerkschaftern nicht weniger als bei Unternehmern!) ist auch die Bezeichnung 'Familienpolitik' ambivalent geworden, vor allem bei den Frauen! Manche plädieren statt dessen für eine Kinderpolitik, was insoweit problemaufschließend ist, als es ja nicht nur darauf ankommt, jungen Menschen die Elternschaft zu erleichtern, sondern, sind die Kinder einmal da, deren spezifische Belange als Kinder in den politischen Blick zu nehmen. Und dabei wird offenkundig, dass die entwicklungsförderliche Lebenswelt der Kinder in der Familie nicht aufgeht, sondern dass die politische Verantwortung für Kinder z.B. auch die Schulpolitik, die kommunale Raumplanungspolitik, die sozialen Dienste und nicht zuletzt die wohlfahrtsförderliche Abstimmung zwischen den verschiedenen Leistungsbereichen einbeziehen muss.4

Politischer Orientierungsbegriff gesucht

Die Bezeichnungen 'Familienpolitik' wie 'Kinderpolitik' haben als politische Leitbegriffe jedoch schlechte Karten. Sie suggerieren nur ein weiteres Feld der Klientelpolitik, ohne zu verdeutlichen, wie vital notwendig für die gesamte Gesellschaft die Erfolge einer solchen Politik sind. Familien und Kinder sind keine organisierbaren Interessengruppen, die es zu befriedigen gilt, sondern die Grundlage der Zukunft aller Gesellschaftsbereiche, welche angesichts des nicht zu beseitigenden Alterns und Sterbens des Menschen zwangsläufig auf Nachwuchs angewiesen sind. Wenn Kinder nicht zur Welt kommen, wenn sie sich ungünstig entwickeln, wenn sie die für die gesellschaftliche Teilhabe notwendigen Kom-(weiter auf Seite 11)

Liebe Förder-Mitglieder der SRzG,

neben der Zeitschrift informiert die SRzG zweimonatlich durch einen digitalen Newsletter über ihre Aktivitäten. Leider kommen immer wieder e-mails als >>nicht zustellbar<< zurück. Bitte teilen Sie uns unverzüglich Änderungen ihrer E-Mail mit. Wenn Sie länger als 60 Tage von uns keinen E-Newsletter erhalten haben, dann ist ihre richtige E-Mail aus irgendeinem Grund nicht bei uns im Verteiler. Schreiben Sie uns in diesem Fall bitte an info@srzg.de eine kurze E-mail.

Vielen Dank!

(Ohne Nachwuchs... Fortsetzung von Seite xx)

petenzen nicht erwerben, wenn also die erforderlichen Humanvermögen nicht im für die Nachwuchssicherung notwendigen Umfange gebildet werden, so trifft das den gesellschaftlichen Zusammenhang als Ganzen. Es reduziert die Standortqualitäten Deutschlands in jeder Hinsicht und leistet sozialer Desorganisation Vorschub. Der Hinweis ist nicht hilfreich, dass auch andere europäische Länder vor ähnlichen Problemen stehen. Die Knappheit des Nachwuchses vor allem in Ostund Südeuropa weist vielmehr darauf hin, dass die Hoffnung einer Problemlösung durch Zuwanderung kulturell ähnlicher Bevölkerungsgruppen trügerisch ist und daher die Humanvermögen der Zuwanderungswilligen nur wenig zu unseren Bedingungen passen.

Ohne ausreichenden Nachwuchs ist die Zukunft der Bundesrepublik nicht zu gewährleisten. Das Thema gehört ins Zentrum unserer politischen Auseinandersetzungen. Aber weder in der "Rürup-Kommission", noch im Bericht der Enquète-Kommission des Deutschen Bundestages zum demographischen Wandel ist davon deutlich die Rede. Ruhe sanft, Deutschland!

Generationengerechtigkeit wird verletzt

Nachwuchssicherung erscheint mir deshalb als das Wort, das am ehesten unserer Problematik gerecht wird.5 Nachwuchssicherung ist unschwer als eine Ausprägung von Nachhaltigkeit zu erkennen, sodass sich auch die Brücke zu diesem Diskurs schlagen läßt. Das verwandte Wort Nachwuchsförderung ist zudem ein eingeführter Begriff auf der Ebene von Organisationen. Und schließlich ist es die nachhaltigste und folgenreichste Verletzung der Generationengerechtigkeit, wenn in einer Gesellschaft die nachwachsende Generation zu klein gehalten wird, um die ihr von den vorangehenden Generationen hinterlassenen Verpflichtungen zu schultern. Nachwuchssicherung ist ein Politikfelder übergreifendes Ziel, wie Geldwertstabilität oder gesunde Umwelt. Vermehrte Anstrengungen im Bereich der Familienpolitik, der Bildungspolitik, der Wohnungs- und Wohnumfeldpolitik, aber auch die Reform der Ausländerpolitik und die vornehmlich von den Gewerkschaften blockierte Reform der Berufsbildung sind zentrale Handlungsfelder für die Nachwuchssicherung.

¹ Bundesministerium für Familie und Senioren (1994) (Hg.): Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland - Zukunft des Humanvermögens. Fünfter Familienbericht. Bonn.

² Darin besteht die Engführung des im übrigen besonders klarsichtigen "Wiesbadener Entwurf"s zur Familienpolitik. Vgl. Hessische Staatskanzlei (2003) (Hg.): Die Familienpolitik muss neue Wege gehen! Wiesbaden.

³ Vgl. Franz-Xaver Kaufmann u.a. (2002) (Hg.): Family Life and Family Policies in Europe. Vol. 2: Problems and Issues in Comparative Perspective. Oxford.

⁴ Für eine umfassende Perspektive der Kindheitspolitik siehe Renate Kränzl-Nagl, Johanna Mierendorff u. Thomas Olk (2003) (Hg.): Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Frankfurt/New York.

⁵ So zuerst in Franz-Xaver Kaufmann, Alois Herlth u. Klaus Peter Strohmeier (1980): Sozialpolitik und familiale Sozialisation. Zur Wir-

kungsweise öffentlicher Sozialleistungen. Stuttgart, S. 27 ff.

Dr. DDr. h.c. Franz-Xaver Kaufmann ist emeritierter Professor für Sozialpolitik und Soziologie an der Universität Bielefeld.



Adresse: Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Postfach 100131, 33501 Bielefeld, f.x.kaufmann@uni-bielefeld.de

Die SRzG bedankt sich sehr herzlich für folgende neue Spenden:

Scheimann, Bernhard und Anne € 100,00

Zaake, Gerd Peter € 45,00

Wiechers, Thomas € 40,00

Eckard, Daniel € 50,00

Plaas, Annegret € 100,00

 Zangerl, Karl-Eberhard € 5,00

 Gründinger, Wolfgang € 10,00

 Worthmann, Karl € 15,00

 Johr, Manfred € 20,00

 Lux, Christina € 25,00

Bahr, Daniel € 25,00

Grumbach, Moritz € 25,00

Schreier, Maren € 25,00

Bellstedt, Kai € 25,00

Mirow, Florian € 25,00 • Frey, Armin € 25,00 • Greschik, Alexander € 25,00 • Füessl, Ulrike € 25,00 • Dzialowski, Benjamin € 25,00 • Erhardt, Alexandra 25,00 ◆ Gemmel, Claudia € 25,00 ◆ Bimberg, Mathias € 25,00 ◆ Grothe, Jürgen € 25,00 ◆ Fichtner, Nikolai € 25,00 ◆ Otte, Burkhard € 25,00 • Gohl, Christopher € 25,00 • Memmert, Laura € 525,00 • Heidbreder, Roswitha € 25,00 • Kerpen, Sven € 25,00 • Wirth, Albrecht € 25,00

Boelling, Anemon € 25,00

Becker, Thorsten € 25,00

Jagel, Stefan € 25,00

Dettling, Daniel € 25,00

Viehöver, Martin € 25,00

• Alvaro Pickart, Alexander € 25,00

• Marbach, Miriam € 25,00

• Lüpschen, Benjamin € 25,00

• Attig, Andrea € 25,00

• Attig, A Wätjen, Christian € 25,00

Wiegand, Marco € 25,00

Kammlott, Christian € 25,00

Warncke, Markus € 25,00

Bonde, Alexander € 25,00

Warncke, Markus € 25,00

Warncke, Marku Bräunlein, Thomas € 30,00 • Werwigk, Claudius, € 30,00 • Müller, Birgit € 30,00 • Lange, Oliver € 30,00 • Hilser, Markus € 30,00 • Mais, Willi € 35,00

Soekadar, Surjo R. € 35,00

Bergt, Axel € 35,00

Hobohm, Daniel € 35,00

Götz, Christine, € 35,00

Weber, Sonja € 35,00 ◆ Dreiling, Thomas € 40,00 ◆ Kuge, Martin € 40,00 ◆ Haltsch, Ute € 40,00 ◆ Dannenberg, Astrid € 40,00 ◆ Kunze, Miriam € 40,00 ◆ Kowalewsky, Helmut € 40,00
 Klinkel, Romy € 40,00
 Hor, Oliver € 50,00
 Lohde, Lotte € 50,00
 Lindenberger, H.-J. € 50,00 Dr. Blume, Baum Ruth € 50,00

Dr. Dettling, Warnfried € 50,00

Lay, Waltraud € 50,00

Prof. Dr. Theisen, Heinz € 50,00

Woestmeyer, $\text{Martin} \in 50,00 \quad \bullet \quad \text{Stenzel, Magarte} \in 50,00 \quad \bullet \quad \text{Henrich, Stefanie} \in 50,00 \quad \bullet \quad \text{G\"otting, Philipp} \in 50,00 \quad \bullet \quad \text{Dr. Hoenes Hodel, Sigrid} \in 50,00 \quad \bullet \quad \text{Klein, }$ $\text{Georg} \in 50,00 \quad \bullet \quad \text{Schrecker, Thomas} \in 50,00 \quad \bullet \quad \text{Klauke, Markus} \in 50,00 \quad \bullet \quad \text{Zechmeister, Michael} \in 50,00 \quad \bullet \quad \text{Willig, Wolfgang} \in 50,00 \quad \bullet \quad \text{Willig, W$ Tremmel, Doris € 50,00

Dr. Strohmeyer, Philipp € 50,00

Ackermann, Norbert € 50,00

Schulz, Jörg Oliver € 50,00

Laukemann, Marc € Finkbeiner, Frithjof € 50,00
 Zanke, Gerd-Peter € 70,00
 Finkbeiner Senior, Frithjof € 70,00
 Loew, Erika € 75,00
 Klug, Astrid € Karsten € 150,00 ◆ Dr. Schmidt, Hans-Martin € 500,00 ◆ Nordmann, Johann-Malte € 25,00 ◆ Zuber, Fabian € 25,00 ◆ Rothmund, Tobias € 25,00 Rehrl, Tobias € 26,00
 Schindler, Claudia € 35,00
 Schell, Adrian € 135,00
 Pohlmann, Dorothee € 40,00
 Schaa, Wolfram € 40,00 Scheithauer, Lydia € 50,00

Forster, Jan € 50,00

Reuter, Angelika € 50,00

Petry, Sigrid € 50,00

Scholl, Artur € 50,00

Schouf, Thomas € 50,00 • Neuhaus, Miriam € 50,00 • Schindler, Uwe € 75,00 • Nowaschewski, Dirk € 75,00 • Reschke, Astrid, Richard € 100,00 • Mentz, Ulrich € 150,00

Rübcke, Felix € 25,00

Burkhard, Marcus € 25,00

Spahn, Jens € 20,00

Krebs, David € 25,00

Pascal, Renaud € 25,00 • Krieger, Helge € 25,00 • Tremmel Verwaltungsgesellschaft mbH € 2.000,00 • Schwab, Bernd € 60,00 • Harder, Moritz € 100,00 • Gaus, Helmut € 51,13 • Prof. Dr. Radermacher, Franz-Josef € 200,00 • Fingas, Christine € 25,00 • Drescher, Ursula € 230,00 • Colsman, Horst Rüdiger € 100,00

Schrumpfen oder wachsen?

Bevölkerungspolitik in der Demokratie

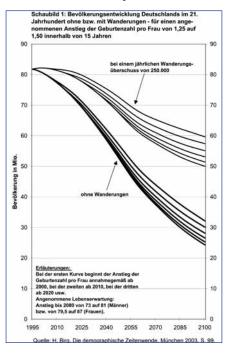
von Prof. Dr. Herwig Birg

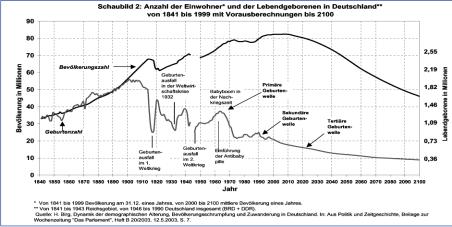
Politisches Handeln hat stets Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung. Familien- bzw. Bevölkerungspolitik muss Querschnittspolitik sein, will sie die Bevölkerungsschrumpfung verlangsamen.

In einem manifestartigen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung begründete ein Medizinsoziologe sein Plädover für die Freigabe des Klonens von Menschen zur Behandlung von Unfruchtbaren mit einem merkwürdigen Argument: Die geistigen Wurzeln unseres Embryonenschutzgesetzes, das das Klonen von Menschen verbietet, reichen angeblich zurück in den Nationalsozialismus. Die Nationalsozialisten lehnten die künstliche Befruchtung als etwas Unnatürliches ab, und sie hätten auch das Klonen abgelehnt, wenn diese Technik damals schon bekannt gewesen wäre. Da nur das Gegenteil der von den Nationalsozialisten abgelehnten Ansicht richtig sein könne, sollte man das Klonen von Menschen (und andere biomedizinische Techniken wie die therapeutische Keimbahnintervention) erlauben und das Embryonenschutzgesetz entsprechend ändern. So lautet die dem Leser nahe gelegte Schlußfolgerung.

Bevölkerungspolitik und Familienpolitik

Auf einer ähnlich verqueren Logik beruht der breite Konsens bei der Ablehnung der Bevölkerungspolitik in Deutschland: Da bevölkerungspolitische Ziele in den vordemokratischen Gesellschaften meist eine wesentliche Komponente der Politik





bildeten, insbesondere in der nationalsozialistischen Diktatur und in der DDR, läßt sich Bevölkerungspolitik mit den Prinzipien einer Demokratie angeblich nicht vereinbaren. - Wer diesen Standpunkt vertritt, übersieht, dass jede Art politischen Handelns (und Unterlassens) Auswirkungen auf die Zahl und Struktur der Bevölkerung hat. Sind diese Auswirkungen beabsichtigt, spricht man von Bevölkerungspolitik. Da die Wirkungen unabhängig davon eintreten, ob sie beabsichtigt sind oder nicht, können die bevölkerungspolitisch bedeutsamen demographischen Auswirkungen der Politik auch in einer Demokratie nicht vermieden, sondern nur anders benannt werden.

Als Ersatzbezeichnungen für die bevölkerungspolitisch bedeutsamen Wirkungen der Politik auf die Geburtenzahl sind in Deutschland die Begriffe Familienpolitik, familienorientierte Sozialpolitik oder gesellschaftliche Nachwuchssicherung üblich. Die Politik zur Verringerung der Sterblichkeit bzw. zur Erhöhung der Lebenserwartung firmiert unter "Gesundheitspolitik". Nur die Migrationspolitik wird nicht mit einer Ersatzbezeichnung benannt, aber dafür werden die demographischen Auswirkungen dieses für Deutschland wichtigen Teils der Bevölkerungspolitik um so konsequenter ver-

Die Kunst der Verdrängung ist hierzulande hoch entwickelt. Deshalb wird auch selten thematisiert, dass die Nebenwirkungen der Wirtschaftspolitik auf die Geburtenzahl die Wirkungen des nach dem Ressortprinzip zuständigen Familienministeriums wahrscheinlich bei weitem übertreffen. Je besser die Wirtschaftspolitik das Ziel eines hohen Pro-Kopf-Einkommens erreicht, desto

unerschwinglicher werden Kinder, falls Erwerbsarbeit und Familienarbeit nicht oder nur schwer vereinbar sind. So kam es zu dem demographisch-ökonomischen Paradoxon, dass im zeitlichen und internationalen Vergleich die Pro-Kopf-Kinderzahl mit dem wachsenden Pro-Kopf-Einkommen abnahm statt zuzunehmen. In Deutschland z.B. ist die Kinderzahl pro Frau heute etwa halb so hoch (1,4) wie in den 60er Jahren (2,5), obwohl sich das Pro-Kopf-Einkommen seitdem mehr als verdoppelte.

Politische Nebenwirkungen

Die demographischen Nebenwirkungen der Wirtschaftspolitik, der Bildungspolitik, der Arbeitsmarktpolitik und anderer Politikbereiche auf die demographischen Strukturen und Prozesse sind in ihrer Summe von so hohem Gewicht, dass man folgenden Grundsatz formulieren kann: Eine Familien- bzw. Bevölkerungspolitik kann ihre Wirkungen nur dann voll entfalten, wenn sie die demographischen Nebenwirkungen der anderen Ressorts kontrolliert, die selbst keine demographischen Ziele verfolgen, d.h. wenn sie als Querschnittspolitik praktiziert

So wie sich jede Sozialpolitik erübrigt, wenn quer über die Ressorts eine soziale Politik betrieben wird, so bedarf es keiner Bevölkerungspolitik, wenn es die Politik zuwege bringt, dass die Bevölkerungszahl nicht wie in Deutschland schon seit den 70er Jahren ohne Einwanderungen ständig schrumpft und dadurch altert. Die Bevölkerungsschrumpfung beruht auf der abnehmenden Zahl der Geburten bzw. der nachwachsenden jüngeren Altersgruppen, wobei gleichzeitig die Zahl der Älteren wächst. Die Bevöl-

(weiter auf Seite 13)

1/2004

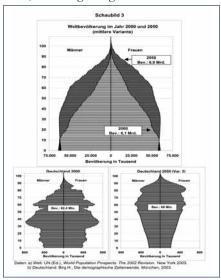
(Schrumpfen... Fortsetzung von Seite 12)

kerungsschrumpfung ist daher automatisch mit einer Alterung der Gesellschaft gekoppelt. Wer die Alterung dämpfen will, muß die Bevölkerungsschrumpfung verringern.

Die Vereinten Nationen haben in ihrer "Population Division" in New York die Frage aufgeworfen, ob sich die Auswirkungen der niedrigen Geburtenrate in Deutschland und in anderen Ländern auf die Dauer durch Einwanderungen auffangen lassen und die Antwort an Deutschland in einer besonderen Art von "blauem Brief" in Gestalt einer demographischen Expertise gleich mitgeliefert: Wollte Deutschland durch die Einwanderung Jüngerer verhindern, dass die Alterung, gemessen durch den Altenquotienten (= Zahl der 65jährigen und älteren auf 100 Menschen im Alter von 15 bis 65) zunimmt, müßten bis 2050 188 Mio. Menschen mehr ein- als auswandern, denn je mehr Junge einwandern, desto mehr Alte gibt es 30 Jahre später. Dadurch würde die Bevölkerungszahl von 82 Mio. auf 299 Mio. zunehmen ("Replacement Migration", New York, 2000). Die Rechnung macht deutlich, dass die Alterung nur noch um den Preis eines extremen Bevölkerungswachstums zu stoppen ist, wobei die dafür erforderliche massenhafte Einwanderung die Probleme vervielfachen würde, die sie eigentlich lösen soll.

Einwanderung ist keine Alternative zum Geburtenanstieg

Eine Politik für die Bevölkerung zu betreiben, die die in Deutschland seit zweieinhalb Jahrzehnten praktizierte Bevölkerungspolitik durch Einwanderungen überflüssig macht, indem sie die Geburtenrate wieder auf das bestandserhaltende Niveau von zwei Kindern pro Frau anhebt, ist langfristig ohne Alternative.



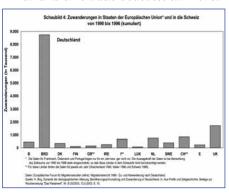
Denn die Einwanderer passen sich der niedrigen Geburtenrate in Deutschland erfahrungsgemäß an, so dass in Zukunft zur Kompensation der ständig schrumpfenden Geburtenzahl immer mehr Einwanderer gebraucht würden. Aber auch Einwanderer müssen irgendwo geboren, erzogen und ausgebildet werden, ehe sie im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe für Deutschland gewonnen werden können. Eine solche Politik ist den Herkunftsländern der Einwanderer auf Dauer nicht zuzumuten, und sie wird der Verantwortung nicht gerecht, die wir nicht nur gegenüber anderen Ländern haben, sondern auch "gegen uns selbst", wie Immanuel Kant es formulierte. Die Verantwortung "gegen uns selbst" schließt jene gegenüber den kommenden Generationen ein - unseren Kindern und Enkeln -, denen wir nicht nur eine intakte natürliche Umwelt, sondern auch eine soziale Mitwelt hinterlassen sollten, in der sie sich zu Hause fühlen können.

Es wird in Deutschland im 21. Jahrhundert nie wieder so viele Kinder und junge Menschen geben wie heute. Die sich ständig wiederholenden, immer gleichen Schlagzeilen der kommenden Jahre und Jahrzehnte über abnehmende Schülerund Arbeitskräftezahlen werden unsere Nerven strapazieren und das Land mit einer tiefen Tristesse überziehen. Selbst wenn das Fortpflanzungsverhalten gleich bleibt, muß sich die absolute Zahl der Geburten von Jahr zu Jahr und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt verringern, weil die Zahl der potentiellen Eltern wegen des Geburtenrückgangs in den vergangenen drei Jahrzehnten jetzt ständig schrumpft. Dadurch wird die Zahl der Menschen in der für das Erwerbspersonenpotential wichtigen Altersgruppe von 20 bis 60 bis zur Jahrhundertmitte um 16 Mio. abnehmen, während gleichzeitig die Zahl der über 60jährigen um 10 Mio. wächst.

Diese Zahlen sind das Ergebnis von Berechnungen unter der Annahme, dass die Geburtenrate auf dem bisherigen Niveau von rd. 1,4 Kinder pro Frau konstant bleibt, dass wie bisher jährlich rd. 170 Tsd. jüngere Menschen netto einwandern und dass die Lebenserwartung entsprechend der langjährigen Trends um 6 Jahre steigt. Die Annahmen entsprechen den seit Jahrzehnten beobachteten Entwicklungen und sind in jeder Hinsicht moderat. Trotzdem werden ihre demographischen Auswirkungen unsere Gesellschaft drastisch ändern: Die Zahl der 80jährigen und älteren wird sich z.B. von 3 Mio. auf 10 Mio. erhöhen. In Deutschland wird es

im Jahr 2050 ebenso viele Menschen im Alter über 80 geben wie unter 20.

In einer Demokratie besteht das oberste Ziel allen staatlichen Handelns in einer Politik für die Bevölkerung. Deren Qualität läßt sich daran messen, ob die Lebensbedingungen zu einer natürlichen Reproduktion der Bevölkerung oder zu ihrer ständigen Abnahme führen. Wenn es eine solche Politik wieder zuwege brächte, die Geburtenrate schrittweise beispielsweise bis 2030 auf das bestandserhaltende Niveau von 2,1 Kindern pro Frau anzuheben, würde es bis 2080 dauern, bis die Schrumpfung zum Stillstand käme und die Geburtenbilanz wieder ausgeglichen wäre. Auch wenn außerdem 150 Tsd. jüngere Menschen pro Jahr einwanderten, würde sich an dem hohen Zeitbedarf bis zum Ende der Schrumpfung nicht viel ändern, die Geburtenbilanz bliebe auch dann bis 2068 negativ, und selbst wenn pro Jahr 300 Tsd. jüngere Menschen netto einwanderten, wäre die Geburtenbilanz bis 2060 defizitär. In einer Demokratie bedeutet ein Bevöl-



kerungsrückgang einen Rückgang der Zahl der Demokraten. Wem ist damit eigentlich gedient?

Prof. Dr. Herwig Birg ist Direktor des Instituts für

Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik in Bielefeld. Adresse: Universität Bielefeld Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Postfach 100131, 33501 Bielefeld, Herwig.Birg@uni-bielefeld.de



Erstmalig erschienen in: "Das Parlament", 52. Jg., Nr.19-20, Berlin,10./17. Mai 2002. S.1

Neues im Web von der SRzG Die Seite "Publikationen/Artikel in Zeitschriften und Zeitungen" wurde überarbeitet. Schauen Sie doch mal rein: www.srzg.de

Der "ökologische Fußabdruck" der Menschheit

von Angelika Wagner, Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

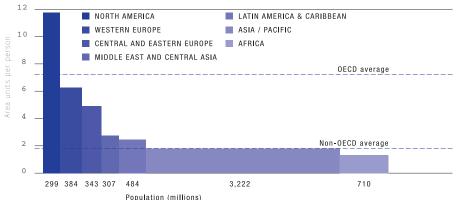
Immer mehr Menschen auf der Welt verbrauchen immer mehr Süßwasser, Brennholz und Ackerland. Umweltzerstörung und Ressourcenverbrauch gelten seit langem als schwerwiegendes Folgeproblem hohen Bevölkerungswachstums. Doch die Gleichung "mehr Menschen = mehr Belastung" wäre eine zu große Vereinfachung.

Die Projektionen für die kommenden Jahrzehnte sind erschreckend: Im Jahr 2025 werden voraussichtlich fast acht Milliarden Menschen auf der Erde leben. Davon könnten etwa drei Milliarden Menschen unter Wassermangel leiden. Eine weitere Milliarde Menschen wird dann vermutlich in Ländern leben, in denen das Ackerland nicht zur Nahrungsversorgung ausreicht. Auch andere Ressourcen wie Wald und fossile Brennihre Lebensgrundlagen unwiederbringlich zu zerstören. Beispielsweise drängen Kleinbauern in ökologisch sensible Gebiete vor, wo sie Brennholz sammeln, wildern und (Regen-)Wälder zum Anbau von Feldfrüchten roden. Ein Teufelskreis der Umweltzerstörung beginnt.

Wie viele Menschen trägt die Erde?

Wie viele Menschen unter welchen Be-

dingungen auf der Erde leben können, hängt wesentlich von den verfügbaren Ressourcen, der Art und Weise ihrer Nutzung und der Belastbarkeit der Ökosysteme ab. Wichtige Ressourcen sind aber nicht nur regional ungleich verteilt, sie werden auch ungleich genutzt: Etwa 86 % des weltweiten Ressourcenverheblich steigen lassen.



Ökologischer Fußabdruck der einzelnen Regionen, 1996

stoffe könnten in Zukunft zunehmend knapp werden. Bereits heute, bei etwa 6,3 Milliarden Erdenbürgern, haben über eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und 842 Millionen sind chronisch unterernährt.

Die Ausdehnung der Siedlungs- und der landwirtschaftlichen Anbauflächen verschlingt jedes Jahr riesige Wald- und Feuchtgebiete und trägt zur Verschmutzung der Flüsse, Seen und Meere bei. Zudem nimmt der Reichtum an Tierund Pflanzenarten heute schneller ab denn je. Die Ursachen sind vielfältig, doch die wichtigste Rolle spielt die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, die wiederum eng mit der Bevölkerungsdichte verknüpft ist.

Die Zusammenhänge zwischen Bevölkerung und Umwelt sind sehr komplex. Eines ist jedoch sicher: Die Auswirkungen der globalen Umweltzerstörung treffen vor allem die ärmsten Länder dieser Erde. Hier zwingen Armut und Not viele Menschen, die natürlichen Ressourcen aufzubrauchen und damit

brauchs entfallen zur Zeit auf das reichste Fünftel der Weltbevölkerung. Das ärmste Fünftel ist dagegen nur zu 1,3 % an dem Gesamtverbrauch beteiligt.

Die Gleichung "mehr Menschen = mehr Belastung" ist demnach irreführend, denn auch ein kleinerer, aber wohlhabenderer Teil der Menschheit kann die Grenzen der ökologischen Verträglichkeit überschreiten. So belastet ein Deutscher oder ein US-Amerikaner die Umwelt um ein Vielfaches mehr als ein Mensch aus einem Entwicklungsland. Neben der Bevölkerungsentwicklung spielen also auch Faktoren wie Wohlstand, Technologie und Lebensstil eine wichtige Rolle.

Was den globalen Umwelt- und Klimaschutz betrifft, sind deshalb vor allem die Industrieländer in der Pflicht, sowohl ihren Ressourcenverbrauch als auch ihre Kohlendioxid-Emissionen zu verringern. Zumal das Potenzial für ökologische Verbesserungen in den wohlhabenden Ländern bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist. Doch über eines sollte man sich keine Illusionen machen:

Technischer Fortschritt allein - wie zum Beispiel in Form von Meerwasserentsalzunganlagen und Windenergie - wird die ökologischen Probleme der Erde langfristig nicht lösen können.

In Entwicklungsländern sorgt in der Regel das niedrige Wohlstandsniveau und nicht etwa ein nachhaltiges Ressourcenmanagement für einen geringeren Anteil am globalen Ressourcenverbrauch. Doch die weit verbreitete Armut in Afrika, Asien und Lateinamerika ist keine Alternative zum Umweltschutz, sondern ein völlig inakzeptabler humanitärer Missstand. Und: Der Anteil der Entwicklungsländer an der weltweiten Umweltzerstörung nimmt stetig zu. Die wirtschaftlichen Fortschritte in einigen Entwicklungsländern werden zum Beispiel den Pro-Kopf-Ausstoß von Treibhausgasen in den kommenden Jahren er-

Der "ökologische Fußabdruck"

Um die Umweltfolgen der Menschheit systematisch erfassen zu können, haben die beiden Wissenschaftler William Rees und Mathis Wackernagel von der University of British Columbia in Vancouver den so genannten "ökologischen Fußabdruck" entwickelt. Dieser Indikator gibt die Fläche an, die notwendig ist, um den gegenwärtigen Verbrauch einer Bevölkerung an Trinkwasser, Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energie zu decken, und ihre Abfall- und Kohlendioxidproduktion aufzunehmen. Die Fußabdrücke eines Durchschnittskanadiers sind zum Beispiel so groß, dass wir schon heute drei Erdbälle bräuchten, um 6 Milliarden kanadische "Fußabdrücke" unterzubringen.

Der derzeitige Verbrauch der Industrieländer ist nicht nachhaltig und übertrifft in vielen Fällen die regenerative Fähigkeit der Erde. Es ist deshalb dringend notwendig, Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung vom hohen Ressourcenverbrauch abzukoppeln. Doch selbst wenn die Umweltbelastung durch den einzelnen Menschen verringert werden könnte, droht das weltweite Wachstum der Bevölkerung diesen Fortschritt wieder einzuholen. Gerade in den Entwicklungsländern sollten zukünftige entwicklungspolitische Strategien eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen mit

(weiter auf Seite 15)

(Der "ökologische ... Fortsetzung von Seite 14)

einer menschenwürdigen Verlangsamung des Bevölkerungswachstums verbinden. Gravierende Umwelt- und Versorgungsprobleme, die durch eine schnelle Zunahme der Bevölkerung verschärft werden, könnten die Entwicklungsländer auf diese Weise besser in Angriff nehmen. Immer mehr Menschen mit Nahrung, Gesundheitsdiensten und Bildung zu versorgen zehrt oft die öffentlichen Mittel auf. Für Investitionen in eine nachhaltige Nutzung von Ressourcen bleibt dann kein Geld mehr übrig.

"Keines der auf dem Erdgipfel 1992 diskutierten (...) Probleme wäre wirklich schwerwiegend, wenn auf der Welt nur 500 Millionen Menschen mit Nahrung, Kleidung und einem Zuhause versorgt werden müssen."

Ernst-Uhrich von Weizsäcker in "Faktor Vier. Doppelter Wohlstand - halbierter Naturverbrauch", München 1995. S. 291

Dreifache Herausforderung

Wir stehen heute vor einer dreifachen Herausforderung: Es gilt, die Lebensbedingungen von Milliarden von Erdenbürgern zu verbessern, den ökologischen Fußabdruck des Einzelnen zu verringern und zugleich das Wachstum der Weltbevölkerung zu verlangsamen. Wie eine ökologisch nachhaltige und humanitäre Bevölkerungspolitik aussehen müsste, darüber besteht seit dem Umweltgipfel 1992 in Rio de Janeiro und der Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo weitgehend internationaler Konsens. Allerdings gerät die Verwirklichung der

Agenda 21 und des Kairoer Aktionsprogramms durch die mangelhafte Zahlungsmoral der Geberländer ins Stocken. Viele Länder - darunter auch Deutschland - sind weit hinter ihren Zusagen geblieben

Nach Angaben von UNFPA, dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, zeigt die Finanzierungslücke bereits Wirkung: Der Rückgang der Kinderzahlen pro Frau fiel weltweit geringer aus als erwartet, weil weniger Paare und Individuen Zugang zu Kontrazeptiva erhielten, die es ihnen ermöglicht hätten, die Zahl ihrer Kinder selbst zu bestimmen. Rund ein Drittel des gesamten Wachstums der Weltbevölkerung beruht nach wie vor auf ungewollten Schwangerschaften. Schätzungen zufolge wollen über 120 Millionen Paare moderne Verhütungsmittel anwenden, haben aber nicht die Möglichkeit dazu. Allein den ungedeckten Bedarf an Familienplanung und einer sie begleitenden Gesundheitsversorgung zu befriedigen, würde viel Leid verhindern und sich zugleich positiv auf die Bevölkerungsentwicklung auswirken.

Besonders effizient sind dabei integrierte Maßnahmen, die den Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum, ökonomischer Entwicklung, Menschenrechten, medizinischen Diensten und Umweltzerstörung berücksichtigen. Eine flächendeckende Versorgung mit Angeboten der reproduktiven Gesundheit verursacht auf lange Sicht weitaus weniger Kosten als die Kompensation der ökologischen Folgen eines weiterhin rasanten Bevölkerungswachstums - ganz abgesehen von den Vorteilen, die eine solche Versorgung für die allgemeine Gesund-

heit der Menschen sowie für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ganzer Regionen bietet.

Literatur:

Cincotta, Richard / Engelmann, Robert (2001): Mensch, Natur! Report über die Entwicklung der Weltbevölkerung und die Zukunft der Artenvielfalt. Stuttgart.

UNFPA/ Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (2001): Weltbevölkerungsbericht 2001, Bevölkerung und Umwelt. Stuttgart.

Engelman, Robert/ Le Roy, Pamela (1996): Mensch, Land! Report über Weltbevölkerungsentwicklung und nachhaltige Nahrungsproduktion. Stuttgart.

Engelman, Robert/ Dye, Bonnie/ Le Roy, Pamela (2000): Mensch, Wasser! Report über die Entwicklung der Weltbevölkerung und die Zukunft der Wasservorräte. 2. Aufl. (1. Aufl. 1995). Stuttgart.

Gardner-Outlaw, Tom/ Engelmann, Robert (1999): Mensch, Wald! Report über die Entwicklung der Weltbevölkerung und die Zukunft der Wälder. Stuttgart.

Leisinger, Klaus M. (1999): Die sechste Milliarde, Weltbevölkerung und nachhaltige Entwicklung. München.

Rees, William/ Wackernagel, Mathis (1996): Our Ecological Footprint: Reducing Human Impact on the Earth. Gabriola Island, British Colombia.

Angelika Wagner ist Volontärin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Deutschen Stiftung Welthevölkerung.





ver, angelika.wagner@dsw-hannover.de, www.weltbevoelkerung.de

Corporate Citizenship meets Mentoring.

Projekt Zukunftsjugend.

Erstes bundesdeutsches Mentoringprojekt. Kostenfreie Kommunikationsplattform für Fach- und Führungskräfte, Studentinnen und Studenten.

Perspektivenwechsel GmbH.

Gesellschaft für Kulturentwicklung und Führungsberatung. Köhlerberg 3. D-86456 Lützelburg/Augsburg. www.perspektivenwechsel.de, office@perspektivenwechsel.de Fon 0049 (0) 8230 7010-25. Fax 0049 (0) 8230 7010-29.

Mentoring-Konzeptionen für Unternehmen. www.professional-mentoring.de

Ausbildung zum Business Mentor. www.mentorpro.de

Bevölkerungspolitik in China

von Michael Stoyke M.A.

Die Ein-Kind-Politik in der Volksrepublik China gilt allgemein als Erfolg, auch wenn die rigide, autoritäre Durchsetzung viel Kritik hervorruft. Tatsächlich erlegen die radikalen Eingriffe in die Reproduktionsfreiheit der zukünftigen Generation eine schwere Last auf. Wie kaum ein anderes Land hat China Phasen sehr unterschiedlicher Bevölkerungspolitik durchgemacht. In der Zeit der Republik (1912-1949) galt die große Bevölkerung als wichtigste Zukunftsressource einer erstarkenden Nation. Erste Warnungen vor den ökologischen und ökonomischen Folgen eines ungehemmten Bevölkerungswachstums in den 50er Jahren wurden von Mao beiseite gewischt. Maos Diktum, dass jeder zusätzliche Mund auch zwei zusätzliche Hände bedeute, wurde erst durch die Hungerkatastrophe des "Großen Sprungs vorwärts" (1958-1961) ernsthaft in Frage gestellt. In der Zeit der Machtkämpfe der 60er Jahre war jedoch keine koordinierte Bevölkerungspolitik durchsetzbar. Zwischen 1950 und 1970 stieg die Bevölkerungszahl von rund 550 auf 830 Millionen, vor allem bedingt durch die seit Beginn der 60er Jahre rapide gesunkene Sterblichkeit infolge verbesserter medizinischer Versorgung.

Entgegen landläufiger Meinung markiert die moderate Familienplanungspolitik der 70er, nicht die Ein-Kind-Politik der Reformzeit seit 1979, die entscheidende Trendwende in der Bevölkerungsentwicklung Chinas. Sie ging Hand in Hand mit der Anerkennung ökologischer Ziele als wichtigem Bestandteil der sozialistischen Modernisierung1. Die sogenannte "Später-länger-weniger"-Kampagne (Wan Xi Shao) propagierte spätere Heirat und spätere Geburt des ersten Kindes, längere Abstände zwischen den Schwangerschaften und eine insgesamt geringere Anzahl von Kindern. Die Durchsetzung funktionierte vorwiegend über massive Pro-

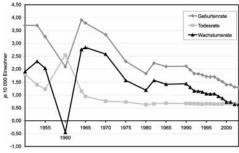


Abb. 1: Geburtenrate, Todesrate und natürliche Wachstumsrate (je 10000 Einwohner) 1950-2003

paganda-Kampagnen, durch "Überzeugung" und sozialen Druck. Zwischen 1970 und 1980 sank das Bevölkerungswachstum von jährlich 2,6 % auf ca. 1,2 %. Die Gesamtfruchtbarkeitsziffer (durchschnittliche Zahl der Geburten je Frau) sank im selben Zeitraum von 5,8 auf 2,7, näherte sich also der zum Erhalt einer konstanten Bevölkerungszahl nötigen Wert von 2,1 an. (s. Abb. 1) Aufgrund der aufrückenden besonders starken Jahrgänge gebärfähiger Frauen wuchs die Bevölkerung jedoch mit fast unverminderter Geschwindigkeit weiter. 1981 überschritt die Bevölkerungszahl die Grenze von einer Milliarde.

Eine weitere Reduzierung des Wachstums mit "soften" Methoden und die letztendliche Stabilisierung hätten noch mehrere Generationen in Anspruch genommen und dabei die Früchte wirtschaftlicher Reformen verschlungen und die natürlichen Ressourcen des Landes durch Luft- und Wasserverschmutzung, Entwaldung und Bodenerosion und durch den enormen Verbrauch knappen Agrarlandes zum Siedlungsbau ruiniert. Deshalb entschied sich die alternde Führungsriege um Deng Xiaoping 1980 zur Ein-Kind-Politik.

Die Ein-Kind-Politik

Die Ein-Kind-Politik, die 1980 eingeführt wurde, hat viele Änderungen erfahren und ist zuletzt am 1. September 2003 durch das neue Gesetz zur Bevölkerungs- und Familienplanung modifiziert worden.

In den ersten Jahren vertrat die kommunistische Führung den Anspruch, die Ein-Kind-Politik radikal in Stadt und Land durchzusetzen. Ausnahmen wurden lediglich im Falle einer starken Behinderung des ersten Kindes sowie für die 56 ethnischen Minoritäten gemacht, deren zerstreute Siedlung in unwegsamen Gebieten zu einer schlechteren medizinischen Versorgung und infolgedessen zu einem sehr niedrigen Wachstum geführt hatte. Sie machen jedoch nur ca. 8 % der Gesamtbevölkerung Chinas aus.

Begleitet wurde die Ein-Kind-Politik stets von einer Verbesserung des Angebots an kostenlosen Verhütungsmitteln und medizinischer Versorgung für Schwangere sowie verschiedenen Aufklärungskampagnen. Trotzdem waren die Maßnahmen von Anfang an äußerst unpopulär und schwer durchzusetzen,

insbesondere auf dem Land. Die Kinder, insbesondere die Söhne, waren hier wichtige Arbeitskräfte und in Abwesenheit eines staatlichen Rentensystems auch einzige Altervorsorge. Sie spielten darüber hinaus eine wichtige Rolle im Ahnenkult, für den der Stammhalter der Familie Sorge zu tragen hatte.

1984 kam es daher zu einer regionalen Liberalisierung, die die Ein-Kind-Politik bis heute charakterisiert2. In den meisten ländlichen Gebieten wird Ehepaaren, deren erstes Kind eine Tochter ist, eine zweite Schwangerschaft zugebilligt. Diese Ausnahmeregelung betrifft ca. 70 % der Bevölkerung.

Im städtischen Bereich dagegen konnte die Ein-Kind-Politik, vor allem dank des intensiven Netzes gegenseitiger und obrigkeitlicher Sozialkontrolle, auch nach 1984 voll implementiert werden, was dort teilweise zu einer tatsächlichen Durchsetzung der Ein-Kind-Familie geführt hat. Hier können lediglich Eltern, die selbst beide Einzelkinder sind, die Erlaubnis für ein zweites Kind beantragen.

Instrumente

In der Praxis stehen Anreize und Sanktionen einander gegenüber. Bei ungeplanten Schwangerschaften ist eine Abtreibung vorgeschrieben, andernfalls drohen schwere Sanktionen wie Lohnkürzungen, Wegfall von sozialen Diensten und hohe Strafgelder. Diese liegen in den Städten bei 10 bis 20 % der Löhne beider Eltern für eine Dauer von drei bis 14 Jahren. Auf dem Lande wird in der Regel eine einmalige Strafzahlung in Höhe eines Großteils eines Jahreseinkommens gefordert3. Geringe Kontrolle der verantwortlichen lokalen Kader, die ihre Quoten erfüllen wollen, führt dabei mitunter zu erzwungenen Abtreibungen, auch in späten Schwangerschaftsmonaten, und Sterilisationen. Die zunehmende Monetarisierung auch des ländlichen Lebens hat allerdings die Bedeutung solcher Zwangsmaßnahmen reduziert, Geldstrafen überwiegen jetzt. Die betroffenen Frauen widersetzen sich auch weiterhin durch Verheimlichung von Geburten, insbesondere bei erstgeborenen Mädchen, die dann als formal nicht existente Unterklasse von Frauen nur schwer ihren Anspruch auf Bildung und medizinische Versorgung geltend machen können. Andere Widerstandsformen sind

(weiter auf Seite 17)

1/2004

(Bevölkerungspolitik in China... Fortsetzung von Seite 16)

Bestechung von Kadern und Fälschung von Papieren⁴. Das Ausmaß dieser Manipulationen ist schwer abzuschätzen⁵. Ehepaare, die sich verpflichten, nur ein Kind zu bekommen, erhalten das "Ein-Kind-Zertifikat" und genießen auf dieser Grundlage finanzielle Vergünstigungen, Vorteile bei der Wohnungsvergabe und beim Zugang zu Bildungseinrichtungen. Infolge notorisch knapper Mittel der Familienplanungsbehörden dominierte jedoch lange Zeit die Peitsche, nicht das Zuckerbrot.

Das Gesetz von 2003 bringt einige deutliche Verbesserungen. Es schreibt eine Verbindung der Geburtenkontrolle mit einer Verbesserung der Situation der Frau vor, führt Schutzbestimmungen und Arbeitsplatzsicherheit für Schwangere ein und überträgt die Verantwortung für die Verhütung Mann und Frau. Ein striktes Verbot der pränatalen Geschlechtsbestimmung soll eine gezielte Abtreibung von Mädchen verhindern, scheint jedoch angesichts der leichten Verfügbarkeit von Ultraschallgeräten schwer durchsetzbar.

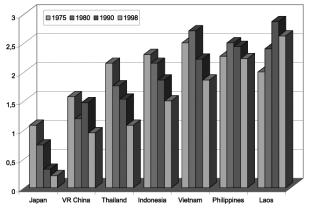
Ergebnisse der Ein-Kind-Politik

In den bisherigen 20 Jahren der Ein-Kind-Politik konnte das Bevölkerungswachstum auf unter 1 % gesenkt werden. Die Gesamtfruchtbarkeitsziffer liegt seit Anfang der 1990er Jahre unterhalb der Reproduktionsrate und beträgt heute ca. 1,7. Hält die gegenwärtige Entwicklung an, so wird sich Chinas Bevölkerungszahl in den 2030er Jahren stabilisieren und danach leicht rückläufig sein. Eine genaue Beurteilung der Ergebnisse der Ein-Kind-Politik ist aufgrund der zweifelhaften Statistiken schwierig.

Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass die Erfolge der chinesischen Fami-

Abb. 2: Die Entwicklung von Chinas Gesamtfruchtbarkeitsziffer (TFR) im Vergleich zu anderen Ländern der Region 1975-1998

Quelle: Wong, John (2001): China's Sharply Declining Fertility: Implications for Its Population Policy. In: Issues and Studies 37, H. 3. S. 71



lienplanungspolitik zwar beachtlich, aber durchaus nicht singulär sind.

Länder wie Thailand, Indonesien und Vietnam haben in den letzten 25 Jahren ebenfalls große Erfolge in der Reduzierung ihres Bevölkerungswachstums erzielt - und das ohne rigide Zwangsmaßnahmen (s. Abb. 2). Der indische Ökonom Amartya Sen argumentiert, eine solche kooperativ erreichte Reduzierung werde sich langfristig als stabiler erweisen6. Darüber hinaus wird die Frage gestellt, inwiefern die staatliche Regulierung überhaupt den entscheidenden Faktor für die Bevölkerungsentwicklung der Volksrepublik darstellt. Es gibt gute Gründe, die sozioökonomischen Anreize infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs als den eigentlichen Motor der Geburtenreduzierung zu betrachten⁷.

Hypothek für die Zukunft

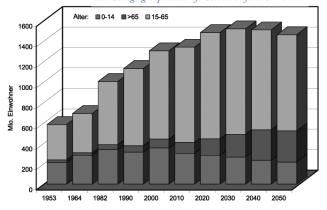
Die erfolgreiche Bevölkerungspolitik ist zweischneidig. Wie viele westliche Gesellschaften, so wird auch China in absehbarer Zeit mit einer zunehmenden Überalterung seiner Bevölkerung zu kämpfen haben, und das, noch bevor es durch Industrialisierung zu Wohlstand gelangt ist. Der Anteil der über 65-jährigen ist seit Beginn der Ein-Kind-Politik von 4,9 % auf 6,7 % gestiegen. Die Volksrepublik hat damit eine Altersstruktur vergleichbar der Südkoreas. Im Jahr 2040 werden rund 20 % der Chinesen über 65 Jahre alt sein (s. Abb. 3). Mit steigendem Durchschnittsalter dieser alten Menschen ist auch ein starkes Ansteigen der Kosten ihrer medizinischen Versorgung zu erwarten. Der Anteil der Erwerbstätigen wird durch die abnehmende Kinderzahl noch bis 2020 steigen, dann aber sinken. Schon heute muss ein junger Chinese, der Einzelkind ist und dessen Eltern ebenfalls Einzelkinder waren, im Arbeitsleben allein für sechs Personen aufkommen. Als einziger Ausweg zur Schließung dieser Finanzierungslücke erscheint wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis, damit die Menschen für

ihre Altersversorgung sparen können. Aber auch Pensionsfonds stoßen wegen der Instabilität und Korruption im Finanzsektor auf Skepsis. Die Kosten der Ein-Kind-Politik lasten also im doppelten Sinne auf den Schultern der künftigen Generation.

Eine zweite Last für die Zukunft Chinas ist die ungleichmäßige Verteilung der Geburten auf die Geschlechter, die durch die Bestimmungen der Ein-Kind-Politik gefördert wird. Auf 100 geborene Mädchen kommen in China heute mehr als 117 Jungen, während der globale Durchschnitt bei 105-106 Jungen liegt. In einigen Regionen werden Werte von mehr als 125:100 erreicht8. Immerhin kann davon ausgegangen werden, dass diese Werte durch gezielte Verheimlichung von Mädchen-Geburten etwas verzerrt sind. Hält der gegenwärtige Trend an, wird es im Jahr 2020 rd. 29-33 Millionen "überschüssige" chinesische Männer geben, die zum Großteil als Wanderarbeiter leben werden. Dieses Ungleichgewicht kann gesellschaftliche Tendenzen zur Gewalt verstärken und damit gleichzeitig autoritäre Regime stützen, die glaubhaft machen, Gewaltstrukturen besonders nachhaltig eindämmen zu können⁹. Ein Überschuss junger, sozial schlecht gestellter Männer kann die Regierung auch zu militärischem Abenteurertum verleiten. Damit bedeutet die Störung des Geschlechterproporzes nicht nur eine gravierende Einschränkung der individuellen Lebensplanung, sondern auch eine Gefährdung für die langfristig stabile Integration in die Staatengemeinschaft und eine schwere Hypothek für eine zukünftige Demokratisierung.

Drittens bedeutet die ungeheure Zunahme an Einzelkindern in der chinesischen Gesellschaft auch ein psychologisches (weiter auf Seite 18)

Abb. 3: Anteil der unter 15- und über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung Chinas 1953-2050 Quelle: Du Peng/Tu Ping (2000): Population Ageing and Old Age Security. In: Peng Xizhe/Guo Zhigang (Hg.): The Changing Population of China. Oxford. S. 78



(Bevölkerungspolitik in China... Fortsetzung von Seite 17)

Zukunftsproblem. Rund 60 % der Stadtkinder wachsen als Einzelkinder auf, zudem arbeiten meist beide Elternteile. Gleichzeitig werden sie von den Eltern und Großeltern als "kleine Kaiser" verhätschelt¹⁰. Weniger das Fehlen der Interaktion mit Geschwistern, als vielmehr die überzogenen, auf das eine Kind konzentrierten Leistungsanforderungen der Eltern führen zu sozialen Störungen. Im Gegenzug leiden Kinder mit Geschwistern unter der staatlichen Propaganda, die sie als "überzählig" verurteilt¹¹.

Fazit

Für die schnelle Reduzierung des Bevölkerungswachstums zahlt die Volksrepublik China einen hohen Preis, den es nur wird aufbringen können, wenn die Wirtschaft weiterhin schnell wächst und Ressourcen bereitstellt. Es besteht die Gefahr, dass der heutige Zugewinn an Lebensqualität durch die künftige Bereitstellung dieser Ressourcen bezahlt werden muss, wenn nicht bald eine nachhaltige Finanzierung sicher gestellt wird.

Fußnoten

1) Qu Geping/Li Jinchang (1994): Population and the Environment in China. London

- 2) Xie Zhenming (2000): Population Policy and the Family-Plannning Programme. In: Peng Xizhe/Guo Zhigang (Hg.): The Changing Population of China. Oxford. S. 54
- 3) McElroy, Marjorie/Yang, Dennis Tao (2000): Carrots and Sticks: Fertility Effects of China's Population Policies. In: American Economic Review 90, H. 2. S. 390
- 4) White, Tyrene (2000): Domination, Resistance and Accommodation in China's One-Child Campaign. In: Perry, Elizabeth J./Selden, Mark (Hg.): Chinese Society: Change, Conflict, and Resistance. London/New York. S. 102-119
- 5) Merli, M. Giovanni/Raftery, Adrian E. (2000): Are Births Underreported in Rural China? Manipulation of Statistical Records in Response to China's Population Policies. In: Demography 37, H. 1. S. 109-126
- 6) Sen, Amartya (1997): Population policy: Authoritarianism versus Cooperation. In: Journal of Populations Economics 10, H. 1. S. 3-22
- 7) Schultz, T. Paul/Yi Zeng (1995): Fertility of Rural China: Effects of Local Family Planning and Health Programs. In: Journal of Populations Economics 8, H. 4. S. 329-350; Zhang Junsen (1990): Socioeconomic Determinants of Fertility in China. In: Journal of Populations Economics 3, H. 2. S. 105-123 8) Li Yongping/Peng Xizhe (2000): Age and
- Sex Structures. In: Peng Xizhe und Guo Zhigang (Hg.): The Changing Population of China. Oxford. S. 64-76
- 9) Hudson, Valerie M./Den Boer, Andrea

(2002): A Surplus of Men, A Deficit of Peace. Security and Sex Ratios in Asia's Largest State. In: International Security 26, H. 4. S. 5-39; vgl. auch: Sen, Amartya (1999): Development as Freedom. New York. S. 200

- 10) Jun Jing (Hg.) (2000): Feeding China's Little Emperors. Food, Children, and Social Change. Stanford
- 11) Bin Yang/Ollendick, Thomas H./Qi Dong/Yong Xia/Lei Lin (1995): Only Children and Children with Siblings in the People's Republic of China: Levels of Fear, Anxiety, and Depression. In: Child Development 66, H. 5. S. 1301-1311; Falbo, Toni/Poston, Dudley L. Jr. (1993): The Academic, Personality, and Physical Outcomes of Only Children in China. In: Child Development 64, H. 1. S. 18-35; Jing Qicheng/Wan Chuanwen/Over, Ray (1987): Single-Child Family in China: Psychological Perspectives. In: International Journal of Psychology 22, H. 1. S. 127-138

Michael Stoyke M.A., geb. 1972, z. Zt. Promotion in Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität, Mitbegründer "Forum Internationale Zusammenarbeit für Nachhaltige Entwicklung" Berlin (www.fize.de). Adresse: Schönfließer Straße 5, 10439 Berlin, michael@stoyke.com



Lieferbare Bücher und Zeitschriften der SRzG

	Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.): Die 68er. Warum wir Jungen sie nicht mehr brauchen,	
	Kore Verlag: Freiburg 1998, Internetausgabe: Oberursel 1998	10 €
•	Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.): Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt,	
	Rasch und Röhring Verlag: Hamburg 1997	10 €
•	Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg): Was bleibt von der Vergangenheit? Die junge Generation im	
	Dialog über den Holocaust.	
	Mit einem Vorwort von Roman Herzog, Ch.Links Verlag: Berlin 1999	20 €
•	Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg): Handbuch Generationengerechtigkeit?	
	(oekom Verlag) 2003	25 €

Ausgaben der Zeitschrift Generationengerechtigkeit

Folgende bisher erschienenen Ausgaben können Sie bei der SRzG beziehen:

- Weltbevölkerungswachstum (Jg 1, Heft 2)
- Global Governance (Jg 1, Heft 3)
- Biotechnologie (Jg 1, Heft 4)
- Finanzielle GG (Jg 2, Heft 1)

- Ressourcenproduktivität (Jg 2, Heft 2)
- General Justice (Jg 2, Heft 3)
- Generationengerechtigkeit oder Nachhaltigkeit (Jg 3, Heft 1)
- Unternehmen und Generationengerechtigkeit (Jg 3, Heft 2)
- Generationengerechtigkeit und Familienpolitik (Jg 3, Heft 3)

Einzelpreis: 10 € - Abopreis: 25 € jährlich

Kostenlose Schriften der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

- Kurzinformation (Flyer)
- Das Wichtigste in Kürze! (Die Selbstdarstellung der SRzG)
- Die SRzG im Spiegel der Presse
- Resolution des Europäischen Jugendkongresses 2000 "Our Common Future Realising Sustainability",
- Resolution des 2. Jugendkongreß der SRzG (Politiktest-Ergebnisse), Resolution des 1. Jugendkongresses der SRzG (neue Generationenverträge)
- Erklärung der Rechte zukünftiger Generationen (+ Unterschriftenblatt)
- Gesprächskultur der SRzG
- Stellungnahme zur Darstellung des Generationskonfliktes in den Medien

Videokassette von YOIS

- Rally of Youth 2001 (deutsch)
- Rally of Youth 2001 (englisch)

(zu beziehen bei: Videart 21, Magnus Pechel, fon: 06421-63101 o. 0177-4146743, e-mail videart21@web.de)

"Hilfe wir schrumpfen!" Deutschland und die Welt im demographischen Wandel

von Jörg Tremmel, Vorsitzender der SRzG

Für die globale Umwelt ist die freiwillige Schrumpfung der Industrieländer ein Segen. Die Erhaltung des Naturkapitals, also das Ziel ökologischer Generationengerechtigkeit, könnte völlig abgeschrieben werden, wenn auch die reichen, pro Kopf viel mehr Natur verzehrenden Bevölkerungen in der Nordhälfte der Erdkugel rasch weiterwachsen würden.

Die Weltbevölkerung ist seit 1960 so stark gestiegen wie in den vier Millionen Jahren zuvor, seit dem ersten aufrechten Gang unserer Urahnen. Heute leben genau so viele Menschen wie in allen früheren Zeitaltern zusammen. Das bedeutet, dass die Angehörigen der heutigen Generation mindestens so viele Ressourcen in Anspruch nehmen, wie alle Menschen zusammen in der bisherigen Geschichte für sich in Anspruch genommen haben.1 Biologen versuchen den Grad der menschlichen Beeinflussung der Ökosysteme durch die Inanspruchnahme der sogenannten Nettoprimärproduktion (NPP) zu erfassen. Die NPP ist definiert als der Betrag an Sonnenenergie, der innerhalb eines Jahres durch Photosynthese in biochemische Energie umgewandelt wird und den die Pflanzen nicht für ihre eigenen Lebensprozesse benötigen. Sie stellt den Teil der Biomasse dar, die für den Menschen und für alle anderen Lebewesen zur Verfügung steht und die grundlegende Nahrungsquelle allen Lebens ist. Schon die heutige Inanspruchnahme von über 40 Prozent ist ein deutliches Zeichen, dass der Mensch einen ungebührlich hohen Anteil an der NPP für seine eigenen Zwecke vereinnahmt.2 In den nächsten Jahrzehnten droht jedoch wegen der weiteren Bevölkerungszunahme eine Verdoppelung.3

Dabei ist die Bilanz menschlicher Umweltbelastungen schon heute eine extreme Belastungen für künftige Generationen. Wir sind verantwortlich für die Emission von 60.000.000 Tonnen CO₂ in die Atmosphäre, für den Verlust von 55.000 Hektar Tropenwald und 20.000 Hektar Ackerland, für die Vernichtung von ca. 100 bis 200 Tier- und Pflanzenarten und für die Entfischung der Meere mit 220.000 Tonnen pro Tag.⁴

Diese Umweltsünden werden nicht zu gleichen Anteilen von Industrie- und Entwicklungsländern begangen. Vielmehr sind die Industrieländer trotz ihres kleineren Anteils an der Weltbevölkerung die Hauptverursacher der globalen ökologischen Krise.

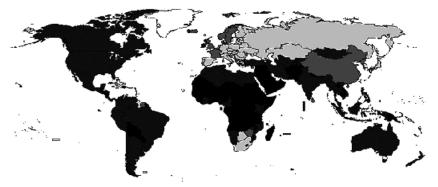
Wenn die Industrieländer die gleichen Wachstumsraten der Bevölkerung aufweisen würden wie die Entwicklungsländer, wären die ökologischen Probleme um ein Vielfaches größer als sie ohnehin sind. Vor diesem Hintergrund hat sich ein Teil der Ökologiebewegung von Anfang an für ein Nullwachstum der Bevölkerung oder sogar eine maßvolle Schrumpfung stark gemacht.5 Ein Klassiker ist in diesem Zusammenhang Paul Ehrlichs Buch "Population Bomb" (1968), welches die negativen Folgen des Bevölkerungswachstums in den USA anprangerte und dort zur Gründung der Zero Population Growth-Initiative führte.6

In den nächsten Jahrhunderten wird sich der exponentielle Wachstumstrend der Weltbevölkerung laut den Prognosen der UN Population Division nicht fortsetzen. Mit 9,2 Milliarden wird das Wachstum der Weltbevölkerung 2075 seinen Höhepunkt erreichen und dann bis 2300 auf neun Milliarden leicht abnehmen.⁷

durch, der als wünschenswert und nachahmenswert für die ganze Welt gelten kann? Sollten also z.B. wir Deutsche die Schrumpfung, statt sie emotional abzulehnen, nicht besser positiv bewerten und die dabei gemachten Erfahrungen anderen Nationen zur Verfügung stellen? Gegen diese Thesen gibt es zwei Gruppen von Argumenten, bezogen auf externe und interne Faktoren.

Externe Faktoren

Externe Faktoren sind auf die relative Stellung eines Landes im Kontext der internationalen Beziehungen bezogen. In allen früheren Jahrhunderten galt die Bevölkerungszahl als Quelle politischer, wirtschaftlicher und militärischer Macht.⁸ Mit der Weiterentwicklung der Waffentechnik zu Massenvernichtungswaffen wie z.B. den Nuklearwaffen, nahm die Bedeutung einer großen Bevölkerung für militärischen Erfolg stark ab. Aber sie ist immer noch z.B. verknüpft mit Stimmenanteilen in internationalen Organisa-



Wolfbovölkerungeentwieklung 2000 bie 2100

keine Angaber
Abnahme >-10%
Glaichgensichi -10% bis 10% Zunahme
andarales Wachstur >10 bis 180% Zunahme
appowes Wachstur Dier 100% Zunahme

Abb. 1: Quelle: HUMAN DEVELOPMENT RE-PORT 2003 Millennium Development Goals: A compact among nations to end human poverty, elektronisch veröffentlicht unter: www.undp.org/hdr2003/pdf/hdr03_frontmatter.pdf, Rev. 2004-01-19

Im Idealfall wird sich die Menschheit danach in einem Gleichgewicht einpendeln, welches ökologisch nachhaltig ist und dann auf Jahrhunderte Bestand hat. Dieses wird vermutlich unter dem heutigen Niveau liegen. Auf Dauer ist wohl nur eine Weltbevölkerung von ein bis zwei Milliarden ökologisch tragfähig. Wenn dies aber die langfristige Entwicklung ist, die die Menschheit nehmen wird oder zumindest nehmen sollte, ist unter diesen Umständen die prognostizierte Schrumpfung in Deutschland und anderen Industrieländern nicht sogar zu begrüßen? Machen die Industrieländer hier nicht als Vorreiter einen demographischen Wandel tionen oder dem EU-Parlament. Erstmals hat das 58-Millionen-Land Frankreich 2002 mit 779.000 Geburten absolut mehr Kinder hinzubekommen als Deutschland mit seinen 82 Millionen Einwohnern. Französische Demographen haben berechnet, dass 2050 Frankreich schließlich Deutschland überrunden und in der EU das bevölkerungsstärkste Land sein wird - falls bis dahin die Türkei kein Mitglied ist. Und der Soziologe Karl Otto Hondrich weist darauf hin, dass der Islam v.a. durch Geburtenüberschüsse seine Macht in Europa festigt.

(weiter auf Seite 20)

Interne Faktoren

Mit internen Faktoren sind die Folgen der Schrumpfung im eigenen Land gemeint. Befürchtet werden ein Verlust an Innovationsfähigkeit und Risikobereitschaft, eine Krise der Sozialversicherungssysteme, ein geringeres Wirtschaftswachstum, die rapide Verschärfung gesellschaftlicher Verteilungskonflikte und eine Verringerung des Humanvermögens. So formuliert ein Bericht an die Hessische Staatskanzlei: "In Kürze wird sie [die Bevölkerung Deutschlands, J.T.], sich beschleunigend, schrumpfen. Der Verlust an Innovationsfähigkeit und der als Produktivkraft eigener Art geschätzten Risikobereitschaft wird immens. Während die sozialen Belastungen durch die Alterung und die notwendigen Integrationsanstrengungen wachsen, verliert die Wirtschaft an Dynamik. Die rapide Verschärfung gesellschaftlicher Verteilungskonflikte ist damit vorprogrammiert (...) Ein so konstruierter Sozialstaat kann nur eins: Zusammenbrechen."10 Prognostiziert werden des weiteren ein "Legitimationsverlust des politischen Systems" wegen des immer geringer werdenden Gewichts der jungen Generation an der Wahlurne und eine "Beschädigung des Humanvermögens."

Angst vor der Schrumpfung

Diese Argumente klingen rational, aber ist eine rationale Debatte über Schrumpfung überhaupt möglich? Viele Menschen reagieren auf die prognostizierte Schrumpfung Deutschlands mit instinktiver Abwehr. Dies ist auch evolutionsbiologisch nur zu verständlich, denn jede Spezies ist, um ihr eigenes Überleben zu sichern, zunächst mal auf Vermehrung gepolt. "Hilfe, wir schrumpfen!" von allen Hinterlassenschaften der Evolution in unserem Stammhirn ist die Polung auf Wachstum der eigenen Art am mächtigsten. Keine Art hat jemals ihre Fortpflanzung beschränkt, ohne durch äußere Umstände dazu gezwungen gewesen zu sein. Vielleicht ist dies auch vom homo sapiens zu viel verlangt. Zumindest aber lohnt es sich, die obigen Argumente wirklich auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen, zunächst die externen.

Bevölkerungsdichte in Nord und Süd

Die These vom deutschen Machtverlust in der EU folgt einer Denkschule, die die internationalen Beziehungen dadurch charakterisiert sieht, dass alle Staaten

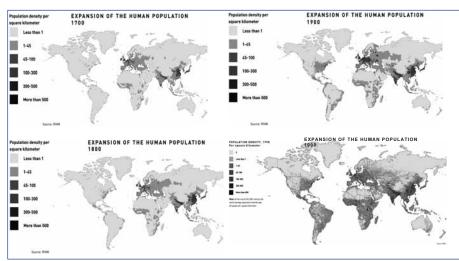


Abb. 2-5: Besiedelungsdichte der Welt 1700, 1800, 1900, 1998 Quelle: American Association for the Advancement of Sciences / Harrison, Paul / Pearce, Fred (2001) (Hg.): AAAS Atlas of Population and Environment

stets versuchen, ihre eigenen Interessen auf Kosten anderer Staaten durchzusetzen. Aber die ganze Entstehungsgeschichte der EU ist ein empirischer Gegenbeweis gegen eine solche Charakterisierung der internationalen Beziehungen. Innerhalb der EU schrumpfen andere Länder noch stärker als Deutschland. In Großbritannien fordern Ökologen, die den "Ökologischen Fussabdruck" ihres Landes berechnet haben (siehe Beitrag von Wagner in diesem Heft): "The UK population needs to be gradually reduced from 59 million to a maximum 30 million, which could be done without coercion on family size."11 Und in den USA hat Zero Population Growth (heute: Population Connection), die ähnliche Forderungen vertreten, rund 55.000 Mitglieder.

Einer radikalen Verzerrung unterliegt die Sichtweise, dass die Industrieländer insgesamt weniger stark bevölkert seien als die Entwicklungsregionen. Selbst wenn die Wachstumsraten im Moment in den Entwicklungsländern höher sind, so ist doch kein anderer Kontinent der Welt außer Asien heute so dicht besiedelt wie Europa. Dies relativiert die weitverbreitete Ansicht, andere Kontinente wie z.B. Afrika oder Südamerika seien überbevölkert, unser eigener aber nicht. Der Wirtschaftsnobelpreiträger indischer Abstammung Amartya Sen weist darauf hin, dass sich die Anteile der europäischen und der nichteuropäischen Völker seit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts dramatisch zugunsten Europas verschoben haben.12 Zur Mitte des 18. Jhdts. hatte Europa etwa 50 Prozent mehr Einwohner als Afrika, gegen Ende des 18. Jhdts. waren es schon doppelt so viele und in der zweiten Hälfte des 19. Jhdts erreichte Europa das Dreifache der Bevölkerungszahl Afrikas. Im 20. Jahrhundert holte Afrika den Rückstand in nur drei Jahrzehnten auf. Bei den gegenwärtigen Wachstumsraten würden Asien und Afrika nach Sens Angaben zusammen erst um das Jahr 2050 wieder jenen Anteil an der Weltbevölkerung erreichen, den sie im achtzehnten Jahrhundert gehabt haben (vgl. Abb. 2-5).

Wachstum oder Wachstum pro Kopf

Es ist - um sich den internen Faktoren zuzuwenden - zweifellos richtig, dass eine Schrumpfung der Bevölkerung, alles andere unverändert, eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums erzeugt. Bevölkerungswachstum ist ein Motor für Wirtschaftswachstum. Ist aber z.B. die Entwikklung des BIP oder nicht eher des BIP pro Kopf der Indikator für den Wohlstand der Menschen, an dem wir uns orientieren müssen? In einer schrumpfenden Gesellschaft kann das BIP/Kopf weiter zunehmen, auch wenn das BIP sinkt. Wenn man z.B. von Deutschland in die Schweiz umzieht, so zieht man in ein Land mit einem viel niedrigeren BIP. Aber selbstverständlich ist deshalb in der Schweiz nicht der Lebensstandard geringer, ganz im Gegenteil. In den Abendnachrichten und den Ticker der Nachrichtenagenturen steht bisher stets die Veränderung des BIP bzw. BSP im Mittelpunkt. Schon weil die Politiker ein systemisches Interesse an Erfolgsnachrichten haben, wird in einer schrumpfenden Gesellschaft langfristig das BIP/Kopf (oder das verfügbare Volkseinkommen/Kopf) der Maßstab werden, an dem sich unsere Gesellschaft orientiert.

Worte wie Stagnation oder Rezession werden ihre negative Konnotation verlieren (es sei denn, dass BIP/Kopf stagniert oder sinkt).

Ähnlich irreführend ist die Argumentation, dass in Deutschland mit der

(weiter auf Seite 21)

("Hilfe..." Fortsetzung von Seite 20)

Schrumpfung eine Entwertung des Humankapitals drohe. Zu diesem Schluss kann nur kommen, wer Humankapital nicht pro Kopf, sondern absolut ausrechnet. Nach dieser Berechnungsweise wären 100 Millionen schlecht ausgebildete Menschen mit einem jeweiligen Humankapitalwert von z.B. 10 eine bessere Alternative als 50 Millionen gut ausgebildete mit einem Wert von 18.

Wird der Begriff "Humankapital" so benutzt, so erinnert dies an die überholte nutzensummenutilitaristische Sichtweise, bei der das *individuelle* Glück oder Leid gerade kein Kriterium ist. Die darauf folgende Pflicht zur Erzeugung möglichst vieler Nachkommen, selbst wenn sich dadurch die Lebenslage des Einzelnen immer weiter verschlechtern sollte, bezeichnet der Philosoph Derek Parfit als "abstoßende Schlussfolgerung".¹³

Sozialversicherungssysteme

Eine der wirklich problematischen Begleiterscheinungen des Schrumpfungsprozesses ist die Belastung der jüngeren Generation durch die Alterung der Gesellschaft. Kurz gesagt: Die Schrumpfung führt zu ungleichen Belastungen für verschiedene Generationen und dies wiede-

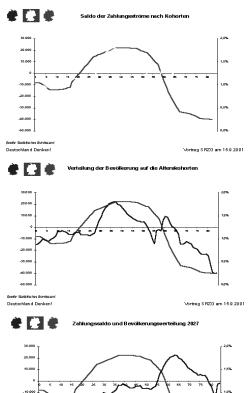


Abb. 6, 7,8 Quelle: Deutschland Denken. Vortrag bei der SRzG am 15.09.2001

rum möglicherweise zu einem Generationenkonflikt. Denn die 20-60jährigen erbringen die meisten Leistungen, ihre Nettobilanz gegenüber dem Staat ist positiv, wohingegen andere Altersgruppen mehr staatliche Leistungen beanspruchen als sie an den Staat durch Steuern etc. zahlen. Abb. 6 zeigt die Netto-Zahlungsströme nach Kohorten. Legt man die Bevölkerungspyramide quer, so sieht man, dass die zahlenden Jahrgänge zwischen heute (Abb.7) und 2027 (Abb.8) immer weniger werden. Dies führt z.B. dazu, dass die Rendite der jüngeren Generation in der staatlichen Rentenversicherung signifikant unter der früherer Generationen liegt.14

Gerade für die Probleme der Sozialversicherungssysteme hat die SRzG umfassende und durchgerechnete Reformvorschläge vorgelegt, die die Prognosen des Statistischen Bundesamtes zu Grunde legen, also sozusagen die Alterung und Schrumpfung als gegeben hinnehmen. Die Lasten in den sozialen Sicherungssystemen könnten unter diesen Umständen durch die sog. *Teilungslösung* gerecht zwischen Jung und Alt verteilt werden.¹⁵

Die Macht der Generationen an der Wahlurne

Wir müssen uns aber auch Gedanken machen über die politische Repräsentanz der jungen Generation: Im Jahr 2050 werden mit 28 Millionen voraussichtlich mehr als doppelt so viele Übersechzigjährige leben wie Unterzwanzigjährige. Die junge Generation gerät mehr und mehr in eine strukturelle Minderheitenposition. Hierfür hat die SRzG eine Wahlrechtsreform vorgeschlagen, welche auch Unter18jährigen eine Stimme geben würde. 16 Auch dieses interne Problem ist also lösbar.

Innovationsfähigkeit

Das größte Problem scheint mir die wahrscheinlich tatsächlich nachlassende Innovationsfähigkeit zu sein. Es ist fruchtbar, sich in einem Gedankenexperiment zu überlegen, wie sich wohl Innovationsfähigkeit und Fortschritt verändern würden, wenn die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen bzw. die Generationenfolge eine ganz andere wäre als die tatsächliche.17 Der Soziologe Karl Mannheim schrieb schon 1928 dazu: "Durch eine Verlängerung der Lebensdauer der Individuen würde das Tempo des Fortschritts gehemmt; durch eine Verkürzung der Lebensdauer etwa auf die Hälfte oder ein Viertel des gegenwärtiges Maßes würde das Tempo in entsprechender Weise beschleunigt werden,

und zwar deshalb, weil im ersteren Falle die hemmende, konservierende Rolle der alten Leute infolge ihrer längeren Lebensdauer länger, im letzteren Falle durch ihr schnelleres Verschwinden kürzer in Wirkung treten würde."

18 Anders gesagt: Es sind nun mal die "jungen Männer, die die Staaten erschüttern."

Eine Strategie für den Übergang

In Gesamtdeutschland lebten 1950 rund 68 Mio. Menschen, nach der niedrigen Projektion des Statistischen Bundesamtes werden es 2050 wieder so viele sein. Wie Kaufmann und Birg in diesem Heft hervorheben, ist aufgrund des Trägheitseffekts ('population momentum') diese Entwicklung praktisch unumkehrbar, nur ein weiteres Absinken ließe sich noch vermeiden, wenn frühzeitig Maßnahmen unternommen werden. Um den demographischen Übergang bis zur Erlangung eines neuen, niedrigen Bevölkerungsgleichgewichts in Deutschland zu bewältigen, brauchen wir eine dreiteilige Strategie:

1.) Management der Alterung

Zwar lässt sich der Verlust an Innovationsfähigkeit nicht gänzlich vermeiden, aber er lässt sich zumindest bremsen. Dieser Teil der dreifachen Strategie lässt sich plakativ so zusammenfassen:

"Wenn es mehr Ältere und weniger Jüngere gibt, so müssen wir die Älteren länger jung halten." Für rohstoffarme Länder bilden seine Bewohner die wichtigste Ressource. Sie muss folglich so effizient wie möglich eingesetzt werden. Durch die Fortschritte in der Medizin ist heute ein Siebzigjähriger noch so fit wie früher ein Sechzigjähriger. Eine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 ist hier z.B. eine unverzichtbare Reform. Aber auch über ein fest etabliertes Studium für 45-50jährige, einen Senior-Bachelor, sollten wir nachdenken, damit Menschen, die dann ja erst in der Mitte ihrer Erwerbsphase stehen, sich weiterqualifizieren und ggf. auch noch mal umorientieren können. Durchaus positiv ist, dass der übertriebene Jugendkult zurückgehen wird: Im Moment sind 56 Prozent aller Langzeitarbeitslosen zwischen 50 und 65 Jahren. In Zukunft werden engagierte Fünfundfünfzigjährige weniger Probleme haben, einen Arbeitsplatz zu finden.

2.) Aktive Bevölkerungspolitik

Der zweite Teil der Strategie umfasst Maßnahmen, um die Geburtenrate wieder auf Bestandshaltungsniveau zu stei-

(weiter auf Seite 22)

("Hilfe..." Fortsetzung von Seite 21)

gern. Dieses Plädoyer für eine aktive Bevölkerungspolitik steht nicht im Widerspruch zu meinen bisherigen Worten. Wenn die derzeitige Fertilitätsrate von 1,4 anhielte, wird nach den neuesten Projektionen der Population Division Deutschland im Jahr 2300 nur noch rund 3 Mio. Einwohner haben, so viele wie heute Berlin. Dies kann niemand wollen. Aus der negativen Bewertung von rasantem Bevölkerungswachstum folgt ja nicht der Wunsch nach Selbstauslöschung, sondern ein Plädover für eine Stabilisierung der Bevölkerung auf ökologisch tragfähigem Niveau. Das heißt für Deutschland, dass die Faktoren, die dafür verantwortlich sind, dass sich Paare gegen mindestens 2 Kinder entscheiden, abgebaut werden müssen. In erster Linie muss hier die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden, u.a. durch Ganztagsschulen. Die Erhöhung der Geburtenrate auf 2,1 Kinder sollte sich bis 2020 erreichen lassen.

3.) Gezielte Einwanderung

Es ist offensichtlich, dass ein Ökologe, der unter dem Blickwinkel des Nutzens für die Natur die prognostizierte Schrumpfung begrüßt, einer zu hohen Zuwanderung kritisch gegenüber steht. Zudem müssen Einwanderer integriert werden. Integration kostet. Ihre Kosten stehen in Konkurrenz zu anderen Zukunftsinvestitionen, z.B. für Bildung. Dennoch braucht Deutschland drittens eine besser organisierte Zuwanderung. Pro Jahr sollten zunächst 10.000-20.000 Menschen über ein Punktesystem als dauerhafte Zuwanderer ins Land gelassen werden. Bei Engpass-Situationen in bestimmten Branchen könnte man ausländischen Arbeitssuchenden eine befristete Aufenthaltsgenehmigung erteilen. Für ausländische Wissenschaftler sollte der Zuzug wesentlich vereinfacht werden. Die Zahl der Aufenthaltsgenehmigungen ist von vier auf zwei zu reduzieren. Die Quoten der verschiedenen Zuwanderergruppen sollte ein zu schaffender Zuwanderungsrat festlegen. Beim Asylrecht ist der Individualklageweg abzuschaffen, aber es sind Kontingente festzulegen.

Fazit

22

Allen Prognosen nach wird Europa in den nächsten Jahren der einzige Kontinent sein, in dem es jedes Jahr "mehr Platz" geben wird. Dieser Wandel wird aber sehr unterschiedlich bewertet. Die einen schwärmen von Vollbeschäftigung und malen eine Zukunft aus, in der Kinder nicht mehr in überfüllten Klassen lernen müssen, in der chronisch verstopfte Strassen der Vergangenheit angehören und das Schlangestehen ein Ende hat. Andere sprechen dagegen davon, dass wir unsere Infrastruktur nicht aufrecht erhalten können und verarmen werden. Der Abbau von Überkapazitäten in allen Bereichen wird als Bedrohung darge-stellt, weniger Konsumenten als Gefahr für Arbeitsplätze. Welches wirtschaftliche Szenario das wahrscheinlichere ist, kann heute meiner Meinung nach niemand mit Sicherheit sagen. Die Wirtschaftswissenschaft hat Schrumpfungsprozesse bisher weitgehend vernachlässigt. An zahlreichen volkswirtschaftlichen Fakultäten kann man ,Wachstumstheorie' studieren -,Schrumpfungstheorie' wird bisher nirgendwo angeboten. Die Wissenschaft sollte sich etwa der Frage annehmen, wie stark durch den demographischen Wandel die Massenarbeitlosigkeit reduziert werden wird.20 Es besteht insgesamt in vielen Fragen dringender Forschungsbedarf. In ökologischer Hinsicht aber sind die Ent-

lastungseffekte für die Natur offensichtlich. Auch wenn die ökologische Belastung stärker mit der Haushaltszahl als mit der Einwohnerzahl korreliert sein sollte und deshalb der Zusammenhang nicht einfach dem Dreisatz folgt, so ist doch die grundsätzliche Geltung der PAT-Formel nicht zu bestreiten.²¹

Auch wenn die Argumente eines Ökologen fast überall auf Unverständnis stossen, so kann er sich doch freuen: Alle, die bestreiten, dass die Schrumpfung auch positive Effekte hat, verhalten sich genau so, wie er es sich wünscht.

13 Parfit, Derek (1984): Reasons and Persons. Oxford. S. 381 (im Original: "repugnant conclusion")
14 Eitenmüller, Stefan (1996): Die Rentabilität der gesetzlichen Rentenversicherung - Kapitalmarktanaloge Renditeberechnungen für die nahe und die ferne Zukunft. In: Deutsche Rentenversicherung, 67. Jg. Heft 12. S. 784-798

15 Tremmel, Jörg (2003): Generationengerechtigkeit und Rentenbesteuerung. In: Rose, Manfred (Hg.): Integriertes Steuer- und Sozialsystem, Heidelberg. S. 421-436; Tremmel, Jörg (1997): Wie die gesetzliche Rentenversicherung nach dem Prinzip der Generationengerechtigkeit reformiert werden kann. In: Gesellschaft für die Rechte zukünftiger Generationen (Hg.): Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt. Hamburg. S. 149-240

16 Positionspapier findet sich unter www.srzg.de/Publikationen/Positionspapiere/AK Kinderrechte, abrufbar unter http://www.srzg.de/ndeutsch/5publik/2ppap/1ppap.htm

17 Dieses Gedankenexperiment habe ich bisher gefunden bei Hans Jonas, Bernhard Williams und Karl Mannheim. Auch Hume und Comte haben es nach Angaben von Mannheims durchgespielt.

18 Mannheim, Karl (1928): Das Problem der Generationen. In: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie. Heft 7/1928. S. 158

19 Ein Ausspruch von Cicero, der dabei leider die Frauen vergaß.

20 Diese Annahme, die ein Argument pro Schrumpfung wäre, floss z.B. als Annahme in die Berechnungen der Rürup-Kommission zur Nachhaltigkeit in den sozialen Sicherungssystemen ein.

21 Tremmel, Jörg (2001): Ist Deutschland überbevölkert? PAT - Die Weltformel der Bevölkerungswissenschaft. In: Generationengerechtigkeit 2/2001. S.16

Jörg Tremmel ist geschäftsführender Vorstand der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen.
Adresse: SRzG, Postfach 5115, 61422 Oberursel, info@srzg.de



Die zentralen Thesen dieses Beitrags wurden als Tischrede bei den Rheingauer Impulsen (vgl. Berichte) gehalten.

All unsere Erfindungen sind nichts als verbesserte Mittel zu einem nicht verbesserten Zweck.

Henry David Thoreau

¹ Knaus, Anja / Renn, Ortwin (1998): Den Gipfel vor Augen. Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft. Marburg. S. 21

² Vgl. Vitousek, P./Ehrlich, A. /Matson, P (1986): Human appropriation of the products of photosynthesis. In: Bio Science. Nr. 34. S. 368-373. Zitiert nach Knaus/Renn (1998), S. 39

³ van Dieren, Wouter (1995): Mit der Natur rechnen. Basel/Boston/Berlin. S. 67

⁴ Kreibich, Rolf (2003): Generationengerechtigkeit im Zeitalter globaler Umweltkrisen. In: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen: Handbuch Generationengerechtigkeit. München. S. 229

⁵ Vgl. z.B. Harrison, Paul (1994): Die Dritte Revolution. Antworten auf Bevölkerungsexplosion und Umweltzerstörung. Darmstadt

⁶ www.populationconnection.org

http://www.un.org/esa/population/publications/longrange2/longrange2.htm

⁸ Foucault, Michel (1989): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit, Frankfurt am Main

⁹ Hondrich, Karl Otto (2002): Wieder Krieg. Frankfurt am Main. S. 187 f.

¹⁰ Hessische Staatskanzlei (2003) (Hg.): Die Familienpolitik muss neue Wege gehen! Der "Wiesbadener Entwurf" zur Familienpolitik. Wiesbaden. S. 5 ff. 11 www.optimumpopulation.org

¹² Sen, Amartya (1994): Die Menschenbombe. Ein globales Problem - Verblendung und Wirklichkeit. In: Lettre International, Nr. 27/1994 (IV. Quartal). S. 6-13

Standpunkte Standpunkte Standpunkte Standpunkte

Die Schrumpfung der Bevölkerungen Deutschlands und anderer Industrieländer ist zu begrüßen, da langfristig die gesamte Weltbevölkerung auf einem niedrigeren Niveau als heute stabilisiert werden muss.

Stellungnahmen von Prof. Dr. DDr. h.c. Franz-Xaver Kaufmann, Prof. Dr. Herwig Birg und Dipl.-Politologe, Dipl.-Kfm. Jörg Tremmel

Prof. Dr. DDr. h.c.
Franz-Xaver Kaufmann
emeritierter Professor für Sozialpolitik und Soziologie an der
Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld





Ablehnung

Begründung: Die Tragfähigkeit der Erde ist ein zu unbestimmtes Konzept, um damit Werturteile über die Bevölkerungsentwicklung eines Landes oder einer Region zu begründen. Das Argument ist zudem kontraproduktiv für alle Forderungen nach Generationengerechtigkeit in Deutschland. Denn was beeinträchtigt die Handlungsfähigkeit späterer Generationen stärker als eine Schieflage zwischen Lasten und Möglichkeiten, also beispielsweise Rentnern und Beitragszahlern? Angesichts eines langfristigen Reproduktionsniveaus von lediglich 65 % kann die Botschaft für Deutschland derzeit nur lauten: Wenn es nicht gelingt, die strukturellen Rücksichtslosigkeiten gegenüber Elternschaft und Kinderentwicklung nachhaltig zu reduzieren, werden wir bald "alt aussehen".

Zwar können sich Wirtschaft und Gesellschaft an einen langsamen Rückgang der Nachwuchsbasis (Reproduktionsniveau um 90 %) anpassen, aber je stärker die Zahl der Geburten von einem demographischen Gleichgewicht abweicht, desto massiver wird die Wucht der demographischen Eigendynamik - nach oben und nach unten! Sofern man sich überhaupt auf eine bevölkerungspolitische Optimierung einlassen will (bevölkerungspolitische Argumentationen wirken tendenziell brutalisierend!) so kann sich das Optimum nicht auf die Bevölkerungsdichte, sondern nur auf den Entwicklungspfad beziehen. Und dieser sollte nur unwesentlich vom stationären Gleichgewicht abweichen.

Prof. Dr. Herwig Birg Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik in Bielefeld





) Ablehnung

Begründung: Die These stützt sich auf die Annahme, dass die ökologische Belastung der Umwelt bei einer niedrigeren Bevölkerungszahl geringer ist als bei einer höheren. Das muß jedoch nicht so sein. In der Regel ist z.B. die Zahl der Haushalte für die ökologische Belastung wichtiger als die Einwohnerzahl. Länder wie Deutschland mit niedriger Geburtenrate haben meist auch niedrige Eheschließungs- und hohe Scheidungsraten mit der Folge, dass die Zahl der Personen je Haushalt seit Jahrzehnten sinkt und die Zahl der Haushalte dadurch bedingt zunimmt, obwohl die Bevölkerung schrumpft. Wenn z.B. nach einer Scheidung zwei Wohnungen gebraucht und geheizt werden müssen statt einer, steigt der Energieverbrauch. Auch in Entwicklungsländern folgt der Zusammenhang zwischen der Bevölkerungszahl und der ökologischen Belastung nicht einfach dem Dreisatz. Generell gilt: Die Umweltschäden hängen nicht in erster Linie von den Bevölkerungszahlen ab, sondern von den Verhaltensweisen der Menschen, insbesondere von ihren Konsum- und Produktionsweisen.

Dipl.-Politologe, Dipl.-Kaufmann Jörg Tremmel







Zustimmung

Begründung: Das größte Zukunftsproblem für die Menschheit ist die ökologische Krise. Die heute lebenden Menschen nehmen mindestens so viele Ressourcen in Anspruch, wie alle Menschen zusammen für sich in Anspruch genommen haben, seit der Mensch auf zwei Beinen geht. Dies ist offensichtlich kein tragfähiger Zustand. Die Industrieländer verschmutzen weiterhin die Umwelt weit stärker als die Entwicklungsländer. Der prognostizierte Rückgang der Bevölkerung in der Nordhalbkugel der Erde trägt daher mehr zur Entlastung der Natur bei, als dies eine Effizienzrevolution oder (ein in demokratischen Gesellschaften durchsetzbarer) Konsumverzicht könnten. Da diese Schrumpfung sich freiwillig und in Deutschland inzwischen sogar gegen die erklärte pronatalistische Bevölkerungspolitik der Bundesregierung vollzieht, ist eine Neubewertung um so mehr angebracht. Der Bevölkerungsrückgang sollte auf ökologisch tragfähigem Niveau stoppen, d.h. ein "Überschießen" wäre nicht zu begrüßen. Im Moment sind wir aber noch weit davon entfernt, ein ökologisch nachhaltiges Land (definiert nach den ,Managementregeln') zu sein.

GG! in Bibliotheken

Um die Zeitschrift im derzeitigen Umfang zu erhalten, brauchen wir ihre Mithilfe. Bis Sommer müssen für die nächste Ausgabe der Zeitschrift 5000 Euro aufgebracht werden, das heißt 200 neue Abonnenten gewonnen werden.

Unsere Bitte deshalb: Liegen Ihnen unsere Arbeit und Anliegen ebenfalls am Herzen, können Sie uns aktiv unterstützen, indem Sie in Ihrer Stadt- oder Unibibliothek ein Abo der GG! vorschlagen. Die Bibliotheksverwaltungen richten sich häufig bei ihren Anschaffungen von Büchern und Zeitschriften nach den Wünschen ihrer Benutzer! Sprechen Sie mit einem Mitarbeiter Ihrer Bibliothek! Die Zeitschrift, deren Aufmachung und Qualität von vielen renommierten Wissenschaftlern gelobt wird, spricht mit ihren Themen zum aktuellen Zeitgeschehen sowohl Fachleute als auch Laien an.

Noch ein Extra-Dankeschön ist Ihnen von Seiten der SRzG gewiss, wenn Sie in einem Aufwasch auch gleich die Anschaffung des *Handbuchs Generationengerechtigkeit* verlangen.

Organisationen der Vereinten Nationen zu Bevölkerungsfragen

von Sebastian Karg in Zusammenarbeit mit

Die Vereinten Nationen beschäftigen sich in ca.
15 UN-Institutionen mit Fragen der Bevölkerungsentwicklung. Die beiden wichtigsten Organisationen sind zum einen der United Nations Population Fund, zum anderen ist es die Population Division, die eine Unterorganisation des Department of Economic and Social Affairs der Vereinten Nationen ist.

United Nations Population Fund (http://www.unfpa.org)



Der Welt-Bevölkerungsfonds mit Sitz in New York ist der größte Fonds zur finanziellen Unterstützung von Projekten auf dem Gebiet der Bevölkerungsplanung und -politik. Er ist beim Entwikklungsprogramm UNDP angesiedelt. Seit seiner Gründung 1967 als "Trustfund" haben sich die Aufgaben des Bevölkerungsfonds erheblich verändert: Von Beginn an stand die Unterstützung nationaler - meist vertikaler - Familienplanungsprogramme im Vordergrund. Seit 1969 veröffentlicht der Fonds jährlich den Weltbevölkerungsbericht mit aktuellen Fragen der Bevölkerungsentwicklung. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Familienplanung, Sexualaufklärungs-, Informations- und Ausbildungsprogramme, Sonderprogramme für Frauenförderung, Maßnahmen zur medizinischen Versorgung sowie die Errichtung von Dokumentationszentren. Grundschulbildung, Kinder- und Müttersterblichkeit, reproduktive Gesundheits- und Familienplanung und Verhütung, Demographie (Volkszählungen, Forschung), Sexualerziehung, nachhaltige Entwicklung oder AIDS-Bekämpfung sind weitere Themen. Bei allen Projekten wird die Eigenständigkeit der Betroffenen angestrebt. UNPFA führt verschiedene regionale technische Zentren.

Alle 10 Jahre finden Weltbevölkerungskonferenzen statt, zuletzt 1994 in Kairo, fünf Jahre später wurde auch die Sondergeneralversammlung "Bevölkerung und Entwicklung - Kairo +5" von UNFPA ausgerichtet.

Unter den ca. 15 UN-Institutionen, die sich mit Bevölkerungsfragen befassen, verfügt UNFPA mit einem jährlichen Budget von ca. 250-300 Millionen US-\$ über das größte Finanzvolumen. Allerdings stammen diese Mittel nicht aus dem UN-Haushalt, sondern aus bilateralen Zuwendungen einzelner Geberländer, anderer UN-Organisationen und privater

Stiftungen.

Seit der ICPD in Kairo - die von UNF-PA als federführende Institutionen organisiert wurde - beinhaltet das Mandat dieser UN-Sonderorganisation drei Schwerpunkte:

- → Die Förderung der reproduktiven Gesundheit einschließlich Familienplanung, sexueller Gesundheit und HIV/AIDS-Prävention,
- → die Entwicklung von Bevölkerungsund Entwicklungsstrategien einschließlich der Analyse und Forschung auf diesem Gebiet,
- → Advocacy-Arbeit für die Ziele von Kairo: Verbesserung der reproduktiven Gesundheit und Durchsetzung reproduktiver Rechte, Stärkung der Rolle der Frauen, Senkung der Säuglings-, Mütterund Kindersterblichkeit, Stärkung des Problembewusstseins und Mobilisierung von mehr Ressourcen für Bevölkerungsund Entwicklungsprogramme.

UNFPA arbeitet mit nationalen Regierungen hauptsächlich auf deren Anfrage zusammen und überlässt die Durchführung von Projekten und Programmen weitgehend den Partnerländern. Dazu sind die Länder entsprechend ihrem Entwicklungsstand und Bedarf in 5 Kategorien eingeteilt. So gehören alle Least Developed Countries zur Kategorie A und erhalten ca. 68 % der Finanzmittel. Afrika mit dem größten ungedeckten Bedarf an Familienplanung und dem größten HIV/AIDS-Problem erhält ca. 35 % der Mittel. Im Jahr 2000 arbeitete UNF-PA in 142 Ländern und Territorien,

unterhielt 110 Büros und 9 regionale Expertenteams. Mit ca. 1.000 Beschäftigten weltweit ist UNFPA auch personell die größte Organisation im Bevölkerungssektor.

UN-Population Division (http://www.un.org/esa/population/unpop.htm)

Unter dem UN-Department of Economic and Social Affairs (DESA) hat die UN-Bevölkerungsabteilung, die ebenfalls in New York ihren Sitz hat, wesentliche Analyse - und Informationsaufgaben. Bei der Abteilung handelt sich um ein wissenschaftliches demographisches, nicht mit dem UNFPA verbundenes Zentrum, das sich vor allem um die Auswertung nationaler demographischer Erhebungen, Trendberechnungen und Projektionen, die Unterstützung anderer UN-Organisationen, der UN-Kommission für Bevölkerung und Entwicklung sowie der nationalen Regierungen in Fragen der Bevölkerungs- und Sozialentwicklung beschäftigt. Des Weiteren hat sie die Aufgabe der Unterstützung der UN-Mitgliedsländer beim Aufbau nationaler Kapazitäten für Bevölkerungsforschung.

Das größte, im Dezember 2003 abgeschlossene, Projekt der UN-Bevölkerungsabteilung ist eine Langzeit-Bevölkerungsprojektion für alle Länder der Welt. Diese Publikation setzt eine Serie von sieben vergleichbaren Studien seit Mitte der 1970er Jahre fort. Sie erweitert den bisherigen Zeithorizont um 150 Jahre bis zum Jahre 2300.

Ihre Spende für unsere Projekte

Die SRzG ist eine gemeinnützige Stiftung mit vielen enthusiastischen Helfern und Fördermitgliedern, stets neuen Projekten, jedoch auch sehr geringen finanziellen Mitteln. Nachdem das Weiterbestehen der SRzG im letzten Jahr gesichert werden konnte, bitten wir Sie, uns auch weiterhin zu helfen, damit wir uns für eine bessere Zukunft stark machen können. Ihre Kinder und Enkel werden es Ihnen danken.

Zur Zeit arbeitet die SRzG an folgenden Großprojekten:

- Zeitschrift "Generationengerechtigkeit!" (Kosten pro Ausgabe: 5.000 Euro)
- Symposium in Arnoldshain (Kosten: 27.000 Euro)
- Generationengerechtigkeits-Preis 2003/2004
- Buchprojekt "Handbook Generational Justice"

Jede Spende hilft und "zu kleine" Spenden gibt es nicht. Wenn Sie gezielt eines unserer Projekte unterstützen wollen, geben Sie im Verwendungszweck den Projektnamen an, ansonsten überweisen Sie einfach mit dem Verwendungszweck "Spende" auf:

SRzG, Konto 8039555800, GLS Bank eG (BLZ 43060967). Sie erhalten eine steuerlich absetzbare Spendenbescheinigung.

Das Projekt "Global zukunftsfähige Entwicklung - Perspektiven für Deutschland"

von Dr. Volker Brandl

Unter der Federführung des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse des Forschungszentrums Karlsruhe wurde von Instituten der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF) in den Jahren 1999-2002 ein Verbundprojekt durchgeführt. Im Brennpunkt standen Lösungsmöglichkeiten für Nachhaltigkeitsprobleme Deutschlands unter Berücksichtigung des globalen Kontexts.

1. Projektdesign

Die Projektarbeiten bezogen sich auf drei "Ebenen". Erstens wurden die normativen Grundlagen für das Projekt, das "integrative Konzept nachhaltiger Entwicklung", erarbeitet. Hier wurde festgelegt, von welchen global gültigen Zielen und Kriterien auszugehen sei. Zweitens wurden diese Kriterien - für den Kontext Deutschland - durch geeignete Indikatoren konkretisiert. Mittels dieses Instrumentariums wurde die gegenwärtige Nachhaltigkeitssituation Deutschlands insbesondere hinsichtlich der wichtigsten Nachhaltigkeitsprobleme - charakterisiert. Dies geschah sowohl in gesamtgesellschaftlicher Perspektive als auch für vier Aktivitätsfelder: Mobilität und Verkehr, Wohnen und Bauen, Ernährung und Landwirtschaft sowie Freizeit und Tourismus. Drittens schließlich ging es um die Analyse und Bewertung gesellschaftlicher Handlungsstrategien im Zeitrahmen von 2000 bis 2020. Abgerundet wurde all dies erstens durch die Untersuchung von Nachhaltigkeitspotenzialen der vier Schlüsseltechnologien Nanotechnologie, Bio- und Gentechnologie, regenerative Energien, Informations- und Kommunikationstechnologie und zweitens durch die Analyse der drei Querschnittsthemen Flächenverbrauch und Bodenschutz, Chancengleichheit sowie Wissensmanagement.

2. Das "Integrative Konzept nachhaltiger Entwicklung"

Mit dem "Integrativen Konzept" wurden die normativen Grundlagen für die Projektarbeiten geschaffen. "Nachhaltige Entwicklung" ist demgemäß nicht allein von wissenschaftlichen Sachverhalten abzuleiten, sondern als Leitbild für eine als wünschenswert angesehene gesellschaftliche Entwicklung normativ zu verstehen. Begrifflich präzisiert wurde das Leitbild auf der Basis grundlegender Ergebnisse des globalen Nachhaltigkeitsdiskurses.

Demgemäß wurden drei "konstitutive Elemente nachhaltiger Entwicklung" herausgearbeitet, die die herkömmlichen "Nachhaltigkeitsdimensionen" des Ökologischen, Sozialen und Ökonomischen integrieren: "Gerechtigkeit" (innerhalb und zwischen den Generationen), "Globale Orientierung" und "Anthropozentrischer Ansatz".

In weiteren Schritten wurden diese konstitutiven Elemente "übersetzt" in "drei generelle Ziele nachhaltiger Entwicklung": "Sicherung der menschlichen Existenz", "Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotentials" und "Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten", die schließlich "entfaltet" wurden in fünfzehn "substanzielle Nachhaltigkeitsregeln". Beispiele sind "Schutz der menschlichen Gesundheit" und "Ausgleich extremer Einkommens- und Vermögensunterschiede"; "Nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen" und "Nachhaltige Entwicklung des Sach-, Human- und Wissenskapitals"; und schließlich "Chancengleichheit" und "Erhaltung der sozialen Ressourcen". Diese Regeln stellen "Mindestbedingungen" dar, auf die alle Mitglieder der globalen Gesellschaft und der zukünftigen Generationen unter der Perspektive Gerechtigkeit Anspruch haben. Zusätzlich wurden zehn "instrumentelle Nachhaltigkeitsregeln" erarbeitet, die notwendige gesellschaftliche Rahmenbedingungen für die Realisierung der substanziellen Regeln konkretisieren. Beispiele: die instrumentellen Regeln zur "Internalisierung externer sozialer und ökologischer Kosten", zur "Staatsverschuldung" oder zur "Reflexivität der Gesellschaft".

3. Die gegenwärtige Nachhaltigkeitssituation Deutschlands

In weiteren Operationalisierungsschritten wurden jeder Nachhaltigkeitsregel Indikatoren zugeordnet, die es erlauben, nachhaltigkeitsrelevante Sachverhalte und Tendenzen darzustellen und zu quantifizieren. Um die Nachhaltigkeitssituation Deutschlands zu bewerten, wurden solche Indikatoren für die Jahre 2010 und 2020 "Zielwerte" zugeordnet, die aus Ergebnissen relevanter politischer Debatten übernommen, abgeleitet oder im Projekt selbst entwickelt wurden. Auf der Basis eines Vergleichs solcher Zielwerte mit aktuellen "Ist-Werten" konnten für

Deutschland schließlich fünfzehn "wesentliche Nachhaltigkeitsdefizite" ermittelt werden. Es sind dies: anthropogen verursachte Gesundheitsbeeinträchtigungen, Armut, drastische globale Einkommensunterschiede, Arbeitslosigkeit, Bildungsdefizite, mangelnde Chancengleichheit, Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche, Rückgang der Biodiversität, Belastung der Waldböden, Abbau nicht erneuerbarer Ressourcen, Klimawandel, ungleiche globale Verteilung der Umweltnutzungsmöglichkeiten, Gewässerverschmutzung, Staatsverschuldung und mangelnde Wahrnehmung globaler Verantwortung.

4. Zukünftige Nachhaltigkeitsperspektiven - drei explorative Szenarien

Eine zentrale Frage des Projekts war es, wie sich die gegenwärtige Nachhaltigkeitssituation Deutschlands bis zum Jahr 2020 weiterentwickeln könnte. Um Unsicherheiten zu berücksichtigen, wurden drei Szenarien untersucht, die skizzenhaft wie folgt gekennzeichnet werden können: 1. das "Szenario Dominanter Markt" durch sich intensivierende Prozesse wirtschaftlicher Globalisierung, durch verstärkte Individualisierung, Leistungs- und Eigennutzorientierung;

- 2. das "*Szenario Modernisierung*" durch eine moderate Fortführung ökologischer und ökonomischer Modernisierungsprozesse:
- 3. das Szenario "Regionalisierung und Gemeinwohlorientierung" durch einen Wandel der Wertvorstellungen hin zu Gemeinwohlorientierung und Solidarität sowie durch die Orientierung auf lokale und regionale ökonomische Strukturen.

Die in den drei Szenarien getroffenen Annahmen wirken sich auf nachhaltig-(weiter auf Seite 26)

Fördern Sie uns!

Werden Sie Fördermitglied im Förderkreis der SRzG und unterstützen Sie uns bei der Bewältigung unserer Aufgaben. Als Fördermitglied sind Sie zu allen öffentlichen Treffen des Vorstands und des Kuratoriums eingeladen. Der Jahresbeitrag kostet 50 €, für Unterdreißigjährige sogar nur 25 €. Füllen Sie bitte noch heute den Aufnahmeantrag auf der letzten Seite aus! Vielleicht werden Ihre Kinder und Enkelkinder es Ihnen danken.

(Das Projekt ... Fortsetzung von Seite 25)

keitsrelevante Indikatoren i.a. unterschiedlich aus. Im Szenario Dominanter Markt werden bis 2020 wesentliche ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele deutlich verfehlt oder die gegenwärtigen Nachhaltigkeitsdefizite verschärfen sich sogar (z.B. der Flächenverbrauch). Im Szenario Modernisierung kommt es zwar zu Annäherungen an die Nachhaltigkeitsziele, allerdings nicht im erforderlichen Ausmaß. Im Szenario Regionalisierung und Gemeinwohlorientierung werden die meisten ökologischen und sozialen Ziele erreicht. Es zeigen sich allerdings erhebliche Beeinträchtigungen ökonomischer Größen (z.B. des wirtschaftlichen Wachstums), die sich nach 2020 negativ auf nachhaltigkeitsrelevante Indikatoren (z.B. Armut) auswirken könnten. Ursache ist vor allem eine Verminderung der Exportquote durch die Regionalisierung von wirtschaftlichen Kreisläufen.

5. Maßnahmen zur Bewältigung zentraler Nachhaltigkeitsprobleme

In weiteren Schritten wurde versucht, die Ergebnisse der explorativen Szenarienanalysen mittels geeigneter Maßnahmekombinationen (Strategien) gezielt zu "verbessern", d.h. den vorgegebenen Nachhaltigkeitszielen bis zum Jahr 2020 möglichst nahe zu kommen. So wurden für jedes der fünfzehn Nachhaltigkeitsdefizite zwei alternative Maßnahmebündel diskutiert. Die ihnen zugrunde liegenden
"Philosophien" entsprechen Verschmelzungen jeweils zweier der obigen drei
Szenarienphilosophien. Die so entstandenen Bündel "Dominanter Mark/ Modernisierung" bzw. "Modernisierung/ Regionalsierung und Gemeinwohlorientierung" bilden
also nur mehr zwei Hauptvarianten gesellschaftlich-politisch vorfindlicher
Grundausrichtungen ab.

Hinsichtlich der Wirksamkeit dieser alternativen Bündel ergaben die Analysen, dass die simultane Lösung der wesentlichen Nachhaltigkeitsdefizite vor allem von den Bündeln Modernisierung/Regionalisierung und Gemeinwohlorientierung zu erwarten ist; für die gesellschaftliche Akzeptanz der dafür notwendigen Eingriffstiefen wäre freilich ein beträchtlicher gesellschaftlicher Bewusstseinswandel notwendig. Dem Staat kommt hinsichtlich der anvisierten gleichzeitigen Behebung der identifizierten Nachhaltigkeitsdefizite bis zum Jahr 2020 eine wichtige Rolle zu: Er transformiert kontraproduktive Rahmenbedingungen in förderliche, etwa durch die Umwandlung "falscher" in "richtige" ökonomische "Anreize". So wird beispielsweise das Steuer- und Abgabensystem möglichst verteilungsgerecht mit dem Ziel umgebaut, insbesondere nichtnachhaltige Nutzungen ökologischer Ressourcen zu belasten (nachhaltig orientierte Finanzreform). Mit den Einnahmen können Umweltprobleme behoben, Arbeitsplätze geschaffen, notwendige Investitionen im Bildungsbereich finanziert, soziale Sicherungssysteme "armutsfest" gemacht und ärmere Staaten finanziell stärker unterstützt werden.

Literatur:

Kopfmüller, J. et al (2001); Nachhaltigkeit integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren Berlin

Coenen, R.; Grunwald, A. (Hrsg.) (2003); Nachhaltigkeitsprobleme in Deutschland. Analyse und Lösungsstrategien; Berlin

Dr. Volker Brandl, Studium der Physik, Mathematik und Philosophie; seit Januar 1986 wissenschaftlicher Mitarbeiter im ITAS; Schwerpunkte im Bereich:

brandl@itas.fzk.de



Umwelt (Luftschadstoffe), Risiko (Gentechnologie, Elektrosmog), Nachhaltigkeit (zuletzt Mitarbeit im beschriebenen HGF-Projekt).

Adresse: Forschungszentrum Karlsruhe in der Helmholtz-Gemeinschaft, Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS), Postfach 36 40, Herrmann-von-Helmholtz-Platz 1, 76344 Eggenstein-Leopoldshafen,

Kontrazeption heute und morgen

von Burkhard Otte

Aus dem Bevölkerungswachstum insbesondere in den unterentwickelten Ländern resultieren signifikante Probleme. Im Folgenden werden die gegenwärtigen Methoden der Kontrazeption vorgestellt, sodann wird ein Ausblick in die Zukunft gewagt.

Natürliche Methoden

Hierbei handelt es sich um die älteste Art der Empfängnisverhütung. Der Coitus interruptus, d.h. der vor dem Samenerguß unterbrochene Beischlaf ist neben der Enthaltsamkeit die wohl bekannteste.

Barriere-Methoden

Barriere-Methoden beruhen immer auf dem Prinzip, dass eine mechanische Barriere das Vordringen der Spermien zur Eizelle verhindert. Die am weitesten verbreitetste ist das Kondom.

Antibabypille

Kombinationspräparat aus synthetischem Östrogen und Progesteron. Eine Schwangerschaft wird dem Körper suggeriert und je nach Hormonpräparaten wird ein Eisprung verhindert. In der aktuellen Forschung wird versucht die Dosierung der applizierten Hormone zu mindern und so eine Verringerung

der Nebenwirkungen herbeizurufen. Dies können u.a. Brustschmerzen, Übelkeit, Stimmungsschwankungen, Schlafstörungen, Schmierblutungen und veränderte Monatsblutungen sein.

Kontrazeptiva von morgen

Viele Frauen, insbesondere in den unterentwickelten Ländern, können bisherige Kontrazeptiva nicht in Anspruch nehmen oder haben Angst vor Nebenwirkungen. Die Weltgesundheitsorganisation hat neue Anstrengungen für alternative, innovative Verhütungsstrategien unternommen.

Immunkontrazeptiva

Unter Immunokontrazeptiva versteht man die Anwendung der natürlichen immunologischen Abwehrmechanismen zum Schutz vor einer ungewollten Schwangerschaft. Dabei wird eine zeitlich begrenzte, nicht krankmachende Immunantwort gegen Bestandteile des reproduktiven Prozesses erzeugt. Dies können z.B. der Präembryo, die Gameten, Hormone des Hypothalamus oder das human chorionic gonadotropin sein.

Diese Methode bietet einen zeitlich langanhaltenden, aber nicht permanenten Schutz.

Es handelt sich ebenfalls wie bei hormonellen Verhütungsmethoden um eine reversible Art der Empfängnisverhütung. Vorteile der Methode sind unter anderem geringe jährliche Kosten, fehlende hormonelle und endokrinologische Nebenwirkungen (wie bei den oralen Kontrazeptiva) und psychologische Vorteile, da nicht täglich Pillen eingenommen oder mechanische Hilfsmittel benutzt werden müssen. Nachteile sind die individuellen, variablen Immunreaktionen und als Folge eine unterschiedliche Effektivität, ungewünschte Immunreaktionen, fehlende Langzeitstudien über Jahrzehnte, das mögliche Auftreten von Allergien, kein "Ausschalten auf Knopfdruck" des Schutzes und keine Prävention vor infektiösen und viralen Erkrankungen.

Die Immunkontrazeptiva werden mittelfristig eine weitere Optionsmöglichkeit der Familienplanung darstellen und könnten die Probleme der Familienplanung entschärfen helfen. Bis dahin ist jedoch noch viel Forschung und Zeit nötig.

Burkhard Otte ist Student der Biologie an der Rheinisch-Westfälischen-Technischen Hochschule und Mitglied der Stiftung für Rechte zukünftiger Generationen



Bücher

Die gierige Generation - Wie die 27 Alten auf Kosten der Jungen abkassieren

von Bernd W. Klöckner

Staatsverschuldung in der Demo- 28 kratie - Eine polit-ökonomische Analyse

von Inge Stalder

Die Schuldenfalle -Staatsverschuldung von 1965-2025 von Dieter Meyer

Wahlrecht für Kinder. Eine Streitschrift von Mike Weimann

...und weitere empfehlenswerte Bücher zum Thema Generationengerechtigkeit

Bernd W. Klöckner:

"Die gierige Generation" -Wie die Alten auf Kosten der Jungen abkassieren

Rezensent: Sebastian Karg

Das Märchen von der sicheren Rente nimmt Bernd W. Klöckner in GENERATION seinem Buch zum Anlass, einen Rundumschlag gegen die "gierige Generation" zu führen. Mit Fakten und Beispie-



len aus dem Bereich der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung sowie der Politikerversorgung beschreibt er sehr polemisch ein angebliches "mieses Komplott" von Rentnern, Beamten, Spätaussiedlern und vor allem von Politikern, um die Zukunft der Jungen zu ruinieren. Diese Polemik steht in einer Reihe mit Ederer/Ederer: Das Erbe der Egoisten, den beiden Büchern von Heidi Schüller und der schon älteren Schrift von Gronemeyer: Die Entfernung vom Wolfsrudel. Der Eichborn Verlag, der Klöckners Buch herausbrachte, hatte schon das Buch des SRzG-Gründers Jörg Tremmel Der Generationsbetrug zu einer Polemik umgestalten wollen, was dieser seinerzeit aber abgelehnt hatte.

Fakt ist: Die Lage der gesetzlichen Rentenversicherung verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Dass dafür nicht nur die "Rentnerschwemme" und die hohen Rentenansprüche verantwortlich sind, sondern auch hohe Arbeitslosenzahlen, lange Ausbildungszeiten, der frühe Renteneintritt, Sonderregelungen für bestimmte Bevölkerungs-

Buchrezensionen

gruppen und der demographische Wandel, erwähnt Klöckner nur am Rande.

Klöckner bemängelt, dass die Zahlungsansprüche für den "unbezahlbaren Altenberg" mittlerweile so hoch seien, dass die Beiträge der Arbeitnehmer sofort in die Taschen der Rentner weitergeleitet werden müssen. Er tadelt, dass eine Rücklagenbildung nicht existiert, ohne zu erwähnen, dass dies im Umlageverfahren stets so war und gar nicht anders denkbar ist.

Um die gesetzliche Rentenversicherung zu finanzieren, müssten der jungen Generation immer höhere Beiträge auferlegt werden. Der Aufbau einer privaten Altersvorsorge, ohne die laut Klöckner in Zukunft "nichts mehr gehen wird", sei dadurch für die Jungen unmöglich. Jeder Junge müsse sich damit abfinden, weniger Rente herauszubekommen als er an Beiträgen eingezahlt hat. Wie sind solche Aussagen zu bewerten? Renditegleichheit zum Gerechtigkeitskriterium zu machen, hat die SRzG schon 1997 gefordert. Inzwischen ist dies unter allen Rentenexperten Konsens, wie kürzlich die Jahrestagung "Generationengerechtigkeit in der Rentenversicherung" der Rentenversicherungsträger zeigte. Klöckners Folgerung, die Perspektive der Jungen sei Altersarmut, folgt aber keineswegs unmittelbar daraus, da die Zahlbeträge zukünftiger Rentner immer noch höher liegen werden als die heutiger.

Nach diesen Ausführungen schweift Klöckner etwas von seinem eigentlichen Thema "Jung gegen Alt" ab. Er listet im Stile des Bundesrechnungshofes Beispiele auf, wie trotz der "schlechten Zukunftsaussichten für die Jungen" weiterhin Gelder an vielen Stellen großzügig "verschwendet" würden. Klöckner rechnet vor, dass zum Beispiel die gewählten Volksvertreter schon nach wenigen Amtsjahren einen Pensionsanspruch haben, von dem ein "normaler" Beitragszahler nur träumen kann. Zum Beispiel die ehemalige Familienministerin Claudia Nolte: Sie bekommt nach einer Amtszeit von 4 Jahren eine Pension von 3500 € (ab ihrem 55. Lebensjahr). Ein durchschnittsverdienender Beitragszahler erhalte laut Klöckner nach 45 Jahren gerade einmal eine Rentenzahlung von 1000 €. Fragwürdig und bedenklich ist jedoch die Art und Weise wie Klöckner den Protest einfordert: Emails an ehemalige Politiker werden wohl kaum den gewünschten Erfolg bringen.

"Warum wird aber von Seiten der Politik gegen die Generationenungerechtigkeit nichts unternommen?" Die Antwort ist für Klöckner einfach. Die "Alten" bildeten mittlerweile eine so große Wählermacht (die weiter wächst), auf die kein Politiker verzichten wolle und könne. Klöckner resü-

Buchrezensionen

miert, dass seine Forderungen nach Verzicht der Alten auf ihre Ansprüche bei den Politkern auf wenig Gehör treffen. Deshalb verlangt er von den Angehörigen der älteren Generation direkt, zu Gunsten der Jungen auf einen Teil ihres Rentenwohlstands zu verzichten. Nur so könne die zukünftige Altersarmut der heute Jungen verhindert werden. In diesem Zusammenhang zitiert Klöckner ausgiebig Gedanken, die die SRzG auf Ihrer Homepage und in ihrem Buch "Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt" veröffentlicht hat (siehe dazu S.65f, S.181ff). Er übernimmt einige Thesen, beispielsweise die nach der Abschaffung für die Sonderrechte für Beamte, Politiker und Selbständige.

Seine Seriosität verliert er fast völlig, als er wie früher schon Heidi Schüller die Forderung nach einer Entziehung des vollen Stimmrechtes für die Alten erhebt. Dies wird von der SRzG mit guten Gründen abgelehnt; stattdessen wird eine Absenkung des Wahlalters gefordert (vgl. auch die Rezension von Weimann in diesem Heft), um ein Gleichgewicht der Generationen an der Wahlurne herzustellen.

Zu guter Letzt findet sich in Klöckners Buch ein fragwürdiger, vielleicht sogar alberner Aufruf zum Boykott des Generationenvertrages in heutiger Form bis hin zu einer Verfassungsbeschwerde wegen Enteignung. Begründung: "Die Jungen sind in der Verantwortung". Auf Fragen nach differenzierten Lösungen des Problems bleibt Klöckner, bis auf die Forderung nach mehr privater Vorsorge, alle Antworten schuldig.

Bernd W. Klöckner: "Die gierige Generation - Wie die Alten auf Kosten der Jungen abkassieren", Frankfurt (M.), 2003, ISBN 3-8218-5560-6

Zitierte Literatur:

- ·Ederer, Günter / Ederer, Peer (1995): Das Erbe der Egoisten. Wie unsere Generation die Zukunft Deutschlands verspielt. München
- · Gronemeyer, Reimer (1989): Die Entfernung vom Wolfsrudel. Düsseldorf
- ·Schüller, Heidi (1997): Wir Zukunftsdiebe. Wie wir die Chancen unserer Kinder verspielen. Berlin · Schüller, Heidi (1995): Die Alterslüge. Für einen neuen Generationenvertrag. Berlin und
- · Tremmel, Jörg (1996): Der Generationsbetrug. Frankfurt am Main

Ideale sind wie Sterne.

Man kann sie nicht erreichen, aber man kann sich an Ihnen orientieren.

Carl Schurz

Stalder, Inge:

Staatsverschuldung in der Demokratie - Eine polit-ökonomische Analyse

Rezensent: Florian Böttcher

Jeder, der sich mit dem Thema "Öffentliche Verschuldung" beschäftigt, wird sich früher oder später die Frage stellen, wie es überhaupt zu dieser Situation ausufernder Verschuldung kommen



konnte. Provokant gefragt: Wer trägt Schuld an der gegenwärtigen Misere unseres Haushaltes?

Sind es (mal wieder) die Politiker, die Bürokraten, Gewerkschafter und andere Lobbyisten? Oder sind wir Wähler selbst Schuld, ganz nach dem Motto: Jeder bekommt die Politik, die er verdient hat? Im Kern ist es genau diese Frage nach den Ursachen der Verschuldung, mit der sich Inge Stalder in ihrer Dissertation mit dem Titel "Staatsverschuldung in der Demokratie eine polit-ökonomische Analyse" beschäftigt.

Dabei gelingt der Autorin das bemerkenswerte Kunststück, einen Großteil der komplexen Materie in einer ebenso stringenten wie zielführenden Untersuchung zu analysieren und zusammenzufassen.

Nach einer relativ kurzen Beschreibung von Verschuldung und politischem System aus ökonomischer Perspektive, deutet Frau Stalder bereits im dritten Kapitel den Kern der Problematik an: Staatliche Leistungen haben Kollektivgutcharakter.

Während am Markt die Entscheidung über den Kauf, die Nutzung und die Finanzierung eines Produkts von einer Person getroffen werden muss, ist dieser *personale Verbund* bei öffentlichen Gütern meist aufgelöst.

Darüber hinaus existiert bei Kreditfinanzierung staatlicher Leistungen auch kein *temporaler Verbund*, Kosten und Nutzen fallen hier also nicht einmal zeitgleich an.

Die Folgen dieses fehlenden Verbunds sind gravierend: der normale, nichtorganisierte Wähler ist kaum in der Lage, den tatsächlich durch eine Maßnahme entstandenen Nutzen und die anfallenden Kosten zu ergründen.

Interessengruppen hingegen können nun auf besondere staatliche Zuwendungen drängen, während die dazugehörigen Kosten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

Die Möglichkeit, Kosten und Nutzen staatlicher Leistungen zu verschleiern, ist jedoch nur die notwendige, nicht aber eine hinrei-

Buchrezensionen

chende Bedingung für ausufernde Verschuldung.

Die Ursachen sind im politischen Prozess demokratischer Staaten zu suchen.

Das Verhalten von Wählern, Interessengruppen sowie Politikern und staatlicher Verwaltung wird daher im zweiten Teil des Buches ausführlich mit Hilfe von Theorien der neuen politischen Ökonomie analysiert, wobei bereits hier deutlich wird, dass die fortdauernde Verschuldung das Ergebnis des Verhaltens aller genannten Akteursgruppen ist, und dass gerade das System der repräsentativen Demokratie systematische Anreize für Verschuldung bereithält: Analog zu den Begriffen Markt- und Staatsversagen spricht Inge Stalder hier von "Demokratieversagen" hinsichtlich der Staatsverschuldung. Um die erarbeiteten Ursachen an der Wirklichkeit zu testen, stellt die Autorin eine Reihe von Hypothesen auf, die im dritten Teil der Dissertation mit ökonometrischen Methoden untersucht werden. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass in dieser Analyse erstmals nachgewiesen werden kann, dass die Schwankungen der staatlichen Kreditzunahme tatsächlich eng mit den Wahlzyklen zusammenhängen, d.h. dass die Staatsverschuldung auch als Mittel des Wahlkampfes eingesetzt wird und damit eine Art politischer Schuldenzyklus existiert. Sowohl die Analyse, als auch die Überprüfung der Verschuldungsgründe zeigen eindeutig, dass gesunder Menschenverstand und guter Wille allein das Problem der öffentlichen Schuld nicht lösen. Angesichts der hohen Defizite, des festgestellten Demokratieversagens und fehlender institutioneller Mechanismen zur Begrenzung der Verschuldung, besteht erheblicher Handlungsbedarf für die Politik.

Sehr interessant sind meines Erachtens die Lösungsansätze, welche die Autorin bereithält. Neben den üblichen verfassungsrechtlichen Änderungen geht sie auch auf die politische Durchsetzbarkeit der Regeln ein, die sie insbesondere bei den konstitutionellen Umgestaltungen sehr pessimistisch einschätzt. Aus diesem Grund wird für eine ergebnisbezogene Begrenzungsregel, den so genannten "debt capt", plädiert.

Demzufolge ist die erlaubte Schuldenstandsveränderung an die Entwicklung ähnlich entwickelter Länder, beispielsweise der EU oder G8, gebunden.

Fazit: Ein sehr lesenswertes und äußerst gut strukturiertes Buch, das jeder Finanzwissenschaftler besitzen oder wenigstens gelesen haben sollte, auch wenn der Schreibstil an manchen Stellen etwas umständlich ist und, vor allem im zweiten Teil, einige Sachverhalte mehrfach wiederholt werden.

Buchrezensionen

Inge Stalder: Staatsverschuldung in der Demokratie: eine polit-ökonomische Analyse. Frankfurt am Main 1997 (Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften), 476 Seiten, $69 \in$, ISBN 3-631-31629-1

Meyer, Dieter:

Die Schuldenfalle -Staatsverschuldung von 1965 - 2025

Rezensent:

Florian Böttcher

Deutschland im Jahre 2025: Der Staat steht kurz vor dem Bankrott. Die Verschuldung ist auf mehr als 7 Billionen Euro angewachsen und sie wächst allein in diesem Jahr um 477 Milliarden Euro.



Deutschland befindet sich tief in der Schuldenfalle. Der Zusammenbruch des finanzwirtschaftlichen Sektors, und in seiner Folge der Kollaps der gesamten deutschen Wirtschaft ist nur noch eine Frage von wenigen Jahren. Vergessen sind theoretische Kontroversen über die Wirkung von staatlicher Verschuldung - zu allgegenwärtig sind dafür die ungerechten und katastrophalen Folgen des früheren "Wohlstands auf Pump". Vergessen sind auch die Streitereien über den Europäischen Stabilitätspakt - dem gehört Deutschland (ebenso wie dem Euro) schon längst nicht mehr an, seitdem die Bundesrepublik nicht mehr in der Lage ist die Defizitgrenze von 3 % einzuhalten. Dieses beträgt allein im Jahr 2025 beinabe 10 % des BIP.

Dieses Schreckensszenario ist nur eines von mehreren, mit denen Dieter Meyer den möglichen Zustand der deutschen Staatsfinanzen im Jahr 2025 prognostiziert.

Doch so beängstigend und unwirklich diese Situationsbeschreibung auch klingen mag, vollkommen aus der Luft gegriffen ist sie nicht.

Das Szenario ist mit den Worten "Neuverschuldung in Höhe der Zinsausgaben" überschrieben. Tatsächlich lag die Neuverschuldung im Jahr 2003 mit 38,6 Milliarden Euro sogar etwas über der Höhe der Zinsausgaben (37,9 Milliarden Euro)!

Das größte Verdienst von Meyer liegt darin, dass er die abstrakte Thematik der öffentlichen Verschuldung recht anschaulich und interessant illustriert. Er verzichtet dabei fast völlig auf komplizierte finanzwissenschaftliche Begriffe oder mathematische Modelle; auch die Debatte über positive oder negative Wirkungen von Verschuldung wird allenfalls angerissen. So ist "Die Schuldenfalle" ein leicht verständliches Buch, das durchaus dazu geeignet ist, eine breitere Leserschaft an die Materie der Staatsver-

(weiter auf Seite 29)

("Die Schuldenfalle..." Fortsetzung von Seite 28) schuldung heranzuführen und Bewusstsein für die bestehenden Probleme zu schaffen.

Vielmehr kann das Buch jedoch nicht leisten. Zu oberflächlich ist oftmals die Beschreibung, zu eng eingegrenzt die betrachtete Thematik. Die Ursachen der Verschuldung werden im Endeffekt nur auf fehlendes Wirtschaftswachstum und den Zinseszinseffekt reduziert.

Etwaige politökonomische bzw. institutionen-ökonomische Ursachen blendet Dieter Meyer vollständig aus. Darüber hinaus wirkt der Aufbau des Buches nicht immer stringent, zu wahllos sind die Kapitel teilweise aneinandergereiht. Auf die Beschreibung der "Ursachen für Staatsverschuldung' folgt beispielsweise eine viel zu knappe Diskussion von ,Pro und Kontra', nach welcher Meyer wiederum die ,Verschuldungskrise als Generationenproblem' auf zwei (!) Seiten abhandelt. Ein weiteres Beispiel für die - nicht immer überzeugende - Konzeption des Buches ist Meyers' Entwurf für eine Grundgesetzänderung zur Begrenzung der Verschuldung. Ohne weitere Einordnung ist dieser Vorschlag, hinter Quellenangaben und Feedback, an den eigentlichen Text angehängt. So wird leider nicht wirklich deutlich, dass gerade eine solche Verfassungsänderung die Lösung der Schuldenproblematik darstellt.

Der rote Faden verliert sich so oftmals zwischen den Kapiteln.

Trotz dieser Kritik ist mein Gesamteindruck positiv. "Die Schuldenfalle" ist ein lesenswertes und kurzweiliges Buch. Sein Verdienst liegt vor allem darin, auch dem Laien deutlich zu machen, wie schnell ein Land in den Teufelskreis der Verschuldung geraten - und wie leicht es diesem auch wieder entkommen kann. In dem Szenario "Schrittweise Rückführung der Neuverschuldung auf Null" sieht die Zukunft Deutschlands mit einem mal rosig aus: die Schuldenstandsquote beträgt im Jahr 2025 noch 26,9 % des BIP und nur 8 % der Steuereinnahmen müssen für Zinsen ausgegeben werden - Tendenz fallend. Die Lösung der deutschen Haushaltsprobleme könnte so einfach sein, würden wir nicht weiter mit Vollgas in die Schuldenfalle rasen.

Dieter Meyer: Die Schuldenfalle - Staatsverschuldung von 1965 bis 2025. Hannover 2003 (Pinkvoss-Verlag), 146 Seiten, 18,50 €, ISBN 3-932086-03-1

Vieles hätte ich verstanden, wenn man es mir nicht erklärt hätte.

Stanislaw Jerzy Lec

Buchrezensionen

Mike Weimann:

Wahlrecht für Kinder. Eine Streitschrift

Rezensent: Katja Heller

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den sie betreffenden Entscheidungen steht nicht erst seit Neuestem zur Diskussion. Kinderparlamente, Kinderbüros, Kindersprechstunden sollen



den Jüngsten die Partizipation ermöglichen. Doch gar zu häufig bleibt diese folgenlos und dient mehr der Imagepflege als einer tatsächlichen Ausrichtung an den Wünschen und Bedürfnissen von Kindern.

Ein neues Wahlrecht soll der Partizipation den Weg aus der Alibiposition ermöglichen. Entgegen dem vieldiskutierten Stellvertreterwahlrecht plädiert der Autor Mike Weimann unkonventionell für das Wahlrecht für Kinder, von dem sich laut Autor nicht nur eine Verbesserung der aktuellen Lebensverhältnisse von Kindern, sondern auch eine gerechtere Familien- und Zukunftspolitik erhoffen lässt.

Überdeutlicht skizziert er das traditionelle Verständnis von Kindern als Objekte des Schutzes und des Handelns Erwachsener als unzureichend und unangemessen und argumentiert im Sinne eines neuen Partnerschaftsverständnisses, in dem Kinder als Subjekt und ernstzunehmendes Gegenüber Anerkennung finden.

In seiner Streitschrift setzt sich der Autor detailliert mit den theoretischen und praktischen Implikationen eines Wahlrechtes für Kinder auseinander. Schritt für Schritt werden im ersten Teil des Buches Argumente, die gegen eine Streichung der Altersgrenze bei Wahlen sprechen, benannt und auf ihre Substanz(-losigkeit) überprüft. Hierzu werden neben dem Grundgesetz, dem Bundeswahlgesetz auch demokratietheoretische Aspekte herangezogen. Mit viel Mühe und Akribie deckt Weimann die Schwammigkeit und Unüberprüfbarkeit des Begriffes "politische Urteilsfähigkeit" auf und prangert die Selbstüberschätzung des erwachsenen Intellekts an.

Weimann wendet sich gegen die "unlogische, halbherzige Absenkung des Wahlalters" und verwirft ebenso die häufig als Lösung fokussierten Stellvertretermodelle als eine Weiterführung der Ungleichbehandlung.

In einem zweiten Teil befasst sich der Autor mit der praktischen Umsetzung des Kinderwahlrechtes. Dazu werden mittels qualitativer und quantitativer Überlegungen mögliche Auswirkungen, Chancen als auch

Buchrezensionen

Risiken auf die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereiche untersucht.

Im Ergebnis stellt Weimann deutlich heraus, dass ein Kinderwahlrecht sowohl im Einklang mit den Menschenrechten, dem Grundgesetz und den demokratischen Prinzipien unseres Landes ist und verfassungskonform umgesetzt werden kann und entgegen vieler Befürchtungen keine Gefahr für die Stabilität der Demokratie in sich birgt.

Das Buch bietet neben einem verständlichen Überblick über die aktuelle Debatte auch die sorgfältige Zusammenstellung aller relevanten Fakten und die kritische Diskussion möglicher Gegenargumente, die in einer zwingend logischen Argumentation widerlegt werden. Gut strukturiert und schlüssig argumentiert finden bereits Entschiedene Argumentationshilfen, Zweifler können Einwände überprüfen.

"Wahlrecht für Kinder" mit seinem Plädoyer für die veränderte Wahrnehmung der jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft und der Gesellschaft selbst macht eines deutlich: Die Idee eines Kinderwahlrechts ist keine wolkige Vorstellung, sondern ein ernstzunehmender, praktikabler Weg zu mehr Gerechtigkeit.

Mike Weimann: Wahlrecht für Kinder - Eine Streitschrift, Beltz-Verlag 2002, 164 Seiten, ISBN 3-407-56205-5

weitere Bücher:

Geiss, Jan / Wortmann, David / Zuber, Fabian Marc (Hrsg.):

Nachhaltige Entwicklung - Strategie für das 21. Jahrhundert? Eine interdisziplinäre Annäherung

(vorgestellt von den Autoren)

"Der Beginn des 21. Jahrhunderts ist von zwei zentralen Entwicklungen geprägt, die die Weltgesellschaft vor eine in der Evolutionsgeschichte des Menschen bisher beispiellose Herausforde-



rung stellen. Zum einen vollzieht sich gegenwärtig ein umfassender Strukturwandel - bekannt unter dem Schlagwort Globalisierung - der die globale Dimension zunehmend zum Grundmuster des gesellschaftlichen Zusammenlebens werden lässt. Auf der anderen Seite hat die Menschheit durch den massiven wissenschaftlichtechnischen Fortschritt die Fähigkeit erworben, so gravierend in Natur-

(weiter auf Seite 30)

("Nachhaltige..." Fortsetzung von Seite 29)

kreisläufe einzugreifen, dass sich dies auf die Zukunftsgestaltung der Erde mit unveränderbaren Konsequenzen auswirken kann. Hieraus ergibt sich die Forderung nach einer Nachhaltigen Entwicklung."

Ausgehend von dieser Grundannahme über die Erfordernisse der heutigen Zeit, setzen sich Wissenschaftler aus dem Blickwinkel ihrer jeweiligen Disziplin mit dem Entwicklungsbegriff Nachhaltigkeit auseinander. Aus den Beiträgen wird zum einen deutlich, dass neue und zukunftsorientierte Denk- und Handlungsweisen dringend notwendig sind, zum anderen aber auch, dass ein gesellschaftlicher Konsens über den richtigen Weg dorthin nur über einen fächerübergreifenden Dialog und die Überwindung von veralteten Paradigmen erreicht werden kann.

Die Publikation aus der Reihe Buchforum für Zukunftsfragen geht auf eine Ringvorlesung mit dem gleichnamigen Titel zurück, die im Sommer 2002 vom SD-Forum e.V. (Forum für Nachhaltige Entwicklung) an der Universität Passau initiiert und organisiert wurde. Neben einem Geleitwort vom Präsidenten des Wuppertalinstituts, Peter Hennicke, und einführenden Beiträgen zu den allgemeinen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sowie zum vernetzten Denken, erlauben im Hauptteil politikwissenschaftliche, naturwissenschaftliche, geographische, wirtschaftswissenschaftliche, rechtswissenschaftliche und philosophische Betrachtungen würdigende, aber auch kritische Einblicke in die angewandte Nachhaltigkeitsforschung.

Nach Ansicht der Herausgeber versteht sich die Publikation "als eines der Mosaiksteine auf der Suche nach dem richtigen Weg in die Zukunft. [...] Dabei ist dieser Band als multidisziplinärer akademischer Einkaufskorb zu verstehen, der von den Herausgebern mit wissenschaftlichen Beiträgen zum Thema Nachhaltigkeit gefüllt ist. Ein Rezept zur Konzipierung von Nachhaltigkeit liegt nicht bei. Der Leser ist aufgefordert, die vorliegenden Zutaten, die in ihrer Zusammensetzung oft nicht für das gleiche Gericht geeignet sind, in richtiger Abmessung einander zuzuführen, um diese Melange als eigene Vorstellungen in den gesellschaftlichen Suchprozess wieder einzuspeisen."

Geiss, Jan/Wortmann, David/Zuber, Fabian Marc (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung - Strategie für das 21. Jahrhundert? Eine interdisziplinäre Annäherung, Opladen 2003, 209 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 3-8100-3947-0

Buchrezensionen

Gerald Acker-Widmaier:

Intertemporale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften Zur normatives Begründung eines Leitbildes

Klappentext: In der ökonomischen Theorie wird übereinstimmend eine nachhaltige Wirtschaftsweise als notwendige Bedingung intertemporaler Verteilungsgerechtigkeit verstanden, d.h. alle Konzepte setzen notwendig ein bestimmtes Verständnis intertemporaler Gerechtigkeit voraus. Die fehlende Untersuchung dieses Gebietes ist ein grundlegendes Defizit in der Debatte um eine nachhaltige Entwicklung.

Acker-Widmaier leitet allgemeingültige Merkmale für Überlegungen zu intertemporaler Gerechtigkeit ab, die u.a. zeigen, dass unter Rechtfertigungsgesichtspunkten eine Trennung von intra- und intertemporaler Gerechtigkeit nicht sinnvoll möglich ist.

Die Gerechtigkeitsvorstellungen zweier prominenter Ansätze werden einer umfassenden Analyse und Kritik unterzogen. Für das als neoklassisch zu bezeichnende Nondeclining-Welfare-Kriterium wird untersucht, inwieweit es (wie oft behauptet) auf John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit zurückgeführt werden kann. Zugleich werden mögliche Alternativen untersucht und eine Kritik des ökonomischen Nutzenbegriffs im moralischen Kontext vorgenommen. Für die Ökologische Ökonomik wird ein mögliches Verständnis intertemporaler Gerechtigkeit rekonstruiert, das diesem Ansatz zugrunde liegen kann. Dabei wird auf die Theorien von John Rawls und Martin Seel Bezug genommen. Vor diesem Hintergrund werden die Ressourcennutzungsregeln und das Zielbündel ESH von Ulrich Hampicke untersucht.

Gerald Acker-Widmaier, Intertemporale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften - Zur normatives Begründung eines Leitbildes Metropolis, 1999 Reihe Hochschulschriften, Band 58, ISBN 3-89518-263-X

Christian Leipert (Hrsg.):

Demografie und Wohlstand" - Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft

Klappentext: Im Auftrag des Deutschen Arbeitskreises für Familienhilfe wurde dieser Sammelband mit dem Thema "Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Prosperität" herausgegeben.

Buchrezensionen

Gegenstand des Buches ist der Bedeutungsgewinn der Familienpolitik angesichts der demographischen Herausforderung der Zukunft in Europa. Die zukünftigen Belastungen der Gesellschaft - insbesondere im System der Sozialversicherungen - durch das anhaltend niedrige Geburtenniveau begründen eine Renaissance der Familienpolitik in Europa.

Ein Schwerpunkt des Buches liegt auf der Herausarbeitung der Leistungen, die Familien beim Aufziehen der Kinder erbringen und auf die die Gesellschaft auch und gerade in Zukunft dringlich angewiesen bleibt. Diese familiären Leistungen bilden die wichtigste Quelle des Humanvermögens einer Gesellschaft, das wiederum heute der wichtigste Bestimmungsfaktor des langfristigen Wirtschaftswachstums und der Produktivitätsentwicklung eines Landes ist.

Christian Leipert (Hrsg.) "Demografie und Wohlstand" - Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft, Opladen 2003 Leske und Budrich Verlag, ISBN 3-8100-3738-9

Peter Schimany:

Die Alterung der Gesellschaft" - Ursachen und Folgen des demografischen Umbruchs

Klappentext: Unsere Gesellschaft altert zunehmend - die Lebenserwartung steigt, die Geburtenrate sinkt. Ein paar interessante Fakten: Um das Altern der deutschen Bevölkerung zu stoppen, bedürfte es der Zuwanderung von jährlich dreieinhalb Millionen Migranten und eines Anstiegs auf dreihundert Millionen Einwohner. Das erfährt man aus dieser Studie des Passauer Soziologen Peter Schimany - und noch viel mehr. Der Autor gibt einen umfassenden Überblick über Ursachen und Folgen dieses Prozesses und führt dabei in demographische Fragen und Methoden ein. Wie weitreichend die Folgen des Alterungsprozesses sind, zeigt sich insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt und Beschäftigung sowie im System der sozialen Sicherung. Schimany plädiert für eine Soziologie des Alterns, die auch dem soziokulturellen Wandel einer alternden Gesellschaft Rechnung trägt.

Peter Schimany: "Die Alterung der Gesellschaft" - Ursachen und Folgen des demografischen Umbruchs, Frankfurt am Main 2003, Campus Verlag, ISBN 3-5933-7246-0

Thomas Druyen:

Olymp des Lebens - Das neue Bild des Alters

Klappentext: Zwei Fragen erhalten zunehmend mehr Bedeutung als Jahrhundertfluten und Hitzewellen: Was ist unser ungeschriebener Generationenvertrag noch wert? Bewegt sich Deutschland gemeinsam mit vielen anderen Ländern auf eine demographische Katastrophe zu? Die derzeitigen Antworten sind kurzsichtig und respektlos; anstatt über Würde und Gewinn nachzudenken, diskutieren wir ausnahmslos über Kosten und Verluste. Hinter dieser verworrenen Debatte steckt ein tiefes Unverständnis für die tatsächlichen Strukturveränderungen unserer gegenwärtigen Gesellschaft und eine epochale Fehlbewertung von Alter und Altern.

Nach Thomas Druven haben wir in den letzten Jahrzehnten eine in der Menschheitsgeschichte einmalige Lebensverlängerung erlebt, die das Alter zum längsten Lebensabschnitt werden ließ. Diese Entwicklung wurde zwar zur Kenntnis genommen, aber in ihrer Folgewirkung halbherzig und falsch eingeschätzt. Trotz eindeutiger demographischer Vorhersagen haben wir es nicht verstanden, das Geschenk der gewonnenen Jahre sinnvoll anzunehmen, im Gegenteil, wir haben es ignoriert und auf dem Altar des Jugendwahns geopfert. Somit haben wir uns und alle Generationen um eine wertvolle Lebenszeit und eine sinnvolle Orientierung betrogen. Wir sind nicht zukunftsfähig, wenn wir die veränderte Bedingung des Alters nicht erkennen.

Der Autor reist mit dem Leser durch die paradoxe Welt zwischen vielschichtiger Altersrealität und unzähligen verzerrten Altersbildern. Er blickt hinter die Kulissen klassischer und fortgeschrittener Altersansichten und rückt das ungeübte Dritte Lebensalter, jenen neuzeitlichen, spektakulären Lebensgewinn zwischen dem 55. und 75. Lebensjahr, ins Zentrum einer neuen Altersphilosophie. Er räumt auf mit Vorurteilen in Geschichte, Wissenschaft und Alltag und führt uns zu der Erkenntnis, in der Charakter, Kompetenz und Weisheit sichtbar werden. Der Leser spürt, dass er eigentlich selbst in dieser Thematik verwurzelt ist und die Lektüre ihm eine neue Kultur des Alters vermittelt.

Das gedanklich brillante Buch von Thomas Druyen lebt vom Mut und Charisma des Verfassers, der uns ein neues Altersbewusstsein verkündet, das allen jetzigen und zukünftigen Generationen zu Gute kommen soll. Er entreißt das Alter seiner unangemessenen Tabuisierung und macht ein-

Buchrezensionen

dringlich klar, dass wir es mit einem einzigartigen, universalen Phänomen zu tun haben, das in jeder Kultur, jeder Religion, jeder Familie und für jedes Individuum Bedeutung hat. Wer das Alter anzunehmen versteht, ist dem Sinn des Lebens einen gewaltigen Schritt näher gekommen. "Olymp des Lebens" beschreibt eine Perspektive, die nicht vom Berg der Götter handelt, sondern einen persönlichen Standpunkt meint, von dem aus wir unsere innere und äußere Ordnung übersehen können.

Thomas Druyen: "Olymp des Lebens - Das neue Bild des Alters", München/Unterschließheim, 2003, ISBN: 3-472-05671-1

Ursula Lehr: Psychologie des Alterns

Klappentext: Dieses Taschenbuch, das jetzt in der 10., korrigierten und aktualisierten Auflage vorliegt, ist mit 40.000 verkauften Exemplaren längst ein Standardwerk der Gerontologie.

Ursela Lehr, die viele Jahre lang Inhaberin des Lehrstuhls für Gerontologie an der Universität Heidelberg war, stellt nach einem historischen Überblick über die Erforschung der Alternsprozesse die relevanten Theorien und Entwicklungen der psychologischen Alternsforschung unter Berükksichtigung der biologischen, medizinischen, sozialen, psychischen und politischen Bedingungen des Alterns vor. Damit erhalten die Leser einen umfassenden Überblick über die "Psychologie des Alterns", wie er heute kaum noch von einem anderen Titel geleistet werden kann.

Das Buch richtet sich vorwiegend an Psychologen und Gerontologen, ist aber auch für diejenigen Leser interessant, die sich eingehender mit dem Phänomenen des "Alterns" beschäftigen möchten.

Ursela Lehr: "Psychologie des Alterns", 10., korrigierte Auflage, Wiebelsheim, 2003, ISBN 3-494-01337-3

Auf diese reiche Zeit, in ihrer dunklen Stunde,

Fällt Meteoren gleich aus Himmels

Ein Schwarm von Fakten... Sie liegen unbefragt und unverknüpft.

Genügend Weisheit, das Unheil uns zu nehmen,

Wird täglich neu gesponnen, doch fehlt der Webstuhl,

Es zum Kleid zu fügen.

Edna St. Vincent Millay

ökom Verlag -Wir publizieren Zukunft



Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie

Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure

Die Begriffe »Nachhaltigkeit« bzw. »nachhaltige Entwicklung« machten in Rekordzeit weltweit Karriere: Die großen Weltkonferenzen der letzten Dekade beschworen sie; Koalitionsvereinbarungen in Bund und Ländern erklärten sie zum Leitbild der deutschen Regierungspolitik; in Presse und Internet sind sie ständig präsent.

Für seine nun in überarbeiteter Form erscheinende Diplomarbeit »Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie« erhielt Jörg Tremmel den Procter & Gamble-Förderpreis auf dem Gebiet der Umweltwissenschaften.

»Ich kenne kein anderes Buch über Nachhaltigkeit im deutschen Sprachraum, das so akribisch und umfassend den Diskurs über Nachhaltigkeit nachzeichnet und die vielfältigen Positionen aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft beschreibt.« Ortwin Renn, Leiter der Akademie für Technikabschätzung Baden-Württemberg

Autor: Jörg Tremmel oekom Verlag, München 2003 190 Seiten; ISBN 3-936581-14-2 20,00 Euro (zzgl. Versandkosten)

www.oekom.de

Erhältlich bei pan adress Semmelweisstraße 8, D-82152 Planegg Fon ++49/(0)89/85709-155 Fax ++49/(0)89/85709-131 E-Mail kontakt@oekom.de

Berichte Berichte Berichte Berichte

Berichte 3. Aachener Forum, 32 20.11.2003 in Aachen Rheingauer Impulse, 32 31.10.2003 auf Schloss Johannisberg Dialog der Generationen, 33 14./15.11.2003 in Wipperfürth Generationengerechtes 33 Deutschland entwickeln, 24.10, - 25.10.2003 in Friedewald

3. Aachener Forum, 20.11.2003

Das Aachener Forum trägt den aussagekräftigen Untertitel "our sustainable future". Dies war natürlich der Titel des berühmten Brundtland-Reports, aber auch der Titel des Europäischen Jugendkongresses 2000, des bisher größten Projektes der Bewegung für Generationengerechtigkeit. Allein dies wäre Grund genug gewesen, an dieser hochkarätigen Veranstaltung der Aachener Stiftung Kathy Beys teilzunehmen. Die dreistündige Abendveranstaltung ist inzwischen in Aachen eine Institution; die Aula Carolina war dementsprechend mit 400 Gästen gut gefüllt. Im ersten Vortrag erläuterte Club of Rome-Mitglied Wouter van Dieren anschaulich am Beispiel des Turmbaus zu Babel, warum das BSP kein geeigneter Maßstab zur Messung des menschlichen Wohls ist. Dieses anmaßende Symbol menschlicher Macht sollte nach biblischer Erzählung die Menschen auf eine Stufe mit Gott stellen. Für jede Etage der in den Himmel wachsenden Stadt mussten Rohstoffe, Lebensmittel und Wasser nach oben transportiert werden - und die Abfallstoffe wieder nach unten. Immer mal stürzte auch ein kleiner Bruchteil wieder ein und musste erneuert werden. Man könnte sich vorstellen, so van Dieren, dass ein biblisches Statistik-Amt all diese Stoffströme am Aufgang zum Turm zählte. Irgendwann, bei der 25. Etage, lebten schon so viele Bauarbeiter in dem Turm, dass die herangebrachten Materialien nicht mehr ausreichten, weiter in die Höhe zu bauen, sondern nur noch die Schäden auszubessern und das Erreichte notdürftig zu verteidigen. Obwohl es gar keinen Fortschritt mehr gab, zählte das Statistikamt trotzdem unverdrossen die Erhöhung des Inputs, der durch den Eingang



Die Referenten des Aachener Forums: Franz-Josef Radermacher, Bernd Meyer, Wouter van Dieren und Jörg Tremmel

in die Stadt gebracht wurde - und lieferte damit eklatant irreführende Informationen.

Tatsächlich wächst auch das BSP in ähnlicher Weise, wenn wir Unfall- oder Umweltschäden beseitigen.

Im zweiten Vortrag stellte Prof. Bernd Meyer aus Osnabrück die Ergebnisse einer Studie zu den Auswirkungen von mehr Ressourcenproduktivität auf die Gesamtwirtschaft dar. Diese führt zwar zu Einbussen bei den Lieferanten von Energie und Ressourcen, beim Rest der Wirtschaft aber zu höheren Gewinnen bei den Unternehmen und niedrigeren Preisen. Daraus ergeben sich in dem Modell zahlreiche Folgeeffekte wie z.B. ein vergrößertes Steueraufkommen des Staates und - falls die Produktivitätsgewinne im Unternehmen verbleiben - eine Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Die Aussagekraft jedes Modells ist aber natürlich insofern begrenzt, als dass die Wirklichkeit in ihrer Komplexität niemals vollständig erfasst werden kann.

Die letzten beiden Vorträge hielten Prof. Radermacher (dessen Thesen bereits in Ausgabe 1/2003 ausführlich diskutiert wurden) und der SRzG-Vorsitzende Jörg Tremmel. Das familiäre Ambiente, dass die Aachener Stiftung Kathy Beys auch durch einen Aperitif vorher (der die Diskussionslust sichtbar beflügelte) und das Abendessen nachher herstellte, werden noch lange in guter Erinnerung bleiben. Sehr schön und interessant war es auch, die Mitglieder des Old-Boys-Network Club of Rome zu später Stunde ausgelassen zu erleben. (jt)

Das Gegenteil einer richtigen Aussage ist eine unrichtige Aussage. Das Gegenteil einer tiefen Wahrheit ist eine andere tiefe Wahrheit.

Aage Niels Bohr

RHEINGAUER IMPULSE

31.10.2003 IN SCHLOSS JOHANNISBERG

Am 31. Oktober versammelten sich im Schloss Johannisberg auf persönliche Einladung des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch 60 Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien. Ziel der Rheingauer Impulse ist es, sich ganztägig über ein vernachlässigtes Thema auszutauschen -2003 lautete der Titel "Hilfe wir schrumpfen! Die Gesellschaft im demographischen Wandel". Stiftungssprecher Jörg Tremmel war eingeladen, die Tischrede zu halten. Über die nicht-öffentliche Veranstaltung gibt es auf Wunsch der Veranstalter keine öffentliche Berichterstattung, daher fällt auch dieser Bericht kurz aus, obwohl es für die SRzG eine der wichtigsten Veranstaltungen in 2003 war.

Die SRzG hatte auch dank der finanziellen Unterstützung der Staatskanzlei die Möglichkeit, sich am Rande der Veranstaltung durch eine Ausstellung zu präsentieren: Die dafür produzierten neun Stelltafeln (Vision, Selbstverständnis, Handlungsmaximen, Organisationsstruktur, Chronik, Projekt Generationengerechtigkeit und Unternehmen, Projekt Institutionelle Verankerung, zwei Stellwände zum Thema Demographischer Wandel) wurden von den Gästen der Rheingauer Impulse insgesamt sehr gut angenommen und gaben Anlass für das eine oder andere Gespräch. Außerdem produzierten Stephan Drescher und Romy Klinkel einen 15-minütigen Film, der die Geschichte und die gegenwärtigen und zukünftigen Projekte der SRzG darstellt. Weitere konkrete Pläne für Installationskunst zum Thema Generationengerechtigkeit wurden diesmal nicht verwirklicht, liegen aber nun in der Schublade. (jt)

¹Der Film kann gegen einen Unkostenbeitrag von 3 Euro unter info@srzg.de auf CD-Rom bestellt werden



Tobias Kemnitzer, Florian Boettcher und Lucia Hartmann warten auf den Ansturm der Referenten

Berichte Berichte Berichte Berichte Berichte

Dialog der Generationen

14./15.11.2003 in Wipperfürth

von Tomohiko Takizawa

Tiefe Müdigkeit herrschte in der Konferenzhalle nach dem anstrengenden Tag, als gegen 21 Uhr der herrliche Schrein uns allmählich durch die Schiebetür erschien. In diesem Moment entstanden in mir ein Stück Heimweh nach Japan und auch eine ganze Menge Stolz auf die asia-

Vom 14. bis 15. November habe ich mit Jörg Tremmel, Laura Memmert, Burkhard Otte und rund 35 weiteren jüngeren und älteren Teilnehmern an einer Tagung "Dialog der Generationen", die von der Aktion Gemeinsinn e.V. organisiert wurde, teilgenommen. Sie fand in einem japanischen Begegnungszentrum Daiseionji in Wipperfürth statt. Dieses Begegnungszentrum ist einerseits ein buddhistischer Tempel, jedoch geht die Absicht von Priesterin Kazumi Steffens weit über die Grenze der verschiedenen religiösen Richtungen hinaus. Sie erklärte uns, dass der Tempel zu einer Kommunikation aller Menschen dienen soll, unabhängig davon, ob man Buddhist oder Christ ist. Daiseion-ji ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Begegnungszentrum. Neben der modernen technischen Einrichtung des Hauses war der japanische Schrein in Daiseioh-ji wirklich sehr beeindruckend. Ich würde auch wagen zu behaupten, dass man in ganz Europa so einen schönen Schrein nicht zu sehen bekommt.



Japanischer Schrein in Wipperfürth

Das Thema der Tagung war der Dialog der Generationen, welcher angesichts des demographischen Wandels in der kommenden Zukunft immer wichtiger

Als Referenten waren Prof. Dr. Ursula Lehr, Jörg Tremmel, Prof. Dr. Ernst Kistler, Prof. Dr. Ralf Ulrich, Prof. Dr. Ulrich Blum und Konrad Haker anwesend.

Prof. Dr. Lehr hat in ihrem sehr informativen Vortrag über die demographische Entwicklung u.a. klar gestellt, dass viele öffentliche Einrichtungen insofern als mangelhaft bewertet werden müssen, da sie nicht den spezifischen Bedürfnis-

sen der älteren Menschen angepasst sind. Als Beispiel nannte sie, dass viele Bänke in den öffentlichen Plätzen zu niedrig sind. Als im nächsten Vortrag Jörg Tremmel darauf hingewiesen hat, dass die heutige junge Generation im Hinblick auf die in den letzten Jahrzehnten massiv abnehmenden natürlichen Ressourcen und ansteigenden Rentenbeiträge gar nicht so gut gestellt sind, wie so oft angenommen wird, schüttelten vor allem Teilnehmer aus der älteren Generationen den Kopf. Für sie ist es wahrscheinlich common sense, dass die jüngere Generation gegenüber den älteren in der heutigen Gesellschaft besser gestellt sind. Aber Jörg Tremmel hat mit Nachdruck betont, dass die neuen Herausforderungen, die aufgrund der demographischen Wandlung entstehen, nur durch die gute und vernünftige Zusammenarbeit der verschiedenen Generationen gelöst werden können. Im Rahmen dieses kurzen Berichtes kann leider auf die Inhalte der anderen interessanten Vorträgen nicht eingegangen werden.

Für mich war es sehr aufschlussreich zu betrachten, wie Menschen aus verschiedenen Generationen besonders in den nach den Vorträgen veranstalteten Workshops über verschiedene Themen auf der gleichen Ebene respektierend miteinander diskutiert haben, weil in meiner Heimat Japan der Dialog der Generationen nicht immer so leicht verwirklicht wird. Dies soll überhaupt nicht implizieren, dass alte Japaner und junge Japaner gar nicht kommunizieren. Was ich sagen möchte, ist, dass die Kommunikation zwischen den verschiedenen Generationen oft durch die konfuzianische Tradition erschwert wird, nach dessen Lehre die Kinder gegenüber ihren Eltern stets pietätvoll handeln sollen. Die Pietät der Kinder oder jüngeren Menschen gegenüber den Älteren bedeutet in der Praxis die unantastbare Autorität der Älteren. Konfuzianismus, genannt nach seinem Begründer Konfuzius, ist das in China entstandene praktische philosophische System, welches für Ostasien (China, Korea, Japan) die größte Bedeutung gewonnen hat. Konfuzianismus beinhaltet drei unumstößliche Regel der menschlichen Beziehungen, welche die Unterordnung des Sohnes unter den Vater, des Volkes unter den Herrscher und der Frau unter den Mann festlegt.

Da diese hierarchische Ordnung zwischen verschiedenen Generationen nicht rechtlich aber doch in der Praxis in Japan noch weiter Anerkennung findet, können junge Menschen gegenüber älteren Men-

schen oft nicht offen ihre Meinungen äußern. Wenig Diskussion ist außerordentlich kontraproduktiv, wenn es ein Problem gibt, das nur gemeinsam von den unterschiedlichen Generationen gelöst werden kann. Angesichts der Veränderung der Altersstruktur müssen Vertreter der verschiedenen Generationen in den vom demographischen Wandeln betroffenen Ländern gemeinsam nach einer Gesellschaftsordnung streben, die keine Generationen d.h. keine Individuen aufgrund des Alters benachteiligt.



Generationengerechtes Deutschland entwickeln - Der demographische Wandel und die Arbeitswelt

Tagung in der Evangelischen Sozialakademie Friedewald vom 24.10. - 25.10.2003

von Katja Heller

Etwa 25 Teilnehmer, darunter Studenten, Vertreter von Gewerkschaften und kirchlichen Diensten, Arbeitnehmer und RentnerInnen fanden sich zu gemeinsamen Diskussionen auf Schloss Friedewald ein. Das mittelalterlich anmutende Schloss bot mit den sehr gut ausgestatteten Tagungsräumen eine angenehme und anregende Atmosphäre.

Die Tagung, ausgerichtet von der Evangelischen Sozialakademie in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung, dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt und dem Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD, nahm die durch den demographischen Wandel hervorgerufe-

(weiter auf Seite 34)

Berichte Berichte Berichte Berichte

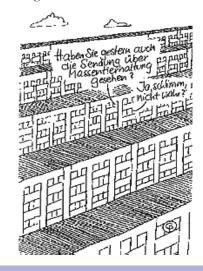
(Generationengerechtes ... Fortsetzung von Seite 33) nen tiefgreifenden Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme, der Arbeitswelt und das Verhältnis der Generationen zueinander in das Visier. Wie, so die zentrale Frage der Tagung, sieht eine Gesellschaft aus, in der Generationen nicht gegeneinander um ihre eigene Zukunft kämpfen, sondern in der der Generationenvertrag neu belebt und gestärkt wird? Vor allem die Themenfelder Bildung, Qualifizierung, lebenslanges Lernen und die wachsende Bedeutung von Einwanderung sollten diskutiert werden.

Von den geplanten 3 Arbeitsgruppen - Auszubildende/Studierende, Arbeitgeber/Arbeitnehmer, Rentner/Renterinnen - musste die erste aus Mangel an Anmeldungen leider abgesagt werden. Die Diskussionen der Arbeitsgruppen wurden begleitet von Experten - für die Arbeitsgruppe der ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen Prof. Dr. Gerhard Bäcker und für die Arbeitsgruppe der RentnerInnen Dr. Mechthild Veil vom Büro für Sozialpolitik in Europa - und durch Moderatoren geleitet.

Die Diskussion der Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Arbeitsgruppe wurde bestimmt durch die Auseinandersetzung mit heute propagierten Strategien zur Bewältigung des demographischen Wandels und der Klärung der vielen, häufig missverständlich gebrauchten Begriffe. Dabei stand die häufig plakativ und mit Schein-Argumenten ausgefochtene Debatte um Generationengerechtigkeit besonders in der Kritik der Teilnehmer. Diese, so die Überzeugung, verschleiere das wahre Problem, nämlich die Ungerechtigkeit innerhalb ein und derselben Generation – also die intragenerationelle Ungerechtigkeit.

Durch den Ausfall der Gruppe jüngerer Teilnehmer bekam ich als Mitglied der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen am Sonntag die Gelegenheit, die Position der Stiftung zum demographischen Wandel im Plenum vorzustellen. Die folgende Auseinandersetzung mit den vorgeschlagenen Lösungsstrategien, die nicht bei allen auf Gegenliebe stießen, war hitzig und leider nicht immer konstruktiv geführt. Hauptkritikpunkte betrafen die angeblich "neoliberalistische Ausrichtung der Stiftung", so Uwe Becker vom Sozialwerk des ev. Stadtkirchenverbandes Köln, geringe Chancen der Realisierung sowie die Systemimmanenz der Lösungsansätze.

Im Ergebnis wurde das hochgesteckte Ziel der Tagung trotz der sehr guten Vorbereitung der Organisatoren nicht erreicht: die Erarbeitung eines Konzepts für Deutschland im Jahr 2030. Zu sehr blieben die inhaltlichen Auseinandersetzungen bei dem Thema Rentenversicherung, zu wenig dagegen wurde tatsächlich beim Arbeitsmarkt und den zu erwartenden Veränderungen verweilt. Deutlich wurde jedoch, dass die Aktivierung des Arbeitsmarktes und die Verbesserung der Beschäftigungslage Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewältigung des demographischen Wandels mit all seinen Auswirkungen sind.



Ein Mensch ist manchmal wie verwandelt, sobald man menschlich ihn behandelt.

Arbeiten Sie mit in den SRzG/YOIS - Arbeitskreisen!

Wenn Sie inhaltlich arbeiten möchten, bieten sich die SRzG/YOIS-Arbeitskreise an:

ØGrundlagen der Generationengerechtigkeit ØÖkologie ØRentenversicherung ØStaatsfinanzen ØArbeitsgesellschaft ØBildung ØKinderrechte ØBevölkerungsentwicklung ØGlobalisierung/Global Governance ØBiotechnologie/Medizin/Gesundheit

Wir suchen für zahlreiche AKs noch Leiter, zumal jeder AK von zwei Personen geleitet werden soll. Die Aufgaben von AK- Leitern und die Anforderungen an Positionspapiere, die dort veröffentlicht werden, finden sich auf unserer Internetseite (www.srzg.de/Arbeitskreise) Bei Interesse sprechen Sie uns bitte an:

SRzG, Postfach 5115, 61422 Oberursel, Tel. 06171-982367, Fax: 06171-952566, E-mail: info@srzg.de

Warum es Spaß macht, sich in AKs zu engagieren:

- 1. Kuratoren und Beiräte der SRzG übernehmen Patenschaften für einzelne AKs.
- 2. Anfragen an die Vorstände für thematische Vorträge werden immer zunächst den jeweiligen AK-Leitern zugeleitet.
- 3. AK-Leiter werden häufig als Referenten zu Tagungen über ihr Thema eingeladen.
- 4. AK-Leiter bekommen uneingeschränktes Rede- und Antragsrecht auf den gemeinsamen YOIS/SRzG-Vorstandstreffen.
- 5. Positionspapiere (und Entwürfe dafür) werden versehen mit der urheberrechtlich wichtigen Formulierung: "erarbeitet unter der Leitung von AK-Leiter XY".

Wie können Sie in Arbeitskreisen mitarbeiten?

Die Arbeitskreise finden weitestgehend im Internet statt. Dabei werden Mailinglisten und Diskussionsforum komplementär genutzt. Der Meinungsbildungsprozess vollzieht sich größtenteils in den Yahoogroups; alle wichtigen Ergebnisse werden ins Forum übertragen, damit die Arbeit des AK für Außenstehende erkennbar wird.

Wir bitten alle Fördermitglieder der SRzG und Mitglieder von YOIS, sich im Diskussionsforum zu registrieren: http://www.srzg.de/ubb/forum24/html/000003.html. Auch sollten Sie an den Yahoogroups teilnehmen, für deren Themen Sie sich interessieren. Dazu senden Sie einfach eine leere Mail an die entsprechende E-mail Adresse, die Sie im Internet finden.

Interna SRzG	
Intragenerationelle Gerechtigkeit zuerst?	35
von Dr. Laura Memmert	
Fortsetzung: Auf nach Arnoldshain! Erstes Symposium zu Generationengerechtigkeit und Unternehmen am 1012.09.2004	37
Lehrveranstaltung von Jörg Tremmel	38
Pressespiegel des Handbuchs Generationengerechtigkeit mit Gutschein	39
Neue Mitarbeiter	40
Gründung von YOIS Hessen	41
SRzG-Mitgliederevents	41
CALL FOR PAPERS For: Handbook 'Generational Justice'	41

Intragenerationelle Gerechtigkeit zuerst?

von Dr. Laura Memmert

In der letzten Zeit wird innerhalb von YOIS eine Debatte geführt, die man vereinfacht mit "Intergenerationelle Gerechtigkeit zuerst!" versus "Intragenerationelle Gerechtigkeit zuerst!" zusammenfassen kann. Die Verfechter der zweiten Position sind der Ansicht, dass man zunächst mal die weltweiten Ungleichheiten beseitigen muss, bevor man sich so sekundären Fragen wir Generationengerechtigkeit zuwenden sollte ("non-topic"). Die personellen und finanziellen Ressourcen von YOIS sollen vorrangig in Projekte für eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Nord und Süd fließen.

Diese Debatte haben wir schon einmal vor der Gründung von YOIS Europe geführt und uns klar dafür entschieden, YOIS als Jugendorganisation für intergenerationelle Gerechtigkeit zu konzipieren. Satzung und Glossar spiegeln das wieder. Es gibt gute Argumente dafür, nichts daran zu ändern.

Weiteres quantitatives Wachstum kann nicht das Ziel sein

So wird in unserer aktuellen Debatte von den Verfechtern der Position "Intragenerationelle Gerechtigkeit zuerst!" v.a. die Forderung erhoben, der Süden müsse in den nächsten Jahrzehnten ein rasantes, aufholendes Wirtschaftswachstum erleben. Dieses Paradigma geht hinter die Brundtland-Kommission zurück, die die Forderung nach 'aufholender Entwicklung' durch 'nachhaltige Entwicklung' ersetzte. Einige volkswirtschaftliche Lehrmeinungen werden zwar regelmässig von der Gesellschaft missachtet. Beim Bruttosozial- bzw. Bruttoinlandsprodukt (BSP bzw. BIP) ist aber in der Gesellschaft und in der Politik der Irrglaube verbreitet, es sei als Wohlstandsmaß geeignet, während Ökonomen genau diese Annahme längst heftig kritisieren.

Das BIP und andere geläufige Maße für das Volkseinkommen legen auf Markttransaktionen zu großes Gewicht und berücksichtigten nicht die Kosten für die Beseitigung von Wohlfahrtsschäden, wie z.B. der Ökonom Herman Daly aber auch Wouter van Dieren in seinem Bericht an den Club of Rome in schonungsloser Kritik aufgezeigt haben.¹

So zeigt beispielsweise der alternative Wohlstandsindex Index of *Sustainable Economic Welfare* (ISEW), dass die Wohlfahrt seit einigen Jahren nicht mehr steigt, sondern sinkt.²

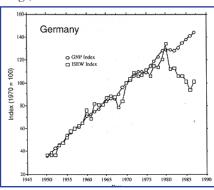


Abb. 1: ISEW für Deutschland Quelle: Costanza/Cumberland/Daly/Goodland/Norgaard (2001), S. 157

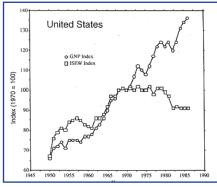


Abb. 2: ISEW für die USA Quelle: Costanza/Cumberland/Daly/Goodland/Norgaard (2001), S. 157

Der ,Human Development Indicator'

Auch wer eine Ankurbelung des Wirtschaftswachstums in der sog. Dritten Welt fordert, vergisst meist nicht den Hinweis, das die Wohlfahrt des Menschen außer den wirtschaftlichen auch noch weitere Dimensionen aufweist. Doch wird das dann meist sofort relati-

viert ("Trotzdem ist die wirtschaftliche Dimension der Wohlfahrt von sehr grosser Bedeutung" o.ä.) und im Folgenden wird dann das BSP/BIP verwendet. Dabei käme man zu völlig anderen Schlüssen bezüglich der Ungleichheit zwischen Nord und Süd, wenn man echte Wohlfahrtsmaße verwenden würde. Dies soll am Übergang vom BIP zum HDI erläutert werden:

Es ist offensichtlich, dass uns an 'Geld' (bzw. auf Makroebene einem hohen BIP/BSP) wenig gelegen wäre, wenn es nicht ein Mittel wäre, um unsere Bedürfnisse zu befriedigen. Das Ziel ist also die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse bzw. das menschliche Wohl. Dies zu maximieren, müsste das Ziel jedes weltweiten Hilfsprogramms sein. 1990 wurde von dem United Nations Development Programme (UNDP), der zuständigen Unterorganisation der United Nations (UN), eine neue Meßgröße für das Wohl vorgestellt, der Index für menschliche Entwicklung, bzw. Human Development Index (HDI).

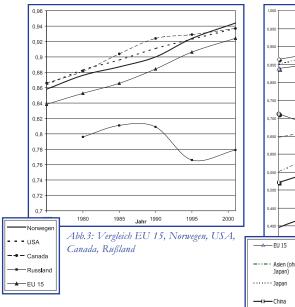
Konzipiert wurde der Indikator von dem pakistanischen Ökonomen Mahbub ul Haq, der diesen Indikator ausdrücklich als Maß für das menschliche Wohl ("welfare") bezeichnet³ und ihn als Antwort auf das Problem des letzten Ziels von menschlichem Zusammenleben auch bewusst in die philosophische Tradition stellt: "The idea that social arrangements must be judged by the extent that they promote "human good" dates at least back to Aristotle (384-322 B.C.)."⁴ Dieser Index umfasst:

- · Einkommen (modifiziertes reales Pro-Kopf-Einkommen).
- · Bildungszugang (Alphabetisierungsquote bei Erwachsenen und durchschnittliche Zahl der absolvierten Schuljahre)
- · Gesundheit (Lebenserwartung bei der Geburt)

Im Gegensatz zum BIP, das ein nach oben völlig offenes Maß ist, sind Lebenserwartung, Schulausbildung usw. nicht unbegrenzt steigerbar. Während das Durchschnitteinkommen pro Kopf im Süden 6 % des nördlichen beträgt, ist die Lebenserwartung 80 % und die Ernährungssituation 85 %. Daraus folgt zweierlei:

1.) Die Ungleichheit zwischen Nord und Süd ist nach diesem Maßstab viel niedriger als wenn man das BIP/BSP zum Maßstab nimmt (auch wenn sie natürlich immer noch zu hoch ist).

(weiter auf Seite 36)



(Intragenerationelle... Fortsetzung von Seite 35)

2.) Den Armen geht es überall auf der Welt seit Jahrzehnten besser, nicht schlechter (Ausnahme: GUS-Staaten).

Initiativen wie der Global Marshall Plan sind sehr unterstützungswürdig, weil sie die weltweite Ungleichheit reduzieren wollen. Nur sollten sie sich eben aus diesem Grund am HDI statt am BIP orientieren. Wer immer vom BIP spricht, lenkt ab vom

Asien (ohne China und Japan)

Japan

O Ozeanien und Australien

Afrika

Mittel- und Südamenka

eigentlich notwendigen Diskurs, wie man mit der Begrenztheit von Platz und natürlichen Ressourcen auf unserem Planeten umgeht. Es ist das bleibende Verdienst des Club of Rome, in den 1970er Jahren auf die Grenzen des Wachstums hingewiesen und damit dem Indikator BIP sozusagen "den Boden unter den Füßen" weggezogen zu haben. Wer eine weitere Expansion der Wirtschaft um den Faktor fünf bis zehn fordert, "um den Armen zu helfen", entwirft ein Patentrezept für die ökologische Zerstörung unseres Planeten - denn für ein solches quantitatives Wachstum bräuchten wir 8 Erden.

Anmerkungen:

[1] Daly, Herman / John B. Jr. (1989): For the common good: Redirecting the economy towards community, the environment, and a sustainable future. Boston. S.62-85;

Dieren, Wouter van (1995): Mit der Natur rechnen. Berlin

[2] Costanza, Robert / Cumberland, John / Daby, Herman / Goodland, Robert / Norgaard, Richard (2001): Einführung in die ökologische Ökonomik. Dt. Ausgabe hrsg. von Eser, Thiemo / Schwaab, Jan / Seidl, Irmi / Stewen, Marcus. Stuttgart 2001

[3] Ul Haq, M. (1995): Reflections on Human Development. New York

[4] A.a.O., S. 7

Dr. Laura Memmert ist Vorsitzende von YOIS Hessen



Zivildienstleistende gesucht

Seit kurzem können Zivildienstleistende statt des Zivildienstes bei gleicher Bezahlung ein Freiwilliges Soziales Jahr bei der SRzG absolvieren. Bis auf die Bezahlung, die ja staatlicherseits festgelegt ist, gelten für sie die gleichen Bedingungen wie für andere Freiwillige (siehe "Freiwillige vor!")

Freiwillige vor!

Die SRzG sucht zwei junge, engagierte Menschen, die zwischen einem Jahr und sechs Monaten eine anspruchsvolle, abwechslungsreiche Tätigkeit ausüben würden, gerne auch im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres. Der Freiwillige erhält kostenlos eine Wohngelegenheit und ein nicht unbeträchtliches monatliches "Taschengeld" (je länger der Freiwilligendienst, desto höher). Außerdem erfolgt die Versicherung in der Renten- und Krankenversicherung. Für Bildungsmaßnahmen gibt es ebenfalls noch einen Zuschuss.

Ort des Freiwilligendienstes ist das prämierte "International Volunteers Office", ein Häuschen an der grünen Lunge von Oberursel, in dem junge Menschen aus der ganzen Welt Projekte für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit organisieren und dabei interkulturelle Kompetenz erwerben.

Zu den Aufgaben der Freiwilligen gehört z.B. die organisatorische und inhaltliche Gestaltung der Zeitschrift Generationengerechtigkeit! Dies beinhaltet u.a. die thematische Konzeption jedes Heftes, Auswahl und Anschreiben der Beiträger, das Lay-Out und die Leserverwaltung.

Anforderungen an den/die Freiwillige/n sind: Engagement, Flexibilität, keine Angst vor dem Kontakt mit hochrangigen Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft, Interesse an den Themen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Praktikantenstellen

Die SRzG bietet zwei bis zwölfmonatige Praktika an (ab sofort).

Aufgabenfeld: Vorbereitung von Tagungen und Seminaren, Betreuung der Fördermitglieder (Mitgliederverwaltung, Information, etc.), Erstellung von Dokumentationen, Abrechnung mit Förderinstitutionen, Sponsoring

Qualifikation: Organisationstalent, gute Computerkenntnisse, Kontaktfreudigkeit

Leistungen: kreatives und selbständiges Arbeiten, verschiedenste Kontaktmöglichkeiten im Bereich der Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Unterkunft im International Volunteers Office, kleine Aufwandsentschädigung möglich

Kontakt:

Für alle Stellenbewerbungen bitte eine ausführliche Bewerbung (Anschreiben, Lebenslauf, Foto, ggf. Zeugnisse) per Post senden an:

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)

z.Hd. Herr Tobias Kemnitzer

Postfach 5115

D-61422 Oberursel

Tel. +49-6171-982367

Fax +49-6171-952566

info@srzg.de

(Online-Bewerbungen sind willkommen, wenn sie die genannten Unterlagen in eingescannter Form enthalten)

(Auf nach Arnoldshain! ... Fortsetzung von Seite 1)
Damit wird das Konzept v.a. für drei unternehmerische Handlungsfelder relevant: Umweltfreundlichkeit der Produktion, Ausbildungsplätze und Betriebsrenten. Alle drei Felder haben einen klaren Zeitbezug, der mehrere hintereinander folgende Generationen umfasst.

Den passenden Rahmen für das Symposium bildet die Evangelische Akademie Arnoldshain. Die idyllisch im Taunus gelegene Akademie ist seit 1946 ein profilierter Ort des gesellschaftlichen Dialogs in der Bundesrepublik Deutschland. Durch ihre Nähe zum wirtschaftlich starken Rhein-Main-Gebiet ist sie daran interessiert, neben religiösen und kulturellen Diskursen wirtschafts- und sozialpolitische Themen aufzugreifen und durch Tagungen und Foren dazu beizutragen, gegenseitige Wahrnehmungsfähigkeit zu schärfen, sozialethische Urteilsfähigkeit auszubilden und couragierte Handlungskompetenz zu wecken.

Erwartet werden neben 100 Teilnehmern und Teilnehmerinnen hochkarätige Vertreter und Vertreterinnen aus Wissenschaft und Politik. Als Referierende wurden u.a. Bundeswirtschaftsminister Wolf-

Ort / Datum

gang Clement, der hessische Ministerpräsident Roland Koch, Bernd Abeln, Prof. Rolf Kreibich, Prof. Dr. Elke Mack (Universität Erfurt), Prof. Dr. Dr. Peter Koslowski, Prof. Dr. Marcus Düwell, Prof. Dr. Ortwin Renn, (TA-Akademie), Sven Giegold (attac), Christian Zahn, Bundesvorstand von Verdi und mehrere Vorstände großer Unternehmen angefragt bzw. haben schon zugesagt. Workshops finden statt zur Verantwortung der Politik, der Aktionäre, der Konsumenten, der NGO, der Arbeitnehmer, und der Wirtschafts- bzw. Unternehmensverbände. Mehrere Unternehmen und NGO stellen im Rahmen einer "Messe" sich und ihre Arbeit vor.

Dieses aus der Masse herausragende Seminar bietet sehr günstige Konditionen: Teilnehmende ab 30 Jahren zahlen für Vollpension, Übernachtung und Teilnahmebeitrag 110 € bei Anmeldung bis zum 1.7.2004 (danach 150 €). Die ersten 50 jüngeren Teilnehmenden (unter 30), die sich anmelden, zahlen für das gesamte Wochenende (Fr. abend bis So. mittag) nur 35 €. Bitte benutzen Sie das untenstehende Anmeldeformular.

Kuratoriumssitzung

Unmittelbar nach Ende des Seminars wird die jährliche Kuratoriumssitzung der SRzG stattfinden. Alle Fördernden der SRzG sind herzlich dazu eingeladen. Dort gibt es traditionell eine allgemeine Aussprache über die Arbeit der Stiftung im letzten Jahr. Der Vorstand legt dort dem Kuratorium individuelle Rechenschaftsberichte und den Jahresabschluss der SRzG vor. Über die Entlastung des Vorstands und Genehmigung des Jahresabschlusses entscheidet das Kuratorium.

Mitgliederversammlung von YOIS-Hessen

Am Sonntag Nachmittag findet parallel die jährliche Mitgliederversammlung von YOIS-Hessen statt. Bei der wichtigsten Sitzung des Jahres werden zukünftige Projekte besprochen. Außerdem finden die Vorstandswahlen statt.

Am Symposium "	ng zur Teilnahr Generationengerechtigkeit und Und d 3, 61389 Schmitten nehme ich t	nternehmen" am 1012.09.2	2004 in der evangelische	en Akademie Arnoldshain;			
Name:	Vorname:	Strasse:		PLZ:			
Ort:	Email:	Tel. :	Fax :	Alter:			
Gabriele Blum Tagungsnumm Im Eichfeld 3 61389 Schmitt oder per Email: bl	Akademie Arnoldshain uer uer 044020	Wichtig: Bitte bei Anmeldung per Email oder im Internet immer die Tagungsnummer mit angeben! Sobald Ihre Anmeldung per Brief, Email Oder im Internet eingegangen ist, gilt sie als berücksichtigt. Ihre Anmeldung wird nicht bestätigt und ist verbindlich, sollten Sie nicht bis spätestens eine Woche vor Tagungsbeginn eine Absage wegen Überbelegung erhalten.					
Ich nehme teil:	☐ am gesamten Seminar (10.09.0 ☐ nur an der Preisverleihung (11		:00 Uhr)				
	☐ Ich werde in der Evangelische ☐ Ich werde nicht in der Evange		nten				
	Preise: Übernachtung/Vollpension ☐ für die ersten 50 Teilnehmer unter 30 Jahren* - 35,00 € ☐ für Teilnehmer über 30, Anmeldung vor dem 01.07.2004 - 110,00 € ☐ für Teilnehmer über 30, Anmeldung nach dem 01.07.2004 - 135,00 € * Ein Altersnachweis ist mit der Anmeldung vorzulegen						

Unterschrift

Seminar (Hauptstudium Soziologie/Politologie)

Generationenkonflikt und generationengerechte Politik

von Dipl.-Pol., Dipl.-Kfm. Jörg Tremmel

Der wissenschaftliche Leiter der SRzG, Jörg Tremmel, wird im Sommersemester 2004 erstmals eine Lehrveranstaltung zum Thema Generationengerechtigkeit als ein 2 SWS-Seminar an den Universitäten Stuttgart und Frankfurt anbieten. Es handelt sich um das erste Seminar dieser Art. Alle SRzG- und YOIS-Mitglieder sind herzlich eingeladen, mal vorbeizuschauen:

In Frankfurt:

1.Sitzung am Montag, ab 19.April 2004 (16-18 Uhr), Raum AfE 502

In Stuttgart:

1.Sitzung am Freitag, ab 7. Mai 2004 (11.30-13 Uhr), Raum Seidenstrasse 36, 2.Stock, Raum 36.21

Inhalt:

Explizit in den Blick sind die zukünftigen Generationen (bzw. das Thema, Generationengerechtigkeit') erst seit dem Aufkommen der ökologischen Frage gerückt. Dem Club of Rome verbleibt das historische Verdienst, durch seine Studien die ethische Einsicht befördert zu haben, dass der Nutzung der Natur Grenzen gesetzt werden müssen, ohne allerdings eine konkrete Generationenethik daraus zu entwickeln. Während noch Rawls wie Kant Jahrhunderte zuvor von einer quasi naturgesetzlichen ständigen Verbesserung der Lebensbedingungen kommender Generationen ausgehen, wies Hans Jonas auf das mit der modernen Technik gewachsene Potential hin, dass das zukünftige Schicksal von Menschheit und Natur durch Handeln und Unterlassen irreversibel negativ beeinflusst werden könnte

Generationengerechtigkeit ist aber auch unabhängig vom ökologischen Kontext ein immer wichtiger werdendes Thema, wie sich in der Nennung des Begriffs z.B. in Publikationen, aber auch Regierungserklärungen zeigt. ,Generationengerechtigkeit' wird nach Ansicht des Trendforschers Opaschowski zukünftig das Schlüsselthema unserer Gesellschaft werden. Ein Grund dafür, speziell in den Industrienationen, ist die Veränderung im Bevölkerungsaufbau, die mit Alterung und Problemen für die Sozialversicherungssysteme einher geht. Hierbei stellt sich die Verteilungsfrage in neuer Form, nämlich in Form eines Generationenkonfliktes. Viele Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates (z.B. Festanstellungsverträge, gute Renditen aus der staatlichen Rentenversicherung, Betriebsrenten) gibt es für die jüngere Generation nicht mehr oder nur noch in geringerem

In der 'Wende zum Weniger' (sowohl ökologisch wie auch ökonomisch) steckt durchaus ein Anlass für einen Generationenkonflikt. Das angebotene Seminar geht daher auf Wege ein, wie der potentielle Konflikt zwischen den Generationen durch eine generationengerechte Politik entschärft werden könnte. Zunächst erarbeiten sich die Studierenden die Begrifflichkeiten 'Generation', 'Generationengerechtigkeit' und 'Nachhaltigkeit'. Anschließend ist das Lernziel, zu unter-

suchen, wie eine generationengerechte Politik in verschiedenen Bereichen (z.B. Umwelt-, Renten-, Finanz- und Bildungspolitik) konkret aussehen würde.

Zum Abschluss wird auf das sog. Strukturproblem der Demokratie eingegangen: Zukünftige Individuen sind heute keine Wähler und können somit nicht mitbestimmen über Politikentscheidungen, deren Folgen ihre Lebensbedingungen irreversibel verändern.

Seminarplan:

- 1.Generation als soziologische Kategorie
- 2.Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit Klärung der Begrifflichkeiten
- 3.Der Diskurs um Nachhaltigkeit/nachhaltige Entwicklung
- 4. u. 5. Umweltkrise und Umweltpolitik unter dem Generationenaspekt
- 6. u. 7. Generationengerechte Finanzund Haushaltspolitik
- 8.Der Generationenkonflikt im gesetzlichen Sozialversicherungssystem Rente
- 9.Bildungspolitik unter dem Generationenaspekt
- 10. u. 11. Repräsentanz und politisches Gewicht der jungen Generation in der alternden Gesellschaft
- 12. u. 13. Das 'Strukturproblem der Demokratie' - Zukünftige Generationen sind stimmenlos

Die Bewegung für Generationengerechtigkeit soll weiter wachsen: Gründung von YOIS Sachsen

YOIS Europe (Youth for Intergenerational Justice and Sustainability) ist eine Jugendorganisation, die 2000 von den jungen Praktikanten und Mitgliedern der SRzG gegründet wurde. Die Idee dazu wurde auf dem European Youth Congress 2000 "Our Common Future", der parallel zur EXPO in Hannover stattfand, entwickelt.

YOIS versteht sich als überparteiliche Lobby für die Rechte und Interessen der heutigen Jugend und zukünftiger Generationen. Mit ihren Projekten will YOIS junge Menschen bis 32 Jahre erreichen. Zum einen ist diese Generation von den Aktionen oder Versäumnissen der heutigen Entscheidungsträger am meisten betroffen, zum anderen hat sie in ihrer zukünftigen Position als Entscheidungsträger die Sache selbst in der Hand.

YOIS Deutschland wurde am 2001 in Köln als nationale Sektion des europäischen Gesamtvereins YOIS Europe gegründet, 2003 später folgten als Landesverbände YOIS Bayern und YOIS Hessen. Um die Ziele von YOIS auf lokaler Ebene verfolgen zu können, sind Unterorganisationen in weiteren Bundesländern in Planung.

YOIS sucht daher Leute, die im Zuge des "Politiktests Sachsen" an der Gründung von YOIS Sachsen mitwirken. Voraussetzung dafür ist, dass Ihr Euch für die Themen und Ziele von YOIS interessiert und engagieren wollt und dass ihr in Sachsen wohnt.

Für weitere Informationen wendet Euch einfach an Tobias.Kemnitzer@web.de und schaut mal rein unter www.yois-europe.org und www.yois.de.

Be the change you want to see in the world!

Pressespiegel -Handbuch Generationengerechtigkeit

Mittlerweile wurde das Handbuch Generationengerechtigkeit einige Male rezensiert. So geschehen in der Zeitschrift umwelt medizin gesellschaft (3/2003), im UNESCO Forum (Nr. 2/2003), in der Stuttgarter Zeitung (25.07.2003), in der Zeitschrift Öko-Mitteilungen (Dezember 2003), in Umwelt & Bildung (2/2003), in Die Liberale Depesche (April/Mai 2003), im DNR Deutschland Rundbrief (05.03), im Netzwerk Umweltbildung (Mai 2003), im Agenda Transfer Newsletter (Nr. 22/2003), auf der Homepage www.sonnenseiten.com (Juni/2003), in der Zeitung Neuer Tag Weiden (Sa., 14./ So., 15. Juni 2003) und auf der Homepage des Bundesdeutschen Arbeitskreises für Umweltbewusstes Management e.V. www.baumev.de (29.10.2003). Besondere Rezensionen sollen im folgenden Auszugsweise kurz dargestellt werden.

So schreibt zum Beispiel die Stuttgarter Zeitung am 25.07.2003 unter der Überschrift "Nach uns die Sintflut?": "Immer stärker drängt in das öffentliche Bewusstsein, dass Reformen auch deshalb unverzichtbar sind, weil den kommenden Generationen andernfalls unzumutbare Lasten aufgebürdet werden. Die "Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen" fordert denn auch in dem von ihr herausgegebenen Handbuch unmissverständlich Generationengerechtigkeit ein. Autoren aus den Bereichen Soziologie, Rechtswissenschaft, Philosophie und Ökonomie entwerfen in zahlreichen Beiträgen Konzepte für unterschiedliche Gesellschafts- und Politikbereiche. Die Forderung ist eindeutig: Nachhaltigkeit als politisches Prinzip ist keineswegs auf die Ökologie beschränkt, sondern muss auch in der Finanz-, Bildungs-, Gesundheits- und Rentenpolitik die Leitlinie

werden."

Die Zeitschrift Öko-Mitteilungen vom Öko-Institut e.V. Freiburg titelt: "Mut zu Visionen - Handbuch Generationengerechtigkeit bietet gelungenen Beitrag zu öffentlicher Politikdebatte". In der Ausgabe Dezember 2003 schreibt sie: "Das Motto, unter dem das Handbuch Generationengerechtigkeit steht, beschreibt sehr treffend, worum es in diesem Buch geht: "Den Mut zu Visionen mit der Mühe der Detailkompetenz verbinden". Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen hat mit dieser Publikation eine Plattform geschaffen, in der die Fragen zur Generationengerechtigkeit disziplinübergreifend in aller - zum Teil mühevoller Detailarbeit bearbeitet werden. Wie in einem Kaleidoskop ergänzen die teils visionären und mutigen Texte die sehr spezielle juristische Sichtweise und runden mit psychologischen und sozialwissenschaftlichen Texten das Bild ab. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen versteht sich als "Think-Tank" und als Lobby für kommende Generationen und sie adressiert an eine interessierte Öffentlichkeit und an Entscheidungsträger ein komplexes Thema, bei dem erfreulicherweise auch sehr junge Autorinnen und Autoren mit ihren Sichtweisen zu Wort kommen. ... Im ersten Teil des Buches wird der Begriff Generationengerechtigkeit erläutert und "der Wurzel der Idee, Generationengerechtigkeit nachgespürt". Der junge Politologe Jörg Tremmel führt in das Konzept der Generationengerechtigkeit ein und übernimmt in diesem Aufsatz die sehr fruchtbare Abgrenzung zur Nachhaltigkeits-Debatte, die sich in der letzen Zeit nicht unbegründet vor dem Vorwurf der begrifflichen Unschärfe wehren musste. Den Kriterienkatalog, den er zu Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit entwirft, wird man in eigenen Diskussionen vielleicht als Spickzettel benutzen können. ... Im zweiten Teil geht es dann mit zum Teil recht konkreten Vorschlägen zur Sache: Dort wird eine generationsgerechte Politik und ihre Umsetzbarkeit in Umwelt-, Finanz-, Kultur-, Gesundheits- und Energiepolitik überprüft. Beachtlich sind die Texte von dem erst 19jährigen Wolfgang Gründinger, der sehr sachkundig eine generationengerechte Energiepolitik beschreibt und eine politische Energiewende fordert. Mehr davon! Im dritten Teil geht es um die institutionelle Verankerung der Generationengerechtigkeit. Neben einer interdisziplinären Demokratiediskussion (Buschmann und Lindner) geht es auch um die juristische Aussicht einer Verrechtlichung ökologischer Generationengerechtigkeit (Boelling). ... (D)as Handbuch Generationengerechtigkeit ist ein gutes Grundlagenbuch zur Thematik. Es zeigt außerdem, dass ein interdisziplinäres Fachbuch, an dem SoziologInnen, JuristInnen, PhilosophInnen, ÖkonomInnen, MedizinerInnen und PsychologInnen der Jahrgänge zwischen 1938 und 1984 mitarbeiten, ein gelungener, lesbarer Beitrag zu einer öffentlichen Politikdebatte ist. ..."



GUTSCHEIN und BESTELLSCHEIN

Wir möchten den Fördermitgliedern der SRzG, von denen uns eine Einzugsermächtigung vorliegt, ein besonders günstiges Angebot machen. Wenn Sie das "Handbuch Generationengerechtigkeit" und/oder das Buch "Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie direkt beim ökom Verlag zum Normalpreis kaufen, erhalten Sie beim nächsten Abbuchen der Förderbeiträge (im nächsten Dezember) eine Gutschrift in Höhe von 10 Euro pro Buch! Sie sparen also 40% beim Handbuch oder sogar 50% beim Nachhaltigkeitsbuch!!!

Beispiel: Wenn ihnen normalerweise 25 Euro abgebucht werden, so sind es beim nächsten Mal dann nur 15 Euro! Dieses Angebot gilt nur bei vorliegender Einzugsermächtigung. Wir bitten alle Fördermitglieder, die das noch nicht getan haben, uns eine Einzugsermächtigung auszustellen. Dies erspart uns teure Mahnbriefe und Ihnen den Weg zur Bank. Was müssen Sie jetzt genau tun? Bitte füllen Sie zunächst die Rückseite dieses Gutscheins aus. Zum Kauf des Handbuchs (für den vollen Preis) senden oder faxen Sie diesen Gutschein an den oekom Verlag (Waltherstr. 29, 80337 München, Fax: 089-544184-49). Wenn Sie die Bücher über das Internet kaufen wollen (www.oekom.de/verlag/german/books/generationen_index.htm oder http://www.oekom.de/verlag/german/books/tremmel.htm), schicken Sie bitte ebenfalls den Schein an den oekom Verlag, ihr Internetkauf wird dann vom oekom Verlag darauf registriert. (bitte wenden)

Neue Mitarbeiter-Innen

Beatrice Gaczensky

Leipzig:

Ich bin 22 Jahre alt und studiere an der Universität Leipzig Kommunikationsund Medienwissenschaften mit dem Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit.



Meine Nebenfächer sind Anglistik und VWL. Ein Semester lang habe ich bereits in Den Haag studiert und dabei viel Neues erlebt und gelernt. Nun freue ich mich darauf, während meines zweimonatigen Praktikums bei der SRzG viele interessante Erfahrungen zu sammeln und mich mit dem Thema Generationengerechtigkeit auseinander zu setzen.

Diederik van Iwaarden

Ich bin 25 Jahre alt und komme aus den Niederlanden. Ich studiere Geschichte mit dem Schwerpunkt deutsche Wirtschaftsgeschichte an der



Rijksuniversiteit Groningen. Ich hoffe dieses Jahr mein Studium abschließen zu können. Ich bin froh, bei der SRzG ein Praktikum zu machen. Dies gibt mir die Möglichkeit mein Wissen über das wichtige und spannende Thema Generationengerechtigkeit zu vergrößern. Und auch habe ich die Möglichkeit, mein Deutsch wieder etwas zu verbessern! Ich werde mich während meines Praktikums vor allem mit der zweiten Ausgabe der englischen Zeitschrift beschäftigen.

Sebastian Karg

27 Jahre. Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Potsdam. Seit dem 1. Dezember 2003 wohne und arbeite



ich bei der SRzG in Oberursel. Kurz vor dem Abschluss meines Studiums möchte ich hier ein paar praktische Erfahrungen im Bereich der Generationengerechtigkeit sammeln. Sie sollen mir besonders bei meiner im Sommer anstehenden Diplomarbeit von Nützen sein. Dort werde ich mich wahrscheinlich mit dem Thema der Generationenbilanzierung beschäftigen. Bisher habe ich mich vor allem in einigen Studienfächern (Umweltökonomik und Umweltmanagement, Finanzwissenschaften) mit dem Thema Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit auseinandergesetzt.

Zur Zeit beschäftige ich mich in der Stiftung mit dem Thema Bevölkerungsentwicklung und intertemporaler Gerechtigkeit. Für das Symposium Arnoldshain im September 2004 werde ich mich um das Fundraising kümmern und bin zu diesem Zweck mit zahlreichen institutionellen Förderern in Kontakt getreten. Mit dem 4-monatigem Praktikum bei der SRZG möchte ich die Möglichkeit nutzen, meine Kenntnisse im Bereich der Generationengerechtigkeit über den Bereich der Betriebswirtschaftslehre hinaus zu vertiefen. Auch hoffe ich hier im "IVO" viele nette Menschen aus aller Welt kennen lernen zu können.

Thomas Wiechers

Neues Vorstandsmitglied

Als neues Vorstandsmitglied der Stiftung werde ich mich dafür einsetzen, dass die SRzG ihre Bekanntheit und ihren Einfluß auf politische und ge-



sellschaftliche Entscheidungen weiter ausbaut. Im Vorstand werde ich mich besonders um die Ausgestaltung des diesjährigen Schwerpunktes "Unternehmen und Generationengerechtigkeit" kümmern.

Ich bin 25 Jahre alt und studiere an der Universität Köln im Fach Volkswirtschaftslehre die sozialwissenschaftliche Richtung, habe zuvor allerdings auch längere Zeit Betriebswirtschaftslehre studiert. Neben meinem Studium arbeite ich am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie als Hilfskraft im Bereich internationale Klimaschutzpolitik. Bevor ich zur SRzG kam habe ich mich lange Zeit für die Studentenorganisation AI-ESEC engagiert und dort in den letzten Jahren vor allem zum Thema Nachhaltige Entwicklung und Corporate Responsibility gearbeitet. Mit AIESEC habe ich auch viel internationale Erfahrung bei der Durchführung von Workshops in Ländern wie Polen, Indien, Japan und Südafrika gesammelt und an zwei UN-Konferenzen zu Nachhaltigkeit teilge-

Die SRzG vertritt ein wichtiges Anliegen, deren Relevanz auch zunehmend von der breiten Masse der politisch interessierten Bevölkerung verstanden wird.

Gerade die neu entflammte Debatte um Bildung und Innovationskultur in Deutschland zeigt, dass jetzt die richtige Zeit ist, den Interessen zukünftiger Generationen Gehör zu verschaffen und am generationengerechten Umbau dieses Landes mitzuwirken. Mit viel Energie und Enthusiasmus werde ich daran arbeiten, dass wir gemeinsam diese Chance nutzen.

Ideen, Fragen und Kommentare sind unter thomas@borderlessworld.de herzlich willkommen!

Die SRzG wird von der Robert Bosch Stiftung gefördert.

oekom Verlag Waltherstr. 29 80337 München Fax: 089-544184-49	Name	1.Unterschrift
GUTSCHEIN und BESTELLSCHEIN	Vorname	Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen widerrufen
☐ Ja, ich bestelle das "Handbuch Generationengerechtigkeit"	Straße PLZ/Ort	kann. Die Frist beginnt mit der Absendung dieser Bestellung.
für 25 Euro (zzgl. Porto) Ja, ich bestelle das	Fon/Fax_	Ich bestätige dies mit meiner 2.Unterschrift
"Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie" für 20 Euro (zzgl. Porto)	E-Mail	2.Unterschrift

Gründung von YOIS-Hessen

Eine gute Nachricht für YOIS: Am 30. Oktober 2003 fand die Gründungsversammlung von YOIS-Hessen statt. Mehrere YOIS-Mitglieder in Hessen engagierten sich für die Gründung eines Regionalverbands und fanden sich zur Gründung zusammen. Sie wählten Laura Memmert zur Vorsitzenden des Vorstands und Martin Kuge zu ihrem Stellvertreter. Außerdem wurden Tomohiko Takizawa als Schatzmeister und Adrian Schell als Schriftführer gewählt. Inhaltlich wird sich YOIS-Hessen ganz der Aufgabe widmen, die Ziele von YOIS-Europe und YOIS-Deutschland in Hessen zu vertreten und eine Stärkung der intergenerationellen Gerechtigkeit zu erreichen. Auf dem ersten offenen Vorstandstreffen am 06.12.2003 in Heidelberg wurde dazu bereits mit der Planung der ersten Projekte begonnen. YOIS-Hessen wird sich als Kooperationspartner am Symposium zum Thema "Unternehmen und Generationengerechtigkeit" vom 11.-13.09.2004 in Arnoldshain beteiligen. Außerdem wird eine Kooperation mit der SRzG bei den Ausgaben der Zeitschrift Generationengerechtigkeit! angestrebt. YOIS-Hessen will auch allen YOIS-Mitgliedern in Hessen eine Möglichkeit bieten, sich zu engagieren. Vielleicht hilft schon dieser kurze Bericht, einige Mitglieder oder Interessenten zur Mitarbeit zu motivieren. Interessante Aufgaben sind jedenfalls immer vorhanden. Wer Interesse hat, wendet sich bitte an das IVO in Oberursel.



Vorstandstreffen YOIS Hessen

Dieses Heft wird erstmals seit Sommer 2002 wieder von der SRzG und einer Sektion von YOIS gemeinsam herausgegeben. Mit dieser Partnerschaft wird an die erfolgreiche Tradition angeknüpft, die in den ersten Jahren seit Gründung des Magazins bestanden hatte. Die Zeitschrift soll auch zukünftig wieder die Visitenkarte beider Organisationen werden.

Liebe Mitglieder, erstmalig bieten wir in diesem Jahr Wellness-Aktivitäten für seelisches Wohl an. Wir dachten, dass einige der 300 Fördermitglieder vielleicht nicht nur geistige Höhen, sondern auch physische Höhen schätzen, deshalb bieten wir eine Wandertour an. Oder habt ihr Lust auf eine schöne Wattwanderung bei einem Tagesausflug an die Nordsee? Hier unsere Angebote:

Mo, 03.05.2004

Tagesausflug von Hamburg nach Skt. Peter Ording (Wattwanderung)

- Kühle Brise, Jever, kilometerlanges Watt -

Es besteht die Möglichkeit, am Wochenende davor am Politik-Test von YOIS und am Vorstandstreffen der SRzG teilzunehmen

Kosten: eigene Anreise, eigene Verpflegung, verbindlicher Anmeldungsschluss: 15.04.2004

23.-25. Juli 2004

SRzG-Wandertour: Hoher Göll (Berchtesgadener Alpen)



Kosten: eigene Anreise, eigene Verpflegung, 30 Euro für Übernachtungen Verbindlicher Anmeldungsschluss: 15.06.2004

1. Tag (Freitag)

Anreise von München etwa 2,5 h; Aufstieg von Berchtesgaden (800 m) zum Purtscheller-Haus (1692 m, 10 Betten, 50 Lager, 08652-2752), Route: 3,5 h; sehr leicht, kann mit Autobus abgekürzt werden, abends toller Blick über Halleiner Tal

2. Tag (Samstag)

Höhenwanderung über den Gölleiten-Grad zum Hohen Göll (2522 m), dann weiter über Großer Archenkopf (2391 m) und Hohes Brett (2338 m) zum C.-v.-Stahl-Haus (1734 m; 24 B, 70 L)

Route: 5,5 h; Klettersteig, für Geübte, vorzeitige Abstiegsmöglichkeiten vom Grat vor dem Hohen Göll (nach ca. 2h) und vom Kleinen Archenkopf (nach ca. 3 1/4 h) ist gegeben

3. Tag (Sonntag)

Abstieg vom C.-v.-Stahl-Haus nach Berchtesgaden (3,5 h), kann abgekürzt werden mit Seilbahn auf 2h. Für die ganz Fitten ist auch noch ein Abstecher von der Hütte auf den Schneibstein (Gipfel 2276 m) möglich (1,5 h) Heimfahrt

Vorteile:

- Nähe zu München (ca. 2,5 h)- aufregende Gratwanderung (mit Abstiegsmöglichkeiten bei Überforderung)
- der Wirt vom Purtscheller-Haus, Herr Zemsch, ist der Watzmann-König (mehr als 200 Besteigungen) und sicher ein interessanter Geschichten-Erzähler

Zu beachten:

- Gratwanderung am 2.Tag ist zwar nicht so lang, aber technisch anspruchsvoll, erfordert Schwindelfreiheit

CALL FOR PAPERS

For: Handbook 'Generational Justice'

The Foundation for Rights of Future Generations (FRFG) is a non-profit think-tank concerned with generational justice and sustainability. It advises politicians and companies and publishes books and policy documents that are intelligible to all. The environment, the pension scheme, education, the working society, state debt, genetic engineering and population development are just some of its study groups. It has recently organised and edited the publication (in German) of a handbook entitled 'Generational justice' and wants a similar publication to be made available for the English-speaking world.

We are looking for articles in English under the headings of:

- The foundations of generational justice
- Generationally just policies
- Institutional establishment of generational justice
- Generational justice and economics

Contact and further information:

Jörg Tremmel (Editor), SRzG, Postfach 5115, 61422 Oberursel, Telephone: +49-(0)6171-982367, Fax: +49-(0)6171-952566 E-mail: info@srzg.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

sollten Sie bisher jährlich ein Probeexemplar der GG! unaufgefordert erhalten haben und dieses Angebot der SRzG nicht wünschen, so genügt eine kurze E-Mail.

1/2004

Termine Termine

06.03.-07.03.2004

Solidarische Generationen? Generationengerechtigkeit in der Diskussion

Die Konferenz ist ein Projekt der Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung: "Generationengerechtigkeit" ist derzeit ein häufig und von vielen unterschiedlichen Seiten benutzter Begriff. Dieser Begriff ist in zweierlei Hinsicht spannend. Gerade mit unserem gewerkschaftlichen Hintergrund ist Gerechtigkeit Antriebsmoment für politisches Handeln. Der Begriff Generation verweist auf gemeinsame Konflikte einer Geburtskohorte und ist der Humus, aus dem heraus

sich Bewegungen formieren. Daher haben wir das Projekt "Generationengerechtigkeit in der Diskussion" gestartet.

Termine

Ort: Düsseldorf Weitere Infos: www.generationenprojekt.de

Man gebe dem Menschen alles, wonach er sich sehnt, und in dem selben Augenblick, da er es erlangt, wird er empfinden, dass dieses Alles nicht alles sei.

unbekannt

Termine

01.04.-03.04.2004

Erste Konferenz europäischer Netzwerke zur Praxis nachhaltiger Entwicklung

Die Konferenz will europäischen Netzwerken, Verbänden und Organisationen eine Kommunikationsplattform bieten. Ziel ist es, den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Akteuren im Bereich nachhaltiger Entwicklung langfristig zu fördern und mit dem Aufbau eines Meta-Netzwerkes zu festigen.

Ort: Berlin

Weitere Infos: www.Encos2004.net

Internationale Jahrestagung des Öko-Instituts e.V.

Veranstaltungsart: Tagung

Datum: Donnerstag 22. bis Freitag, 23. April 2004

Titel: Zwischen Stillstand und Aufbruch - Die Umweltpolitik im neuen Europa

Ort Botschaft der Tschechischen Republik, Wilhelmstraße 44, 10117 Berlin Verkehrsverbindungen: U-Bahnlinie 2, Haltestelle Mohrenstraße

Veranstalter:

Öko-Institut e.V., Geschäftsstelle Freiburg, Postfach 6226, 79038 Freiburg www.oeko.de

Anmeldung und weitere Info:

Romy Klupsch Tel.: 0761 / 45 2 95 - 0 Fax.: 0761 / 47 54 37 event@oeko.de Details: Die Europäische Union wird größer. Am 1. Mai 2004 treten zehn neue Länder dem Staatenbund bei, der damit auf 25 Mitglieder wächst. Neben Zypern und Malta gehören acht mittel- und osteuropäische Staaten zu den Beitrittsländern, weshalb auch von der Osterweiterung der EU gesprochen wird. Niemand bezweifelt, dass Europa in vielerlei Hinsicht Veränderungen bevorstehen. Doch welche Folgen hat die Erweiterung für die Umweltpolitik in den neuen und den alten Ländern?

Als das führende unabhängige Umweltforschungsinstitut widmet sich das Öko-Institut e.V. bei seiner internationalen Jahrestagung diesem Thema.

WissenschaftlerInnen des Instituts sowie zahlreiche ReferentInnen werden in Vorträgen, Foren und Diskussionen die Osterweiterung aus umweltpolitischer Sicht behandeln. Wie entwickelt sich die europäische Energie- und Klimapolitik? Können die Beitrittsländer die Umweltstandards der EU erfüllen? Eines der großen Konfliktfelder ist der Agrar-

bereich. Welche Rolle spielt dabei der Einsatz von Gentechnik? Werden die Möglichkeiten für eine strengere europäische Umweltpolitik durch die Erweiterung größer oder ist das Gegenteil der Fall? Auf diese und viele weitere Fragen erhalten die TeilnehmerInnen bei der Tagung Antworten. Der Blick soll dabei nicht nur von West nach Ost gehen, sondern auch in die entgegengesetzte Richtung.

Anmeldungen sind ab sofort möglich. Aufgrund des aktuellen Themas wird mit einem großen Interesse gerechnet. Eine rechtzeitige Reservierung wird daher empfohlen.

Das Öko-Institut e.V. ist das führende Umweltforschungsinstitut im Bereich der angewandten Ökologie. Es erstellt wissenschaftliche Gutachten und berät PolitikerInnen, Umweltverbände, Institutionen und Unternehmen. Das Institut ist an den Standorten Freiburg, Darmstadt und Berlin vertreten.



Termine Termine Termine Termine

Ideen verwirklichen - Kompetenzen erwerben

im Theodor-Heuss-Kolleg der Robert Bosch Stiftung

- einjährige studienbegleitende Ausbildung in Projektarbeit für junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren
- aus Deutschland, Österreich, den Ländern Mittel- Ost- und Südosteuropas und den GUS-Staaten mit guten Deutschkenntnissen
- internationale 14-tägige Seminare
- Projektentwicklung, Projektstipendium und Begleitung
- Beginn im Sommer 2004
- Bewerbungen bis 10. März 2004

STUDIENBEGLEITENDE AUSBILDUNG

Das Theodor-Heuss-Kolleg der Robert Bosch Stiftung bietet 100 gesellschaftlich engagierten jungen Erwachsenen die Chance, eigene Projektideen zu verwirklichen und dabei grundlegende Qualifikationen und Erfahrungen in Projektmanagement zu erwerben. Das Programm richtet sich an Teilnehmer aus Deutschland, Österreich, den Ländern Mittel-Ost- und Südosteuropas und den GUS-Staaten.

INTERNATIONALE SOMMERSEMINARE

Die Kollegiaten werden zunächst zu internationalen Seminaren eingeladen, die Erfahrungen in interkultureller Zusammenarbeit und praktisches Wissen über Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung vermitteln. Folgende Seminarthemen stehen 2004 zur Auswahl:

- 17.07. 01.08.2004 "Werte im Wandel"
- 24.07. 08.08.2004
 "Genosse Bürger Veränderung mitgestalten"
- 24.07. 08.08.2004
 "Ein Strich in der Landschaft die Grenze im Kopf"
- 01.08. 15.08.2004 "Europa - nicht ohne uns"
- 13.08. 27.08.2004 "Zivilcourage im Alltag"

PROJEKT STIPENDIUM

Bei den Sommerseminaren entwickeln die Heuss-Kollegiaten ein Projekt, mit dem sie sich in ihrem Umfeld - an Universitäten, im Heimatort oder grenzüberschreitend - gesellschaftlich engagieren möchten. Ein Projektstipendium der Robert Bosch Stiftung ermöglicht an-schließend die Umsetzung der besten Projektideen. Während der Durchführung werden die Heuss Kollegiaten von erfahrenen Projektleitern betreut und zu Fortbildungen und Praktika eingeladen, die grundlegende Kenntnisse in Projektmanagement und Öffentlichkeitsarbeit vermitteln. Mit einem Bilanzseminar in Berlin wird das Kollegiahr abgeschlossen. Erfolgreiche Projekte können mit einer Weiterförderung rechnen.

BEWERBUNGEN

für die internationalen Sommerseminare des Theodor-Heuss-Kollegs können bis zum 10. März 2004 eingereicht werden. Die Bewerbung erfolgt über ein Online-Formular.

INFORMATIONEN

zum Theodor-Heuss-Kolleg, zu den Sommerseminaren und den Projekten der Kollegiaten sowie ein Online-Bewerbungsformular gibt es unter: www.theodor-heuss-kolleg.de/ www.theodor-heuss-kolleg.de/bewerbungen.php3 info@theodor-heuss-kolleg.de



Was planen die Parteien für Europa? Findet es heraus - Beim Politiktest von YOIS-Deutschland!

Hamburg/Brüssel. Vom 10. bis 13. Juni sind die europäischen Wähler aufgefordert, zum 6. Mal die Abgeordneten für das Europäische Parlament zu bestimmen, für die Bürger der am 1. Mai beitretenden zehn neuen Mitgliedsstaaten ist es die Premiere.

Doch was planen die Parteien für Europa, wofür stehen sie? Sind sie für mehr oder weniger Europa, wie stehen sie zur Verfassung, was sind ihre Strategien bezüglich der Finanzierung der EU, zur Nachhaltigkeit, zu den Auswirkungen der Globalisierung und zum Umweltschutz? Was wollen sie im Bereich Bildung und

für Kinder und Jugendliche verwirklichen?

Der Politiktest von YOIS Deutschland soll versuchen, diese Fragen weitgehend zu beantworten. Dabei werden die Wahlprogramme der derzeit im Europäischen Parlament vertretenen Parteien - CDU/CSU, SPD, Bündnis90/Grüne und PDS - in fünf Arbeitskreisen analysiert, ohne am Ende eine Wahlempfehlung zu geben. Wir vertreten dabei keine der Parteien und verstehen uns mehr als überparteilichen Verein, der für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit eintritt.

Der Politiktest findet vom 30.04. bis 02.05.2004 im Haus Rissen in Hamburg statt, die Eigenbeteiligung liegt bei € 25. Wer also interessiert ist, zwischen 18 und

23 Jahre alt, möglichst Erstwähler, kann sich anmelden:

- per e-mail bei: Helge Bork (Helge.Bork@yois.de),

- oder telefonisch/postalisch an:

YOIS Deutschland e.V.
Rissener Landstr. 193
22559 Hamburg
Tel.: 040-82290420 Fax: 040-82290421

Der Politiktest findet parallel auch in Polen und auf Malta statt, mehr dazu und zum Test findet Ihr (ab Mitte/Ende Februar) unter www.politiktest.de.

Vote for Europe, test the Parties, come to Hamburg!

Mehr Leserbriefe!

Die Redaktion der Generationengerechtigkeit bittet alle Leser/innen, ihre Meinung zu den Artikeln zum Ausdruck zu bringen. Erstens sind Freude und Ärger Gefühle, denen man seinen Lauf lassen sollte. Zweitens möchten wir ab dem nächsten Heft eine lebendige Seite mit Leserbriefen aufnehmen. Also: Schreiben Sie uns!

Ihre Redaktion

Vorschau GJ! 2/2004 (englische Ausgabe):

Unsere zweite englische Ausgabe beschäftigt sich mit Ökologie, Ethik und Generationengerechtigkeit. Freuen Sie sich auf interessante Beiträge von renommierten Wissenschaftlern und führenden Politikern, unter anderem von European Commissioner Margot Wallström, Axel Gosseries und Prof. Dr. Wilfred Beckerman.

Einfach ausfüllen und aufs FAX legen: Fax - Nr. 06171/ 952566, oder per Brief:

SRzG Postfach 5115 61422 Oberursel

Hiermit beantrage ich die A	Antrag auf Aufnahme als Fördermitglied bei der SRzG (je nach Alter 25 / 50 € p.a.) Hiermit beantrage ich die Aufnahme als Fördermitglied im Förderkreis der Stiftens Gin lie Rechts auf in für au Generation zu " 6.25 / 6.50 *						
	"Stiftung für die Rechte zukünftiger Gererationen" € 25,-/€ 50,-* Jahresabonnement für der Zeitschrift "Generationengerechtigkeit!" (25 € p.a.)						
	ere ich die Zeitschrift zum Jahresbezugspreis von €25,-						
		zG und YOIS (je nach Alter 40, 50 nitgliedschaft bei der "Stiftung für die R		•			
Mitgliedschaft bei "Youth f	or Inte	rgenerational Justice and Sustainability -	Euroj	pe".			
		haft bei der SRzG für Organisatic nitgliedschaft bei der "Stiftung für die R		• •			
Name		rname	cerric 2	zukumuger Generationen			
Straße		Z/Ort					
Telefon		x					
e-mail		eburtstag					
		ationen, v.a. Parteien					
		G-FV oder von YOIS werden?					
waram wonen die witgilea ac	3 0112	d i v oddi vom roto werden:		······································			
Wie haben Sie von der SRzG k	zw. Y	OIS erfahren?					
Eintritte zu SRzG-Tagungen. Jedes Mitglied se und von $50 \in$ für Ältere ist aber obligatorisch.	oll seiner Juristisch isation Y	he Personen können ebenfalls Förder-Mitglied der ′OIS gilt ein Mindestbeitrag von 10 € für Unterzv	etzen. E r SRzG	Ein Mindesbeitrag von 25 € für Unterdreißigjährige			
Ich interessiere mich besonders für (Mehrfa	chnennungen möglich):					
Theorie derGenerationengerechtigkeit		Bildung		Arbeitsgesellschaft			
Ökologie Rentenversicherung		Kinderrechte Bevölkerungsentwicklung		Medizin/Gesundheit/Biotechnologie			
Staatsfinanzen	0	Globalisierung/Global Governance	0				
Ort und Datum		Unterschrift					
EINZUGSERMÄCHTIGUNG							
Hiermit ermächtige ich die Stiftung f		Rechte zukünftiger Generationen (SRzC	*	±			
		e) in Höhe von Euro (SRzG) b Dis auf Widerruf einzuziehen. Wenn me		Euro (YOIS) jährlich zu Lasten			
		renden Bank keine Verpflichtung zur E					
		0 1 1 2 1		D. 11:			
Konto-Nr.		Ort und Name der Bank		Bankleitzahl			
Ort und Datum		Unterschrift					